

# LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

**AUSGABE 4.18**

Heimische Wolle \_ 34

Leguminosen nutzen \_ 42

Coworking – ein Trend? \_ 44

## Erneuerbare Energien – gut für die Region?

# Inhalt



**Seite 34** \_\_  
Heimische Wolle



**Seite 42** \_\_  
Leguminosen



**Seite 44** \_\_  
Coworking

## Für das Netzwerk

### INSIDE

- 05** \_\_ Kooperationsgesuche
- 05** \_\_ Neues Gesicht in der DVS
- 05** \_\_ DVS auf Facebook
- 05** \_\_ Landwirte gesucht

### DAS WAR

- 06** \_\_ Bürger bei der Energiewende
- 06** \_\_ Netzwerktreffen Dorf
- 07** \_\_ Internationale LEADER-Exkursion
- 07** \_\_ Ländlicher Naturtourismus
- 07** \_\_ LEADER und Naturschutz?!
- 07** \_\_ Bundesweites LEADER-Treffen
- 08** \_\_ Von anderen lernen: Neues von EIP-Agri
- 09** \_\_ Agrarumweltmaßnahmen brauchen Kümmerer
- 09** \_\_ Haushaltsnahe Dienstleistungen

### DAS KOMMT

- 10** \_\_ Kreative Beteiligungsmethoden
- 10** \_\_ Gemeinsam stark sein – Preisverleihung
- 10** \_\_ Zukunftsforum 2019
- 11** \_\_ Kirche gestaltet mit?
- 11** \_\_ Für EIP-Agri

## Im Fokus

### EINFÜHRUNG

- 12** \_\_ INTRO
- 14** \_\_ Die Energiezukunft ist regional und dezentral

### STEUERUNG

- 16** \_\_ Regionen befähigen
- 17** \_\_ Eine Frage der Glaubwürdigkeit – Interview
- 18** \_\_ Profitieren die Bürger? – zwei Statements
- 19** \_\_ Kommunen als Wegbereiter – Interview
- 20** \_\_ Flexible Netze
- 22** \_\_ Ein Landkreis koordiniert
- 23** \_\_ Erfolgreiche Energievisionäre

### MEHRWERT DURCH ENERGIE

- 24** \_\_ Kommunale Zukunftsperspektiven
- 26** \_\_ Landstrom aus Bürgerhand
- 27** \_\_ Windkraft fördert Ehrenamt
- 28** \_\_ Endlich aussteigen
- 30** \_\_ Hier klappert die Mühle

### ENERGIEZUKUNFT

- 31** \_\_ Solarstrom vom Nachbarn! – Interview



ab Seite 12 \_\_

**Im Fokus:**

Die Bundesregierung muss die Energiewende vorantreiben, um ihre Klimaziele zu erreichen. Tragen wird die Energiewende – nach wie vor – vor allem der ländliche Raum. Wir schauen vor Ort, was funktioniert und welche Stolpersteine es gibt.

---

## Aus der Praxis

- 32 \_\_ Futter vom Hof
- 34 \_\_ **Heimische Wolle, wieder genutzt**  
Schafwolle gilt in Deutschland schon lange als Abfall. Einige jedoch machen daraus wieder einen wertvollen Rohstoff. Ein Exkurs von der Ostseeküste bis in die bayerischen Alpen.
- 37 \_\_ Naturseifen aus der Lausitz
- 38 \_\_ Der Arzt kommt ins Dorf

---

## Prozesse und Methoden

- 40 \_\_ Vergabe: ein Wanderweg

---

## Forschung trifft Praxis

- 42 \_\_ **Leguminosen anbauen und nutzen**  
Damit es sich für deutsche Landwirte wieder lohnt, Eiweißpflanzen anzubauen, braucht es neue Strategien. Vier EIP-Projekte in Hessen und Sachsen arbeiten daran.

---

## Perspektiven

### POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 44 \_\_ **Geht der Trend zum Coworking? – Interview**  
Der deutsche Städte- und Gemeindebund sieht in Coworking-Spaces eine Chance für ländliche Kommunen. Einige Orte haben vorgemacht, wie es gehen kann. Doch wie gut eignet sich das Modell tatsächlich?

---

### BILDUNG & FORSCHUNG

- 46 \_\_ Die Mischung macht's

---

### PARTNER & EXPERTEN

- 49 \_\_ Identitätsstiftender Gast
- 50 \_\_ Zusammen für den Trinkwasserschutz
- 52 \_\_ Authentisch ländlich
- 53 \_\_ Die Position

---

## Service

- 54 \_\_ angelesen
- 55 \_\_ angekündigt
- 56 \_\_ Termine



## Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland bekennt sich zu den internationalen Klimazielen: Bis 2050 sollen alle klimarelevanten Emissionen 80 bis 95 Prozent geringer sein als im Referenzjahr 1990. Der Druck steigt. Das aktuelle Emissionsgeschehen, mit neuem Rekord 2018, weist in Richtung 4,5 bis 5 Grad Celsius globaler Erderwärmung bis 2100. Demnach kämen wir in Mitteleuropa bereits 2040 in den „Genuss“ von 2 Grad mehr.

Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir die Nutzung energieeffizienterer Technik, den Ausbau erneuerbarer Energien und das Vermeiden von Emissionen auch durch Verhaltensänderungen anstoßen. Für April 2019 hat die Bundesregierung dafür den deutschen Klimaschutzplan angekündigt. Er wird Maßnahmen benennen, die nötig sind, um die Reduktionsziele bis 2030 zu erreichen: In den nächsten elf Jahren sind das im Bereich Gebäude, Industrie und Landwirtschaft jeweils minus 15 Prozent Emissionen, in der Energiewirtschaft minus 25 und im Verkehrssektor minus 40.

Schaffen wir das? Immerhin gibt es einen Plan. Damit sind wir nah an Nord-europa und weit entfernt von vielen Ländern in Süd- und Osteuropa. Eigentlich müssten laut einer seit 2016 gültigen Vorgabe der europäischen Energieunion alle Mitgliedstaaten einen integrierten Energie- und Klimaplan aufstellen, der ab 2021 greift. Der Plan muss dann aber auch umgesetzt werden. Aktuell rangiert Deutschland mit seinem Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendverbrauch allerdings auf Platz 18 innerhalb der EU. Führend sind die nordeuropäischen Länder wie Schweden, Finnland, Estland und Dänemark, aber auch Österreich, Portugal und Kroatien. Offensichtlich läuft dort in der Umsetzung irgendetwas besser. Ein Grund: bis auf Österreich und Kroatien haben alle diese Länder eine CO<sub>2</sub> Steuer!

In jedem Fall gilt es, die erneuerbaren Energien auszubauen. Denn vermehrt wird Strom Häuser heizen und Autos antreiben. Der ländliche Raum liefert den Großteil der Flächen dafür: Allein für den Ausbau der Windenergieanlagen von 30 000 auf 60 000 kann sich – abhängig von der technischen Entwicklung – der Flächenbedarf verdoppeln.

Das wird nur gehen, wenn die Menschen dort – neben den Nachteilen – auch Vorteile haben. Mit einer öffentlichen Steuerung der geeigneten Flächen und Beteiligung der Bürger, um auf kommunaler Ebene Nutzen und Akzeptanz zu stiften. Wie das gelingen kann, zeigen einige Beispiele in diesem Heft.

Das Team der DVS wünscht Ihnen eine erholsame Weihnachtszeit.

## Impressum

LandInForm –  
Magazin für Ländliche Räume  
Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Auflage: 10 000 / ISSN: 1866-3176

### Herausgeber:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),

Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach, Dr. Juliane Mante

Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Unterstützung:  
neues handeln GmbH

Titelbild: northlightimages/iStock.com

Grafik: MedienMélange: Kommunikation!

Rückseite: Foto: Verena/Fotolia.com

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation!

[www.medienmelange.de](http://www.medienmelange.de)

Druck: Bonifatius GmbH

Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn

Telefon: 0228 6845-3461, -3435, -3081

Fax: 030 1810 6845-3361

E-Mail: [landinform@ble.de](mailto:landinform@ble.de)

[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter

[www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte verzichten wir auf Doppelformen bei den Geschlechtern.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union

im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für

die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Isabell Friess: isf, Nina Jürges: nkj, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Irene Lange: ıla, Isabella Mahler: ima, Juliane Mante: jum, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Sofia Oxencroog: soo, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Bettina Rocha: ber, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr



# Neues aus dem Netzwerk



## NEUES GESICHT IN DER DVS

Sofia Oxencroog unterstützt seit November das Organisations-Team der DVS und vertritt Frauke Poensgen in ihrer Elternzeit. Sie studierte Eventmanagement, Entertainmentwirtschaft und Marketing und arbeitete in verschiedenen Hotels in Berlin und Wiesbaden in der Veranstaltungsabteilung.



**KONTAKT:**  
Sofia Oxencroog, DVS  
Telefon: 0228 6845-3119  
sofia.oxencroog@ble.de



## LIKEN SIE UNS!

Daumen hoch – die DVS ist jetzt bei Facebook

Auf unserer Seite [www.facebook.com/dvs.laendlicher.raum](http://www.facebook.com/dvs.laendlicher.raum) gibt es nützliche Infos zu Best-Practice-Projekten, Fördermöglichkeiten, Veranstaltungen und weitere News rund um den ländlichen Raum. Also gleich abonnieren oder liken! Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen und sind gespannt auf Feedback, Anregungen und Ideen. [ila]



**KONTAKT:**  
Irene Lange, DVS  
Telefon: 0228 6845-2661  
irene.lange@ble.de

## KOOPERATIONSGESUCHE

Heavy Rural –  
Rocking the rural development

Wie können ländliche Entwicklung und Heavy Metal zusammen funktionieren? Dieser Frage möchte eine finnische LAG, die Jugendcamps zu dieser Musikrichtung organisiert, gemeinsam mit anderen LAGs auf den Grund gehen. Gesucht wird eine Partnerregion, die sich mit einer ähnlichen Thematik befasst. [awr]



**KONTAKT:**  
Mervi Niemi-Huhdanpää  
LAG LEADER Aisapari  
Telefon: +35 850 0765 871  
mervi.niemi-huhdanpaa@aisapari.net

Tourismus für alle

Eine irische LEADER-Region möchte gemeinsam mit Kooperationspartnern Outdoor-Angebote für Menschen mit besonderen Bedürfnissen gestalten und bewerben. [awr]



**KONTAKT:**  
Declan Rice  
LAG County Kilkenny  
LEADER Partnership  
Telefon: +35 356 7752-111  
declan.rice@cklp.ie  
[enrd.ec.europa.eu/lag/ie-016/offer/kilkenny-universal-access-all\\_en](http://enrd.ec.europa.eu/lag/ie-016/offer/kilkenny-universal-access-all_en)

## LANDWIRTE GESUCHT!

Für das Fokusthema der kommenden LandInForm-Ausgabe 1.2019 suchen wir Landwirte, die bodenschützende Maßnahmen – beispielsweise zum Humusaufbau, zur klimafreundlichen Moornutzung oder zum Erosionsschutz – neu in ihren Betrieb integriert haben und von ihren Erfahrungen berichten wollen. [jma]



**KONTAKT:**  
Dr. Juliane Mante, DVS  
Telefon: 0228 6845-3081  
landinform@ble.de

## Das war

### WELCHE ROLLE SPIELEN BÜRGER BEI DER ENERGIEWENDE?

Diese Frage diskutierten rund 60 Teilnehmer beim Workshop „Bürgerenergie im ländlichen Raum“. Dazu hatten die DVS und das Bündnis Bürgerenergie e. V. Ende August 2018 in den Kreis Steinfurt eingeladen.

Mächtig wirkt so ein Windrad, wenn man an seinem Fuß steht und nach oben blickt. Nicht nur die Ausmaße der Windkraftanlagen und des gesamten Bioenergieparks Saerbeck sind beeindruckend – der Park selbst ist ein Beispiel dafür, wie Kommunen und Bürger als Betreiber gemeinsam agieren und dadurch finanziell profitieren. Vorgestellt und diskutiert wurden bei diesem Workshop vor allem Möglichkeiten und Ideen für die Energieversorgung in Bürgerhand – ohne große Unternehmen oder Projektierer, also Berater oder Unternehmen, die Energieprojekte konzipieren und umsetzen.

Neben Impulsvorträgen und Projektvorstellungen aus LEADER-Regionen und von Bürgerenergiegenossenschaften informierte ein Marktplatz mit Ständen über Initiativen, bundesweite Angebote von Institutionen, Banken und Stromanbietern. Ein zusätzliches Speed-Dating förderte den persönlichen Austausch, damit sich möglichst viele Teilnehmer kennenlernten. Diese Vernetzungsmöglichkeiten kamen gut an. Cornelia Grote-Bichoel von der Energie Ressourcen Agentur Goslar e. V.: „Ich weiß nun, wen ich anrufen kann, wenn ich Fragen habe.“ [abb]

Besuch im Bioenergiepark Saerbeck



i

SERVICE:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/buergerenergie](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/buergerenergie)

KONTAKT:  
Stephanie Müller, DVS  
Telefon: 0228 6845-3998  
[stephanie.mueller@ble.de](mailto:stephanie.mueller@ble.de)

### DIGITALISIERUNG – JETZT!

Beim Netzwerktreffen Dorf der DVS am 18. und 19. September 2018 tauschten sich die Teilnehmer über die Chancen der Digitalisierung aus.

Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten digitaler Anwendungen scheinen ein Segen angesichts der zahlreichen Herausforderungen in ländlichen Regionen. Sie bieten neue Möglichkeiten für die Mobilität, die Bildung und die medizinische Versorgung. Dabei gilt es allerdings auch, den Infrastrukturausbau zu meistern.

Zu Beginn des 6. Netzwerktreffens Dorf in Göttingen erfuhren die rund 20 Teilnehmer zunächst mehr über den EU-Aktionsplan für „smart villages“ und die Aktivitäten des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Außerdem erläuterten Experten den Stand des Infrastrukturausbaus und zeigten auf, wie formale Vorgaben diesen Ausbau verlangsamen. Über Initiativen der Bundesländer wie „Bayern Digital II“ und die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ diskutierten die Teilnehmer anschließend.

Eine wesentliche Erkenntnis der Diskussion war: Es gibt zahlreiche Modellvorhaben und Initiativen in Deutschland – diese Erfahrungen sollten gebündelt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Expertenrat gab es außerdem: Digitalisierungsprojekte jetzt anschieben und Konzepte entwickeln – und dafür nicht erst auf den Glasfaseranschluss im Dorf warten. Damit sensibilisiert man Entscheidungsträger für den Bedarf und wappnet sich für die Zukunft. Gleichzeitig sei es wichtig, den Infrastrukturausbau konkret am zukünftigen Bedarf auszurichten. [mok]

i

KONTAKT:  
Moritz Kirchesch, DVS  
Telefon: 0228 6845-3968  
[moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de)

## Das war



### LEADER EUROPÄISCH

Vom 11. bis zum 13. September 2018 fand die erste LEADER-Exkursion mit Teilnehmern aus Deutschland, Luxemburg und Österreich statt: 50 Personen besuchten die Vorarlberger LEADER-Regionen Regio-V und Vorderland-Walgau-Bludenz.

Die Teilnehmer lernten in den zweieinhalb Tagen innovative Personen und Projekte kennen und ließen sich von ihnen inspirieren: von der Handwerkerkooperation „Werkraum Bregenzerwald“ über die Initiative zur Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement „Engagiert sein“ bis zur Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt oder zur

gemeindeübergreifenden Förderung junger Menschen durch die „Walgauer Werkboxen“. Die Teilnehmer knüpften viele neue Kontakte und erarbeiteten erste Ideen für gemeinsame Projekte. 2019 kommt die Reihe nach Deutschland; 2020 lädt Luxemburg ein, LEADER-Projekte kennenzulernen. [isf]



**SERVICE:**  
Dokumentation unter:  
[www.zukunftsraumland.at/veranstaltungen/9534](http://www.zukunftsraumland.at/veranstaltungen/9534)

**KONTAKT:**  
Isabell Friess  
Telefon: 0228 6845-3459  
[isabell.friess@ble.de](mailto:isabell.friess@ble.de)



### TRANSFERBESUCH LÄNDLICHER NATURTOURISMUS

Wie der Nordschwarzwald den Trend zum Naturtourismus für sich nutzt, erfuhren rund 40 Teilnehmer bei einer Exkursion am 17. und 18. Oktober 2018.

Dabei war die Gruppe mit Mitgliedern der Lokalen Aktionsgruppen Nordschwarzwald und Mittelbaden/Schwarzwaldhochstraße sowie des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord unterwegs. Sie besuchten die Umweltbildungsstätte „Infozentrum Kaltenbronn“, die mit LEADER-Mitteln und Unterstützung des Naturparks entstanden ist. Weitere Ziele waren der Baumwipfelpfad in Bad Wildbad und das Nationalparkzentrum Schwarzwald auf dem Ruhestein. Kulinarischer Höhepunkt der Exkursion: die LEADER-geförderte Erlebnisastronomie „Schwanenwirts Kuhstall“. Beim Essen beobachtete die Gruppe durch eine Scheibe die Mutterkuhherde im Stall. [ima]



**SERVICE:**  
Dokumentation unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturtourismus](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturtourismus)

**KONTAKT:**  
Isabella Mahler  
Telefon: 0228 6845-3974  
[isabella.mahler@ble.de](mailto:isabella.mahler@ble.de)

### LEADER UND NATURSCHUTZ?!

Rund 60 Teilnehmer diskutierten am 16. und 17. Oktober 2018 in Bad Herrenalb im Nordschwarzwald darüber, wie LEADER-Regionen und regionale Naturschutzakteure besser zusammenarbeiten können.

In LEADER-Regionen gibt es häufig Schnittstellen zum Naturschutz – insbesondere, wenn sich die Regionen in Großschutzgebieten befinden. Synergien lassen sich hier vor allem beim Naturtourismus, bei der Vermarktung regionaler und landwirtschaftlicher Produkte oder bei der Umweltbildung schaffen. Die Vorträge und Diskussionen zeigten, dass es bereits viele Beispiele einer fruchtbaren Zusammenarbeit gibt: über gemeinsame Konzepte, Strukturen, Projekte oder durch den Austausch in den vorhandenen Netzwerken. [stm]



**SERVICE:**  
Dokumentation unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-naturschutz](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-naturschutz)

**KONTAKT:**  
Stephanie Müller  
Telefon: 0228 6845-3998  
[stephanie.mueller@ble.de](mailto:stephanie.mueller@ble.de)

### ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

Innovation und Erfolg auf der einen Seite – Fehler und Scheitern auf der anderen. Das waren Botschaften beim bundesweiten LEADER-Treffen am 5. und 6. November 2018. Sie unterstrichen, dass beide Seiten immer Teil des LEADER-Prozesses sind.

Die Teilnehmer lernten in diesem Jahr Projekte rund um das thüringische Arnstadt kennen, hörten von Fortschritten in der LEADER-Umsetzung in Deutschland und von guten Ansätzen aus Österreich. Wie die Zukunft von LEADER aussieht, zeigte ein Beitrag der EU-Kommission: Er forderte ausdrücklich dazu auf, sich schon jetzt einzubringen, um die LEADER-Umsetzung in der nächsten Förderperiode zu optimieren. [awr]



**SERVICE:**  
Dokumentation unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen-2018](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen-2018)

**KONTAKT:**  
Anke Wehmeyer  
Telefon: 0228 6845-3841  
[anke.wehmeyer@ble.de](mailto:anke.wehmeyer@ble.de)



## Das war



Was tut Erdbeeren gut? Bei einer Exkursion auf den Campus Klein Altendorf der Universität Bonn sahen sich die Teilnehmer den Anbau auf unterschiedlichen organischen Substraten an.

## VON ANDEREN LERNEN: NEUES VON EIP-AGRI

Auf Transferbesuchen und thematischen Workshops, die die DVS in jüngster Vergangenheit organisiert hat, tauschten sich die Teilnehmer zu verschiedenen Themen aus, die sie im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) bearbeiten wollen.

So machten sich im belgischen Leuven am 24. und 25. Oktober über 20 Teilnehmer ein Bild von der EIP-Umsetzung in Flandern und den Niederlanden. In Flandern werden bereits zehn Operationelle Gruppen (OGs) unterstützt. Diese Gruppen werden mit den niedrigsten Förderbeiträgen in ganz Europa bezuschusst: mit maximal 30 000 Euro. Daher dienen die EIP-Projekte in Flandern oft nur als Anstoß für ein größeres europäisches Projekt, beispielsweise um ein thematisches Netzwerk zu knüpfen.

Die Teilnehmer besuchten außerdem zwei belgische OGs, zum einen die OG Lean with Love, die sich mit dem reibungslosen Verpacken von Chicorée beschäftigt, zum anderen die OG Biofruit Debuggers, bei der es um die Bekämpfung von Wanzen als Obstschädlinge geht. Eine der zwölf landwirtschaftlichen Beraterinnen für Obstbau des Landes stellte ihre Arbeit vor. Sie schätzt EIP als Möglichkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen und sie an die Betriebe weiterzugeben, die sie berät.

### Präzise wirtschaften

Mitglieder von bestehenden und geplanten OGs, die sich mit Präzisionstechniken in der Landwirtschaft befassen, trafen sich am 5. und 6. November auf dem Campus Klein Altendorf, einem Versuchsbetrieb der Universität Bonn. Schwerpunkt der neun dazu laufenden EIP-Projekte liegt auf Techniken im Acker- und Gartenbau.

Deutlich wurde, welche große Rolle unterschiedlich arbeitende Sensoren bei der Weiterentwicklung von Landmaschinen spielen. Voraussetzung für viele digitale Anwendungen und Techniken sei aber auch eine ausreichend detaillierte kartografische Grundlage und die damit verbundene Erfassung und Darstellung von Bodenmerkmalen. Hier bestehen laut Karsten Schmidt von der Bodenkundlichen Gesellschaft bundesweit noch große Lücken. Er stellte den Teilnehmern daher das Prinzip des Digital Soil Mapping, das ebenfalls mittels Sensoren arbeitet, vor.

Jenseits des fachlichen Austauschs diskutierten die Teilnehmer über Herausforderungen des Technologietransfers in den landwirtschaftlichen Mainstream. Jan-Henrik Ferdinand vom Forschungs- und Entwicklungszentrum der Fachhochschule Kiel brachte es auf den Punkt: „Vieles ist technisch möglich, die Einführung in die praktische Anwendung jedoch voller Hindernisse.“ Diese sind nicht nur psychologischer Natur, sondern haben oftmals vor allem ökonomische Gründe. Neue Technologien sind teuer, ihr Einsatz lohnt oftmals erst ab einer bestimmten Betriebs- und Flächengröße. Die Entwicklung neuer technischer Lösungen erfolgt schneller, als Betriebe es sich leisten können, wieder ein neues Gerät zu kaufen. Daher könnte eine Lösung sein, Techniken zu entwickeln, die auf vorhandene Maschinen aufgesattelt werden. Apps können hierbei eine wichtige Rolle spielen. Im Zusammenhang mit

Präzisionstechniken und der Masse von Daten, die dabei erfasst und genutzt werden, stellt sich auch die Frage zur Datenhoheit. Die OG von Ferdinand befasst sich deshalb mit der „Entwicklung eines Daten-Routers für die herstellerunabhängige Erhebung und Nutzung von Standort- und Verfahrensdaten für den Pflanzenbaubetrieb“.

In einem weiteren thematischen EIP-Workshop tauschten sich rund 40 Teilnehmer am 4. und 5. September in Suderburg über nachhaltige Bewässerung aus. [nao/ber]

### i

#### SERVICE:

Dokumentationen der Veranstaltungen unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-exkursion](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-exkursion)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-precision-farming](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-precision-farming)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-bewaesserung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-bewaesserung)

#### KONTAKT:

Bettina Rocha und Natascha Orthen, DVS  
 Telefon: 0228 6845-3882, -3268  
[bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de)  
[natascha.orthen@ble.de](mailto:natascha.orthen@ble.de)



# Das war

## LANDWIRTE UND UMWELT PROFITIEREN

Agrarumweltmaßnahmen sind wirksamer, wenn Landwirte mit Kümmerern zusammenarbeiten – so das Ergebnis einer Kooperationsveranstaltung der DVS mit dem Hessischen Landwirtschaftsministerium.

In Hessen werden seit 2015 Kooperationsprojekte, die die Wirksamkeit von Agrarumweltmaßnahmen (AUKM) verbessern, durch das Hessische Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen gefördert. Rund 40 Teilnehmer sahen sich bei einem Workshop am 11. und 12. September zwei entsprechende Projekte im Landkreis Darmstadt-Dieburg und im Wetteraukreis an.

Die Vertreter aus Behörden, Landwirte, Wissenschaftler und Berater besuchten zum einen die Gemeinden Groß-Umstadt und Otzberg, die durch intensive Landwirtschaft geprägt sind. Im Rahmen des Agrarumwelt- und Biodiversitätskonzepts (AUBI) soll die Region Zielgebiet für AUKM werden. Für Landwirte steht eine kostenlose Beratung zur Verfügung und regelmäßig stattfindende runde Tische dienen dem Austausch mit weiteren Interessensvertretern. Die teilnehmenden Landwirte

äußerten sich positiv, auch viele Berufskollegen würden sich bereits für das Projekt interessieren.

Zum anderen besuchten die Teilnehmer das „Schäfereinetzwerk“ im Wetteraukreis. Hier können Schaf- und Ziegenhalter kostenfrei an einer gesamtbetrieblichen Biodiversitätsberatung durch ein Planungsbüro teilnehmen. Eine Besonderheit ist, dass Ökologie und Ökonomie gleichzeitig betrachtet werden: Schäfer sind im hohen Maße von Agrarsubventionen abhängig, weshalb die Beratung auch über Fördermöglichkeiten informiert.

Aus Sicht der Teilnehmer ist die Förderung von „Kümmerern“ – hier beispielhaft der Planungsbüros, die die Zusammenarbeit von Landwirten ermöglichen – ein sinnvolles Modell zur Verbesserung der Wirksamkeit von AUKM. [sus]



Vielfältig und bunt: die Landschaft im Odenwald



**SERVICE:**  
Dokumentation unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aukm](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aukm)

**KONTAKT:**  
Simon Keelan, DVS  
Telefon: 0228 6845-3091  
[simon.keelan@ble.de](mailto:simon.keelan@ble.de)



**SERVICE:**  
Dokumentation unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/haushaltsnahe-dienstleistungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/haushaltsnahe-dienstleistungen)

**KONTAKT:**  
Isabell Friess, DVS  
Telefon: 0228 6845-3459  
[isabell.friess@ble.de](mailto:isabell.friess@ble.de)

## ZUSÄTZLICHES EINKOMMEN AUF DEM HOF

Der Wunsch zahlreicher Eltern, ihre Kinder in ländlicher Umgebung betreuen zu lassen, kann landwirtschaftlichen Betrieben dabei helfen, ihr Einkommen zu verbessern. Zwei Höfe, die diese Möglichkeit bieten, besuchte die DVS Ende September 2018.

Auf dem Transferbesuch am 27. und 28. September 2018 in der Bodenseeregion konnten die knapp 20 Teilnehmer den Bauernhofkindergarten Schwalbennest und die sozialtherapeutische Familienwohngruppe der Familie Blezinger kennenlernen. Bei beiden Beispielen wurde deutlich, dass es einen starken Willen, Ausdauer, Ideenreichtum und eine belastbare Partnerschaft braucht, um Projekte dieser Art umzusetzen.

Über Vorträge lernten die Teilnehmer zudem landwirtschaftliche Fachservices und Projekte der sozialen Landwirtschaft in Bayern kennen. Mit Cindy Fünfschilling von der Nachbarschafts-

hilfe in Öhningen diskutierten sie die Kehrseite haushaltsnaher Dienstleistungen: Zwar schaffen diese vor allem für Frauen neue Arbeitsplätze, aus Steuergründen jedoch häufig nur 450-Euro-Jobs; für ihre Rente können die Frauen damit nicht vorsorgen.

Die Mehrheit der Teilnehmer sprach sich im Rahmen der Veranstaltungsbewertung dafür aus, dass sich die DVS auch zukünftig weiter mit diesem Thema beschäftigen soll. [isf]

## Das kommt

### MEHR ALS KÄRTCHEN SCHREIBEN: KREATIVE BETEILIGUNGSMETHODEN

Die DVS lädt Mitte März 2019 zur Schulung ein.

LEADER lebt von Beteiligung. Doch wie können Regionalmanager neue Zielgruppen erreichen und die Aktiven bei der Stange halten? Und was motiviert Menschen, in regionalen Prozessen mitzuwirken? Gerade wenn wir von Beteiligung sprechen, sind neue Methoden wichtig. Deswegen bietet die DVS im ersten Quartal 2019 dazu eine Schulung an. Professionelle Trainer zeigen beispielsweise, wie sich gute Visualisierungen oder ePartizipation umsetzen lassen.

Die Schulung richtet sich vor allem an Regionalmanager. Aber auch andere Gestalter des ländlichen Raums sind herzlich eingeladen. Der genaue Ort steht zum Redaktionsschluss noch nicht fest. [isf/stm]



SERVICE:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beteiligung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beteiligung)

KONTAKT:  
Isabell Friess und  
Stephanie Müller, DVS  
Telefon: 0228 6845-3459, -3998  
[isabell.friess@ble.de](mailto:isabell.friess@ble.de)  
[stephanie.mueller@ble.de](mailto:stephanie.mueller@ble.de)

Gemeinsam  
stark sein



### WETTBEWERB GEMEINSAM STARK SEIN 2018 – PREISVERLEIHUNG IN BERLIN

Die Gewinner stehen fest: Die Projekte „Ins Land der Gärten schauen“, „Wandern im Herzen Europas“ und „ErlebnisReich Bienenstraße“ landen auf dem Siegereppchen. Aber auf welchem Platz? Das geben wir auf dem Abendempfang des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung am 23. Januar 2019 in Berlin bekannt.

### DEMOKRATIE ANDERS DENKEN

DVS beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2019

Wie kann sich zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement vor Ort effektiv entfalten? Gemeinsam mit der Agrarsozialen Gesellschaft, der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen und dem Thünen-Institut für Regionalentwicklung laden wir am 24. Januar 2019 herzlich zur Kooperationsveranstaltung „Demokratie anders denken – neue Formen der Mitsprache in ländlichen Kommunen“ ein.

Nach einem Impuls zum Zustand der (lokalen) Demokratie werden praktische Beispiele zeigen, über welche Wege sich Menschen lokal und regional Gehör verschaffen und sich auf Augenhöhe mit kommunalen Institutionen einbringen. [stk]



SERVICE:  
Weitere Informationen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum)

Anmeldung unter:  
[www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de](http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de)

KONTAKT:  
Stefan Kämper  
Telefon: 0228 6845-3722  
[stefan.kaemper@ble.de](mailto:stefan.kaemper@ble.de)





## Das kommt



## VORMERKEN

MAR  
2019

Stallbau und Tierwohl, die Dritte: Im März 2019 setzen wir in Kooperation mit dem Bundesverband der gemeinnützigen Landesgesellschaften (BLG) die Exkursionsreihe fort.

Informationen zum Thema unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/stallbau](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/stallbau)

## KIRCHE GESTALTET MIT?

Wie aktiv sind Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände in LEADER-Aktionsgruppen (LAGs)? Und wie können sie stärker zusammenarbeiten? Zusammen mit der Evangelischen und Katholischen Kirche sowie der Caritas und der Diakonie laden wir herzlich vom 6. bis 8. März 2019 nach Altenkirchen im Westerwald ein.

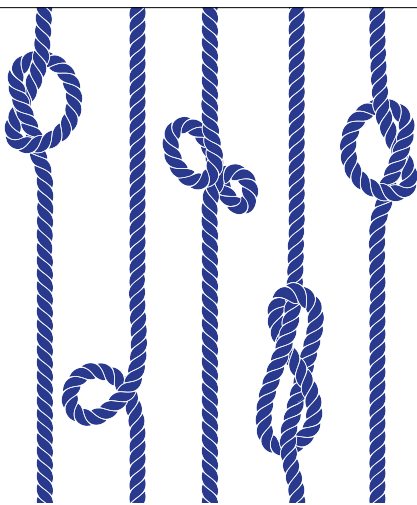
Wir wollen kirchliche Akteure für die ländliche Entwicklung begeistern und sichtbar machen, dass die regionale Mitgestaltung einen Wert hat, der weit über die Förderung hinausgeht. Dazu zeigen wir, wie kirchliche Akteure sich bereits jetzt an LEADER beteiligen und wie LAGs neue Mitwirkende gewinnen können, die sich langfristig engagieren.

Wir heißen besonders Projektträger, kirchliche Akteure aller Ebenen sowie Mitglieder und Regionalmanager von LAGs herzlich willkommen. [stk]



SERVICE:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kirchenundleader](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kirchenundleader)

KONTAKT:  
Stefan Kämpfer  
Telefon: 0228 6845-3722  
[stefan.kaemper@ble.de](mailto:stefan.kaemper@ble.de)



SERVICE:  
Weitere Informationen veröffentlichten wir zeitnah unter  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip)

KONTAKT:  
Bettina Rocha und  
Natascha Orthen, DVS  
Telefon: 0228 6845-3882, -3268  
[bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de),  
[natascha.orthen@ble.de](mailto:natascha.orthen@ble.de)

## FÜR EIP-AGRI

Die DVS vernetzt die Europäischen Innovationspartnerschaften für „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri). Auch im kommenden Jahr sind dazu wieder Veranstaltungen geplant.

### Austausch und Vernetzung

Am 14. und 15. März 2019 findet in Arnstadt der dritte bundesweite Workshop für Operationelle Gruppen (OGs) und Innovationsdienstleister statt. Im Zentrum steht ein Marktplatz: Dabei können alle OGs ihre Projekte per Poster vorstellen, sich über neue Erkenntnisse aus EIP-Projekten informieren und in Kontakt mit potenziellen Partnern für weitere Projekte kommen.

Außerdem werden Themen wie die administrative Umsetzung von EIP-Agri bearbeitet oder der Ergebnistransfer vor, während und nach einem EIP-Projekt. Darüber hinaus gibt es Workshops zu Methoden der Präsentation, Öffentlichkeitsarbeit und dem Projektmanagement. Außerdem steht die Frage nach der Entwicklung von EIP in der nächsten Förderperiode auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen auf dem Programm.

### Thematischer Workshop

Am 20. und 21. Februar 2019 findet ein weiterer Thematischer Workshop für OGs statt, die sich mit dem Thema Eiweißpflanzen befassen. Dieser Workshop dient in erster Linie dem fachlichen Austausch über die ersten Projektergebnisse. Veranstaltungsort ist das Hofgut Eichigt in Sachsen, das selbst Leguminosen anbaut und sich auch schon im Rahmen von verschiedenen Projekten damit befasst hat. [ber/nao]





**93%**

*der Bevölkerung  
finden laut einer  
Umfrage der Agentur  
für Erneuerbare  
Energien (AEE) die  
stärkere Nutzung  
und den Ausbau der  
Erneuerbaren wichtig.*

IM FOKUS

# Erneuerbare Energien – gut für die Region?

Die Bundesregierung muss die Energiewende vorantreiben, um ihre Klimaziele zu erreichen. Tragen wird die Energiewende – nach wie vor – vor allem der ländliche Raum. Wir schauen vor Ort, was funktioniert und welche Stolpersteine es gibt.



**Über**

**36 %**

**des Stroms kam 2017 aus erneuerbaren Quellen, bei Wärme waren es rund 13 Prozent.**

**In Bürgerhand:**

**42 %**

**der stromerzeugenden Erneuerbare-Energien-Anlagen gehörten 2016 Privatpersonen und Landwirten, etwa 13 Prozent Gewerbetreibenden, rund zehn Prozent kleineren Energieversorgern.**

**17 400**

**Megawatt Spitzenleistung: Etwa 41 % der Photovoltaik-Power kamen 2017 aus Bayern und Baden-Württemberg; der überwiegende Teil der Windkraft kommt aus den nördlicheren Bundesländern.**



# Die Energiezukunft ist regional und dezentral

Die Dynamik der Energiewende in Deutschland droht zu erlahmen. Unser Autor ist überzeugt: Es braucht mehr engagierte Bürger, die sich auch politisch einmischen. [VON PETER SCHMUCK]

Laut Klimaschutzbericht der Bundesregierung vom 13. Juni 2018 verfehlt Deutschland sein Ziel, die Treibhausgas-Emissionen (THG) von 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu senken; maximal 32 Prozent werden demnach erwartet. Irritierend ist dabei, dass ein Großteil der Treibhausgase durch die Stilllegung ostdeutscher Industrieanlagen eingespart wurde – und die THG-Emissionen seit 2009 bei etwa 900 Millionen Tonnen pro Jahr stagnieren. Um aber das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, müsste man die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent mindern und bis 2050 weitgehend treibhausgasneutral agieren. Dafür bräuchte es ein Gesamtpaket, das alle Module der Energiewende miteinander verzahnt: Strom, Wärme und Mobilität, Effizienz und Einsparung. Unser Energiesystem müsste also grundlegend transformiert werden.

Rückbau statt Ausbau? Laut einer Studie der Deutschen WinGuard GmbH läuft Ende 2020 für rund 6 000 Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt etwa 4 500 Megawatt die EEG-Vergütung aus. Bis 2026 kommen dann jährlich etwa 1 600 weitere Anlagen hinzu. Ob die Betreiber in Repowering investieren – also runderneuern und weiterbetreiben – oder sich dafür entscheiden, abzuschalten und zurückzubauen, wird die Dynamik der Energiewende maßgeblich beeinflussen.

## Zentralisiert hat ausgedient

Die zentralisierte Energieversorgung auf Basis fossiler und nuklearer Energie hat einige Jahrzehnte verlässlich funktioniert. Aber deshalb muss die künftige Energieversorgung nicht auch zentralisiert stattfinden. Es gibt nämlich einen entscheidenden Unterschied: Kohle und Uran finden sich an wenigen Stellen der Erdkruste. So ist es sinnvoll, diese im Ruhrgebiet, im Leipziger oder im Cottbuser Land zu Energie zu machen und sie von da aus zu verteilen. Sonne, Wind und Biomasse hingegen gibt es überall – wie auch den Bedarf. Das passt mit einer dezentralen Versorgung über viele kleinere Kraftwerke zusammen. Und hat Vorteile: Klugheit, Tatkraft und demokratisches Engagement von Bürgern vermögen das neue System zu schultern. Das zeigen die über 800 Energiegenossenschaften unseres Landes. Viele kleine Lösungen sind zudem sicherer und stabiler – Unfälle mit überregionalem Ausmaß, wie in Tschernobyl und Fukushima, sind im dezentralen Modell nicht möglich. Ein geknicktes Windrad kann repariert werden. Die Folgen eines Atomkraftwerk-Unfalls hingegen sind nicht so leicht in den Griff zu kriegen. Die Eigentümer der neuen Anlagen spiegeln die dezentrale Akteurskonstellation wider: Sie sind überwiegend in Bürgerhand, nur rund fünf Prozent gehören laut einer Statistik der Agentur für Erneuerbare Energien den vier großen Energieversorgern des Landes – E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Unternehmensstrukturen und Erfahrungshintergründe von Großkonzernen sind nicht geeignet für eine dezentrale Energiewende. Für sie steht ein Strukturwandel an.

### Eine Frage der Fläche

Wo steht Deutschland derzeit auf dem Weg in die Energiezukunft? Der Anteil der erneuerbaren Energien (EE) bei Strom beträgt laut Umweltbundesamt aktuell etwa 38 Prozent, bei Wärme rund 13 Prozent und im Verkehrssektor etwa fünf Prozent. Dabei gibt es gewaltige Unterschiede zwischen den Bundesländern, die im Strombereich gut dokumentiert sind: Spitzenreiter im Jahr 2015 war laut Agentur für Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern mit 70 Prozent EE-Anteil an der Bruttostromerzeugung. Darauf folgen Thüringen mit 58 Prozent, Sachsen-Anhalt mit 54 Prozent und Schleswig-Holstein mit 53 Prozent. Schlusslichter waren Berlin, Hamburg und das Saarland mit jeweils unter zehn Prozent. Das zeigt: Dort, wo viel Fläche zur Verfügung steht, können die erneuerbaren Energien boomen.

### Nicht rückwärtsgehen

Das deutsche Parlament brachte 2000 ein Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf den Weg. Es löste einen Innovationsschub bei der Produktion dieser Energien und der Anlagen aus und schuf bis 2016 etwa 340 000 neue Arbeitsplätze. Viele andere Regierungen kopierten das Gesetz. Sein Kernelement: Für jede Kilowattstunde erneuerbaren Strom garantiert der Bund einen festen Einspeisepreis, die Differenz zum Marktpreis wird aus einer EEG-Umlage finanziert. Doch 2005 legte die Bundesregierung den Rückwärtsgang ein: Die Nachfolgeparlamente änderten das EEG – und beschnitten schrittweise die Entfaltung der Hauptakteure der dezentralen Energiewende. Rund 100 000 der neuen Arbeitsplätze gingen verloren. Seit 2016 gibt es eine Ausschreibungspflicht für Windenergie-Anlagen. Sie erschwert vielen regionalen Genossenschaften die Teilnahme. Denn die Planung ist nun mit größeren finanziellen Risiken behaftet. Begründung für die Veränderung ist, dass sich die erneuerbaren Energien nach einer anfänglichen Förderphase dem Markt stellen müssen. Zudem will der Gesetzgeber den Zubau neuer Anlagen begrenzen, weil die Energiewende sonst zu teuer werden würde. Gleichzeitig erhalten jedoch konventionelle Industriezweige eine Ausnahmebehandlung: Sie werden von der EEG-Umlage befreit. Das wiederum belastet die Kleinverbraucher stärker, weil sie diesen Anteil der EEG-Umlage zusätzlich tragen müssen. Das könnte die nach wie vor hohe Akzeptanz der Bevölkerung an der Energiewende beeinträchtigen.

Für die Bundesregierung besteht die Herausforderung darin, sich nicht länger von den Großkonzernen beraten zu lassen. Sie muss über die Rahmenbedingungen für EE-Anlagen nach Auslaufen der EEG-Vergütung nachdenken, damit für diese Anlagen keine ökonomischen Nachteile gegenüber der Fossilenergie entstehen. Auch muss sie bei der Fossilenergie handeln: Der europäische CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handel ist zum einen ethisch fragwürdig, zum anderen hat er die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht begrenzt. Eine Einpreisung der Folgekosten für Fossil- und Nuklearstrom in dessen heutigen Preis hingegen würde Transparenz schaffen und dazu beitragen, die erneuerbaren Energien auch ohne Stützsysteme wirtschaftlich zu machen.

### Stärker einmischen!

Für die Bürger im Land wird es darum gehen, sich stärker als bisher dafür zu interessieren, wer in wessen Interesse über die künftige Energieversorgung entscheidet. Und sich kräftig einzubringen, indem sie sich etwa mit bürgernahen, dezentral agierenden EE-Firmen zusammenschließen. In den Zukunftskommunen Hallerndorf, Bollewick und Treuenbrietzen ist das bereits geschehen. Auch die Menschen in Schönau im Schwarzwald stießen als „Schönauer Energierebellen“ nach Tschernobyl viele gute Entwicklungen an – und machen sich heute im EU-Parlament für die Förderung zukunftsfähiger Energiemodelle stark.

Nach dem Ende der Fossil- und Nuklearwirtschaft wird ein Großteil unserer Energie in der Fläche des Landes erzeugt werden. Die „Gärten der Metropolen“, wie sie Bollewicks Bürgermeister Bertold Meyer nennt, werden sich selbst und die großen Städte mit hochwertiger Nahrung und neuer Energie versorgen. Dafür stellen wir heute die Weichen.

### SERVICE:

Seit 2017 wird die Förderhöhe einzelner Erneuerbarer-Energie-Anlagen im Rahmen des EEG wettbewerblich über Ausschreibungen festgelegt: Den Zuschlag sollen danach jene Anlagen erhalten, die am effizientesten arbeiten. Die Höhe der Vergütung steht also nicht mehr wie zuvor fest – es kommen die günstigsten Angebote zum Zug. Für Bürgerenergieprojekte gelten dabei Sonderregelungen: Sie müssen keine Genehmigung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz vorlegen, wohl aber einen Nachweis einer Flächensicherung sowie ein zertifiziertes Windgutachten und sie erhalten die höchste Vergütung, die in der Ausschreibung berücksichtigt wurde. Je nach Ausschreibung können die hohen Fixkosten ohne Zuschlagsgarantie und die Bürokratie aber auch abschrecken: Die letzten Ausschreibevolumina wurden nicht ausgeschöpft.



### KONTAKT:

Prof. Dr. Peter Schmuck  
Universität Göttingen und  
Hochschule für Nachhaltige  
Entwicklung Eberswalde  
Telefon: 030 50381740  
peterschmuck@gmx.de  
www.zukunftskommunen.de



# Regionen befähigen

Ohne die Regionen und ihre Bürger ist die Energiewende in Deutschland nicht zu schaffen. Sinnvolle Förder- und Steuerungsansätze können ihnen helfen.

[VON ANIKA SCHWALBE]

Die Energiewende lässt sich nicht mehr aufhalten, wenngleich sie gemessen an ihrer Tragweite für den Klimaschutz und den Aussagen des Weltklimarates noch ausgebaut und verstärkt werden muss. In Deutschland ist die Zustimmung zum Ausbau der erneuerbaren Energien sehr hoch, wie eine aktuelle Umfrage der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) zeigt. Das ist für eine erfolgreiche Energiewende essenziell. Sie macht die Energieversorgung dezentraler und die Bürger und Regionen energetisch unabhängiger – ohne sie ist eine Transformation des deutschen Energiesystems kaum vorstellbar. Dabei setzen Regionen und Kommunen eigene Schwerpunkte und gehen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz für Neubauten oder das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz auf Bundesebene hinaus. Nicht selten nutzen die Bundesländer für eigene Förderprojekte Gelder des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung oder der nationalen Förderbank KfW.

## Nachhaltig wärmen

Hessen fördert beispielsweise mit der Initiative HessEEN betriebliche Energie-Effizienznetzwerke. In Thüringen unterstützt SolarInvest Neu- und Erweiterungsinvestitionen in saisonale solarthermische Energiespeicher. Baden-Württemberg hat ein eigenes Gesetz zu erneuerbarer Wärme für Altbauten. Und Schleswig-Holstein will die Wärmewende über ein Landes Klimaschutzgesetz beschleunigen. Auch über ein bundesweites Förderprogramm können einzelne Hauseigentümer tätig werden – und Investitionen in Anlagen fördern lassen, die Wärme aus erneuerbaren Energien erzeugen.

## Erneuerbarer Strom

Beim Strom schafft insbesondere das EEG bundesweit einheitliche Anreize. Es vergütet den erzeugten Strom, fördert aber nicht die Installation von Anlagen. Seit 2014 läuft die Stromvergütung neuer Anlagen über Auktionen. Vor allem Projekte in Nord- und Ostdeutschland haben bisher die Zuschläge erhalten – dank besserer Windverhältnisse und geringerer Bevölkerungsdichte. Dabei braucht es auch südlich der Mainlinie dringend neue Anlagen. Laut letztem EEG-Erfahrungsbericht konnten Brandenburg und Niedersachsen 2017 fast die Hälfte des Fördervolumens der Ausschreibungen gewinnen. Projekte in Bayern wurden lediglich zu zwei Prozent gefördert.

Bundesländer, Regionen und Kommunen fördern ergänzend vor allem Systemkomponenten wie Solarspeicher. Ob die Anlagen

ausgebaut werden, hängt von der Rentabilität, den verfügbaren Flächen und Genehmigungen ab. Dabei können die jeweils zuständigen lokalen Behörden Projekte entscheidend voranbringen – oder bremsen, wie es dem aktuellen Windenergieerlass in Nordrhein-Westfalen vorgeworfen wird. In Bayern müssen neu errichtete Windräder zu Häusern einen Mindestabstand vom Zehnfachen ihrer Höhe halten. Diese „10 H-Regelung“ hat den Ausbau von Windanlagen in Bayern nahezu zum Erliegen gebracht.

## Kleine Elemente für große Strategie

Förderung allein reicht für eine erfolgreiche Energiewende nicht. Vielmehr müssen regionale Akteure mitgestalten und durch staatliche Institutionen und regionale Energieagenturen informiert werden. Energieberatung, Solarkataster, Potenzialstudien und Energieatlanten sind dafür wichtige Hilfsmittel. Damit können auch kleinräumige Veränderungen sinnvoll in großräumige Strategien eingebettet werden.

## SERVICE:

So könnte die Zukunft aussehen: Szenarien zur neuen Wärme- und Stromversorgung unter

[www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/studien/die-neue-waermewelt-szenario-einer-rein-regenerativen-waermeversorgung-deutschlands](http://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/studien/die-neue-waermewelt-szenario-einer-rein-regenerativen-waermeversorgung-deutschlands)

[www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/studien/die-neue-stromwelt-szenario-eines-100prozent-erneuerbaren-stromversorgungssystems](http://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/studien/die-neue-stromwelt-szenario-eines-100prozent-erneuerbaren-stromversorgungssystems)



## KONTAKT:

Anika Schwalbe  
Agentur für Erneuerbare Energien  
Telefon: 030 200535-52  
[a.schwalbe@unendlich-viel-energie.de](mailto:a.schwalbe@unendlich-viel-energie.de)  
[www.unendlich-viel-energie.de](http://www.unendlich-viel-energie.de)



# Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Wenn in ländlichen Räumen die Energiewende durch große Anlagen sichtbar wird, kollidieren oft verschiedene Interessen. Gibt es einen Königsweg, um sie auszugleichen?



Eva Eichenauer hat am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung Energiekonflikte untersucht; aktuell arbeitet sie im Projekt „ReGerecht – Integrative Entwicklung eines gerechten Interessenausgleichs zwischen Stadt, städtischem Umland und ländlichem Raum“ des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung. [www.leibniz-energiewende.de](http://www.leibniz-energiewende.de); [www.regerecht.de](http://www.regerecht.de)

## Frau Eichenauer, der für die Energiewende erforderliche Ausbau von Infrastrukturen hinkt den Zielen hinterher. Liegt das auch am zunehmenden Widerstand in den Regionen?

Deutschland ist europaweit immer noch führend, was insbesondere den Ausbau der Windkraft angeht. Aber bei der Umsetzung der landschaftsverändernden Infrastrukturen gibt es tatsächlich häufig erhebliche Widerstände. Oft bilden sich Bürgerinitiativen und die Umsetzung der Projekte zieht sich in die Länge: durch Eingaben im formellen Verfahren, bei dem die übergeordneten Behörden die für Windkraft potenziell geeigneten Flächen ausweisen, oder bei den informellen Beteiligungsprozessen vor Ort. Gleichzeitig halten nach wie vor rund 90 Prozent die Energiewende für richtig. Viele können sich mit Windrädern & Co. abfinden – als Mittel zum Zweck.

## Aber vor Ort wollen sie sie dann doch nicht?

Doch, aber zu bestimmten Konditionen. Zunächst hat die übergeordnete Politik eine Bringschuld: Viele Menschen fragen sich, wieso sie sich mit Beeinträchtigungen abfinden sollen, während auf Bundesebene weder der Kohleausstieg so vorangetrieben wird, wie es klimapolitisch notwendig wäre, noch die Wärme- und Mobilitätswende. Auf lokalpolitischer Ebene stellen Bürgerinitiativen dann häufig in Frage, dass der Bau der Anlagen tatsächlich verantwortungsvoll betrieben wird und kritisieren die Neutralität der erforderlichen Gutachten: In der Regel fallen sie positiv für den Projektierer aus – der sie ja auch in Auftrag gegeben hat. Da fällt es schwer, die einmal erteilten Baugenehmigungen zu akzeptieren. Und wenn sich die Menschen verschaukelt fühlen, gibt es keine Grundlage mehr für einen Dialog.

## Sind die Bürger mit der Thematik vielleicht auch überfordert?

Viele Menschen fühlen sich unsicher und wünschen sich mehr Informationen. Sie machen sich beispielsweise Gedanken, ob mit Windkraftanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verbunden sind, sich ihre Heimat stark verändert oder ihr Eigenheim an Wert verliert – und haben das Gefühl, damit alleine gelassen zu werden. Viele haben den Eindruck, dass ihre Bedenken von Lokalpolitikern und Projektierern abgetan oder nur zum Schein wahrgenommen werden. Einige organisieren sich dann in Bürgerinitiativen. Sie sammeln Wissen und stellen Informationen bereit, die die Menschen bei ihren Sorgen abholen – und inhaltlich gefärbt sein können. Wird dann der Bürgermeister beim lokalen runden Tisch mit dieser vermeintlichen Expertise konfrontiert, kann er dem häufig kaum etwas entgegensetzen. Das verstärkt vor Ort das Gefühl, nicht wirklich vertreten zu werden.

## Wie kann man wieder zu einem Dialog finden?

Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik: Neben einer bundespolitisch stringenten Strategie wünschen sich viele eine klare Aussage von ihrer Landesregierung: „Ihr tragt nicht nur die Last, sondern seid in ein Projekt eingebunden, das energie- und klimapolitisch etwas bewegen möchte.“ Der wichtigste Schritt ist, frühzeitig anzufangen, mit den Menschen zu reden und zwar dann, wenn sie sich noch an Entscheidungen beteiligen und Optionen aushandeln können. Sonst entsteht der Eindruck, es würde Hinterzimmerpolitik zum Gewinn Einzelner betrieben. Außerdem spielt auch die Persönlichkeit der Beteiligten eine Rolle. Derjenige, der das Vorhaben repräsentiert, sollte ernsthaft einen Dialog wollen und dabei die Bürger in den Blick nehmen, die wirklich an einer Lösung interessiert sind, anstatt nur zu blockieren. Beide Seiten müssen aufeinander zugehen.

## Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.

„  
Man muss  
einen Dialog  
auch ernsthaft  
wollen.“



Wie gut eignet sich das aktuelle EEG, regionale Akteure und Bürger bei der Energiewende vor Ort zu unterstützen?

## Landkreis ausgebremst

[VON ULRICH AHLKE]

Wir verfolgen im Landkreis Steinfurt das Ziel, spätestens im Jahr 2050 mehr Energie erneuerbar zu erzeugen, als insgesamt im Kreis verbraucht wird. Das ist ambitioniert, aber nicht unrealistisch. Auf der Grundlage von in der Region gemeinschaftlich abgestimmten Leitlinien für Bürgerwind haben wir in den vergangenen vier Jahren annähernd 20 Bürgerwindprojekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 400 Millionen Euro realisiert. Durch die intensive Bürgerbeteiligung konnten wir eine hohe Akzeptanz für Windenergie erreichen, wir haben für eine große Akteursvielfalt gesorgt und die regionale Wertschöpfung deutlich gestärkt. Das „alte“ EEG war dabei bis Ende 2016 eine hilfreiche Grundlage und hat sich als gutes Strukturförderinstrument für den ländlichen Raum bewährt.

Unseren bürgerorientierten Ansatz unterstützt das aktuelle EEG mit seinem Ausschreibungsansatz seit 2017 leider nicht mehr. Denn für bürgergetragene Projekte ist es im Gegensatz zu Projekten großer Unternehmen deutlich schwerer, umfangreiche finanzielle Vorleistungen zu erbringen. Zudem können finanzielle Risiken nicht wie bei großen Unternehmen und Projektieren auf andere Projekte umgelegt werden. Ausschreibungen wie sie auf der Grundlage des derzeit gültigen EEG erfolgen, führen daher eher zu einer Marktkonzentration, wobei echte Bürgerprojekte verdrängt werden.

Selbstverständlich müssen sich Bürgerenergieprojekte dem Wettbewerb stellen; die Vergütung muss sich am Markt orientieren. Wenn allerdings die für eine gelingende Energiewende notwendige Akteursvielfalt und breite Bürgerbeteiligung erreicht werden soll, muss der Gesetzgeber auch die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb schaffen.

**i** KONTAKT:  
Ulrich Ahlke  
Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit;  
energieland2050 e.V.  
Telefon: 02551 69-2110  
ulrich.ahlke@kreis-steinfurt.de  
www.kreis-steinfurt.de



## Der ländliche Raum profitiert

[VON PETER STRATMANN]

Schon seit einigen Jahren fließt mehr erneuerbarer Strom als Braunkohlestrom in den deutschen Stromnetzen. Damit ist die Energiewende längst im industriellen Maßstab angekommen. Für „Bioladen-Romantik“ ist kein Platz mehr. Seit 2010 wird der erneuerbare Strom an der Börse gehandelt und ist tief in den europäischen Strom-Binnenmarkt integriert. Seit 2015 müssen sich große Wind- und Solaranlagen einem Ausschreibungsverfahren stellen, um Förderung zu erlangen. Die damit einhergehenden Kostensenkungen sind gut für die Stromkunden und einer der Gründe, warum die EEG-Umlage für 2019 erneut gesunken ist.

Ohne aktive Bürger vor Ort hätte Deutschland heute nicht fast 40 Prozent erneuerbaren Strom. Für den ländlichen Raum bedeutet die Energiewende ein erhebliches Plus an Wertschöpfungsoptionen. Nicht nur die Erträge aus den Anlagen selbst, sondern auch die aus den begleitenden Prozessen von Wartung, Betrieb, Bau, Genehmigung, Standorterschließung – und zuletzt auch des Abbaus alter Anlagen – fallen vor Ort an.

Derzeit macht die Windbranche eine schwierige Phase durch, was in ihrer gesamten Wertschöpfungskette spürbar ist. Einer der Gründe hierfür ist, dass bei ein paar Ausschreibungsrunden den „Bürgern“ besonders günstige Teilnahmebedingungen eingeräumt wurden. Diese Sonderregelungen haben den Markt verunsichert, so dass das Bemühen um neue Genehmigungen aus dem Tritt gebracht wurde.

Daraus darf man schlussfolgern: Je einfacher, planbarer und einheitlicher die Ausschreibungsbedingungen sind, desto konstanter verläuft die Entwicklung. Das ist gut für die Akteure, die Bürger und für den ländlichen Raum – und auch für den Klimaschutz.

**i** KONTAKT:  
Peter Stratmann  
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen  
Telefon: 0228 14-9921  
pressestelle@bnetza.de  
www.bundesnetzagentur.de



# Kommunen als Wegbereiter

Ob und wie erneuerbare Energien hierzulande ausgebaut werden, hängt zu einem Großteil von den Kommunen ab. Welche Unterstützung brauchen sie?

Timm Fuchs ist Experte für Energiepolitik und ländliche Räume beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB).  
www.dstgb.de

## Herr Fuchs, welche Rolle spielen die Kommunen beim Ausbau der erneuerbaren Energien?

Die Kommunen sind entscheidend, denn die erneuerbaren Energien werden dezentral ausgebaut – und dezentral funktionieren auch die Kommunen. Sie übernehmen unterschiedliche Aufgaben bei der Energieversorgung: Sie sind Genehmigungsbehörden für die Anlagen, sie sind selbst oder zusammen mit den Stadtwerken Betreiber solcher Anlagen und sie sind Moderator, wenn es um Konflikte beim Ausbau erneuerbarer Energien geht.

## Wie können die Kommunen es schaffen, dass möglichst wenige Konflikte auftreten und Bürger sowie Regionen vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren?

Indem Kommunen zusammen mit Stadtwerken Bürgerbeteiligungsmodelle anbieten und die Bürger so zu Profiteuren der Energiewende machen. Umfragen zeigen zudem, dass immer dann, wenn die Bürger mit den erneuerbaren Energien in Kontakt kommen, Vorbehalte abgebaut werden. Werden Gewinne kommunaler Anlagen zur Finanzierung eines Spielplatzes oder für den Betrieb eines Bades eingesetzt, kann die Gemeinde zeigen, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien vor Ort nicht nur unter dem Klima- und Umweltaspekt sinnvoll ist. Auch das sorgt für Akzeptanz.

## Welche Unterstützung benötigen Kommunen?

Viele Standortgemeinden monieren, dass sie die Lasten der Energiewende zu tragen haben – Stichwort Versparung der Landschaft –, aber nicht ausreichend an der Wertschöpfung beteiligt werden. Sie nehmen in vielen Fällen keine oder nur geringe Gewerbesteuern ein, weil die Anlagen in der Anlaufphase aufgrund der hohen Abschreibungen und Finanzierungskosten in der Regel keine oder nur geringe Gewinne erzielen. Auch später ist der steuerliche Anteil, den die Standortgemeinde erhält, aufgrund der jährlichen Abschreibungen gering. Deshalb wurde im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart,

dass man die Beteiligung der Standortgemeinden an der Wertschöpfung der Anlagen verbessern will. Die Palette der hierzu diskutierten Maßnahmen ist breit. Sie reicht von einer Verbesserung der steuerlichen Beteiligung bis hin zu einer Abgabe für die Einspeisung von Energie oder einer finanziellen Beteiligung an der Windernte. Wir sind momentan mit der Bundespolitik dazu im Gespräch, was politisch realisierbar und vor allem sinnvoll für die Gemeinden ist.

## Was kann die Politik außerdem tun?

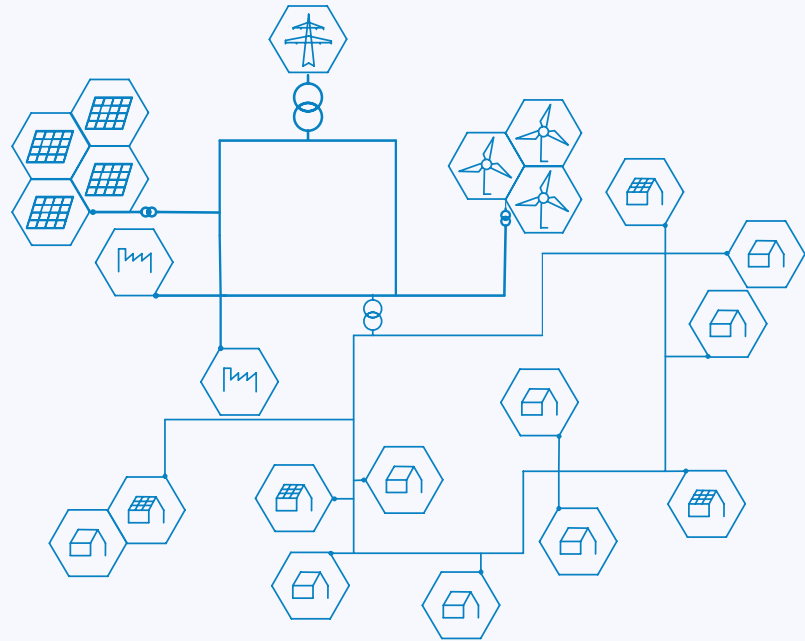
Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, das betrifft auch das Thema Bürgerenergie. Etwa die Vorgabe, dass Bürgerenergie-Anlagen Erleichterungen bei der Realisierung bekommen. Diese Regelung war gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Projektierer nutzten die Bürgerenergie als Deckmantel, um in den Genuss der gesetzlichen Erleichterungen zu kommen. Deshalb wurden diese Regelungen zwischenzeitlich ausgesetzt. Grundsätzlich sollte man an der Bürgerenergie festhalten, weil es ein sinnvolles Mittel für mehr Akzeptanz der Bürger sein kann: Wo Bürgerenergie draufsteht, muss künftig auch Bürgerenergie drin sein. Ein weiterer Punkt, der die Handlungsfreiheit der Gemeinden einschränkt, sind die uneinheitlichen Landesgesetze. Wir wünschen uns, dass die gesetzlichen Vorgaben aller Länder den Kommunen in Zukunft ausreichende Spielräume geben. Derzeit wird beispielsweise darüber gesprochen, ob die Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich abgeschafft werden sollte – das Land Brandenburg fordert das. Tatsächlich ist die rechtliche Situation, vereinfacht ausgedrückt, im Moment so, dass eine Gemeinde nur eingeschränkt steuern kann, ob eine Anlage gebaut wird. Hier sehen wir Verbesserungsbedarf, da die Akzeptanz für die Energiewende nur erhalten werden kann, wenn auf der lokalen Ebene zunächst über die Ausweitung von Flächen diskutiert wird und dann in einem zweiten Schritt auch eine Beteiligung der Bürger und der Standortgemeinde an der Wertschöpfung realisiert werden kann.

## Herr Fuchs, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

„  
Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.“

## Heutiges ländliches Verteilnetz



# Flexible Netze

Die Energiewende braucht mehr als nur Anlagen zur Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen. Die Stromnetze müssen nicht nur dezentraler, sondern auch flexibler werden. [VON CHRISTINA GREBE, ERIK HEILMANN UND HEIKE WETZEL]

Die Energiewende bringt verschiedene Herausforderungen mit sich. So wird sich etwa der verstärkte Zubau von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien, wie Windkraft- oder Photovoltaikanlagen, in den Verteilnetzen immer stärker bemerkbar machen. Im Zuge der Elektrifizierung des Wärme- und Mobilitätssektors wird sich die Zahl dezentraler Verbrauchsstationen, wie Wärmepumpen oder Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, signifikant erhöhen. Um diese Erzeuger und Lasten in das Verteilnetz zu integrieren, wäre nach heutigen Maßstäben ein massiver Netzausbau notwendig. Nur ein intelligentes Verhalten aller Akteure kann diesen Netzausbau in einem effizienten Maße begrenzen. Dafür bedarf es neuer Anreizsysteme. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer netzdienlichen Flexibilisierung des Verbrauchs- und Erzeugungsverhaltens im Verteilnetz.

## Verteilnetze heute und in Zukunft

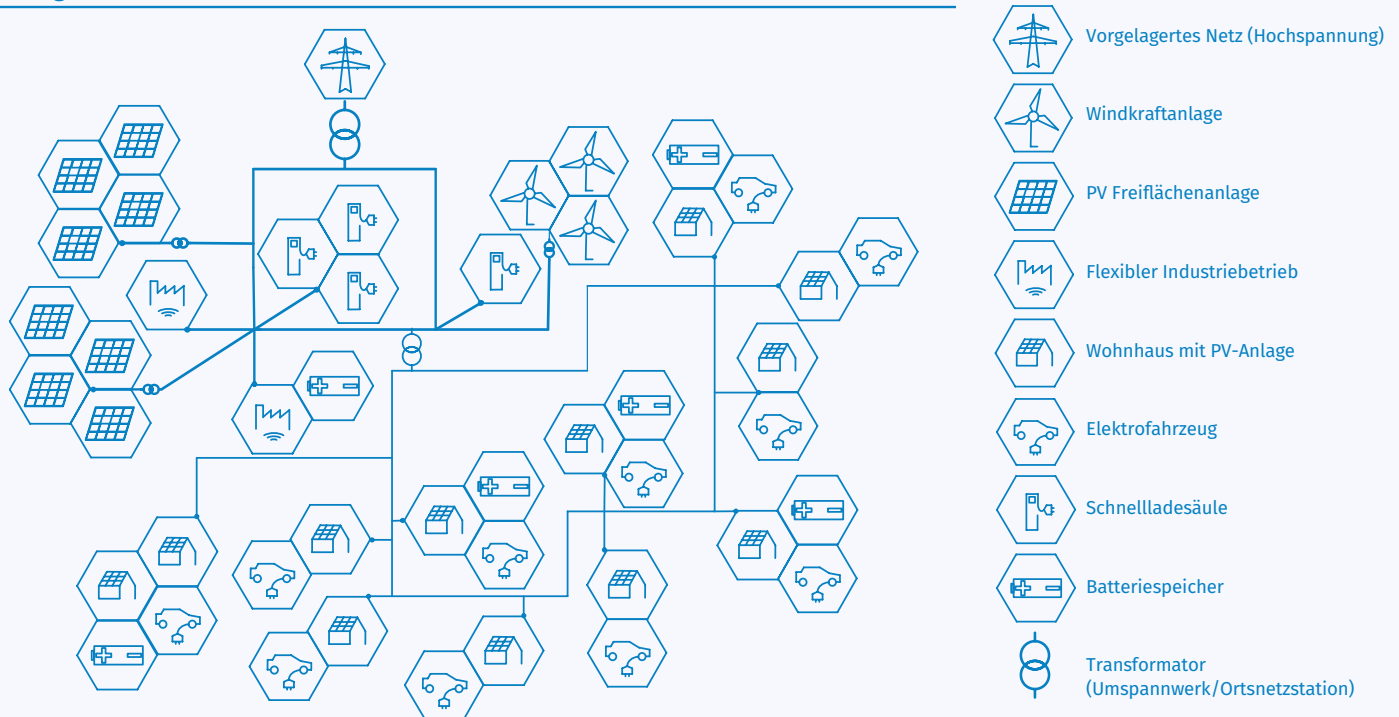
Der Großteil der deutschen Verteilnetze wird heute auf einem sehr hohen technischen Niveau mit geringer Störanfälligkeit betrieben. Engpässe, die entstehen können, wenn lokal signifikant mehr Strom erzeugt als verbraucht wird, sind relativ selten. Ein prominentes Gegenbeispiel stellen Regionen im Norden Deutschlands mit sehr hoher Windeinspeisung dar, in denen regelmä-

ßig Windkraftanlagen abgeregelt werden müssen, um die Netze lokal nicht zu überlasten. Ein heute typisches ländliches Verteilnetz (siehe Grafik 1) ist die meiste Zeit im Jahr problemlos zu betreiben, das heißt, alle dezentralen Erzeuger können ihre Energie ins Netz einspeisen und kein Verbraucher – Industrie, Gewerbe sowie Haushalte – ist in seinem Stromkonsum eingeschränkt.

Die Zunahme dezentraler Produktionsanlagen und Verbrauchsstationen (siehe Grafik 2) ist für die meisten Stunden im Jahr zunächst unbedenklich, da sich neue Erzeuger und Verbraucher oftmals ausgleichen. In besonderen Situationen, wenn beispielsweise sehr viel Wind- und Solarstrom eingespeist wird, aber ein nur minimaler Verbrauch besteht – dem sogenannten Schwachlastfall – kann es jedoch zu einem erhöhten Engpassrisiko kommen. Auch der entgegengesetzte sogenannte Starklastfall, bei dem wenig eingespeist, aber sehr viel verbraucht wird, wird zukünftig an Relevanz gewinnen. Sowohl Starklast- als auch Schwachlastfälle sind über das gesamte Jahr gesehen eher punktuelle Ereignisse. Dennoch müssten die Verteilnetze für solche Extremfälle gewappnet sein. Dies könnte jedoch zu einer ineffizienten Ausnutzung der Netzinfrastruktur und damit zu unnötig hohen Kosten für alle Verbraucher führen.



## Zukünftiges Verteilnetz



Quelle: Universität Kassel

### Neue Anreize für flexibles Verhalten

Die Lösung für die beschriebene Problematik ist denkbar einfach: Verbrauch und Erzeugung müssen lokal angepasst oder flexibilisiert werden. Dafür diskutieren die Energiebranche und Wissenschaftler verschiedene Anreizsysteme. Wichtig dabei ist, dass das Systemgleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch nicht gestört wird.

So könnten beispielsweise die Strompreise den Verbrauch beeinflussen, indem sie die aktuelle Einspeisesituation widerspiegeln. Je mehr Strom eingespeist wird, desto niedriger wäre der entsprechende Strompreis. Die Konsequenz wäre jedoch, dass zur selben Zeit in verschiedenen Netzgebieten verschiedene Strompreise vorherrschen würden. Das würde dem heutigen Ziel eines einheitlichen deutschen Strommarktes widersprechen.

Eine Alternative wäre, im Vorfeld ein flexibles Verhalten von Verbrauchern oder Erzeugern vertraglich festzulegen. Der dafür notwendige „regionale Flexibilitätsmarkt“ hätte die Aufgabe, die Engpässe von Verteilnetzbetreibern mittels eines Wettbewerbs zu managen. Ein Verteilnetzbetreiber fragt dabei Flexibilität in den Zeiten nach, in denen Engpässe drohen. Jeder am Netz angeschlossene Akteur, dem es möglich ist, seinen Verbrauch oder seine Energieproduktion anzupassen, kann dabei als Anbieter für Flexibilität auftreten.

Beide Ansätze zielen darauf ab, die gegebene Netzinfrastruktur besser auszunutzen, um den notwendigen Netzausbau zu begrenzen. Dabei müssen in Zukunft unterschiedliche Mechanismen zusammenspielen, um die Flexibilität sowohl auf Systemebene als auch auf lokaler Ebene zu erhöhen.

### Erste Modelle werden erprobt

Wie solch komplexe Mechanismen ausgestaltet sein können, wird aktuell intensiv beforscht. Die Frage-

stellungen betreffen die technische Umsetzung (Mess- und Kommunikationstechnik), das passende Marktdesign, die Koordination zwischen den verschiedenen Netzebenen sowie den gesetzlichen und regulatorischen Rahmen. Im Anschluss müssten diese theoretischen Konstrukte unter Einbeziehung aller relevanten Akteure praktisch erprobt werden.

Dies geschieht in mehreren Pilotvorhaben des vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Schaukastenprojektes „C/sells“. Dieses Großprojekt läuft von 2017 bis 2020 und besteht aus 58 Partnern aus Forschung, kommunalem Umfeld sowie Industrie und Wirtschaft. Im mittelhessischen Dillenburg etwa testen die Wissenschaftler im Netz des Energieversorgers EAM einen regionalen Flexibilitätsmarkt mit realen Verbrauchern aus Industrie und Haushalten. Derzeit steckt das Projekt noch in der Konzeptionsphase, ab 2019 geht es dann aber in die tatsächliche Umsetzung. Die Universität Kassel begleitet das Projekt wissenschaftlich.

### SERVICE:

Das Fachgebiet Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt dezentrale Energiewirtschaft wurde im Oktober 2014 an der Universität Kassel gegründet. Es verbindet forschungsorientierte empirische Energie- und Regulierungsökonomik mit anwendungsorientierten nationalen und regionalen Energie- und Klimaschutzprojekten. Im Fokus steht dabei die wachsende Bedeutung von dezentralen Technologien für die deutsche und internationale Energiewirtschaft.



#### KONTAKT:

Prof. Dr. Heike Wetzel  
Universität Kassel  
Telefon: 0561 804-7750  
heike.wetzel@uni-kassel.de

Erik Heilmann  
Universität Kassel  
Telefon: 0561 804-7175  
erik.heilmann@uni-kassel.de  
www.csells.net

# Ein Landkreis koordiniert

Im September 2018 hat sich die Bürgerenergiegenossenschaft „Barnimer Energiewende“ gegründet. Sie wird mit 45 000 Euro gefördert – vom Landkreis Barnim: Denn der setzt seit fast zehn Jahren auf das Motto „die Zukunft ist ERNEUER:BAR“. [VON INA BASSIN]



Im Null-Emissions-Bau: die Geschäftsstelle der KWB

BAR ist das Autokennzeichen des brandenburgischen Landkreises im Nordosten Berlins. In der waldreichen rund 1500 Quadratkilometer großen Region leben circa 180 000 Einwohner. Neben dem Reichtum an Natur ist der Landkreis auch gut versorgt mit erneuerbar erzeugter Energie: Etwa 2300 Anlagen – davon über 2000 Solar- und rund 140 Windkraftanlagen – gibt es, die Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugen und damit über 130 Prozent des Strombedarfs in der Region decken.

## Klimaschutz-Pionier

Vor rund zehn Jahren beschloss der Kreistag, eine Null-Emissions-Strategie umzusetzen. Mit einem regionalen Klimaschutzkonzept und -managern war der Barnim damals ein Pionier; als erster Landkreis wurde er über die Klimaschutzrichtlinie des Bundes gefördert. Im Rahmen einer Forschungs Kooperation mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und dem Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier entwickelte er Energie-Konzepte, für Bioenergie-dörfer und um eine Deponie in einen Energiepark zu verwandeln. Dabei entstand der identitätsstiftende Slogan, Autokennzeichen inklusive. Der Landkreis machte auch verwaltungsintern ernst: Acht von zehn Ämtern und Gemeinden beschaffen Strom und Erdgas mittlerweile gemeinsam – zu günstigeren Konditionen und mit geringerem Verwaltungsaufwand. Insgesamt werden so jährlich rund 13,5 Millionen Kilowattstunden Ökostrom und 21 Millionen Kilowattstunden Gas gemeinsam beschafft.

## Strukturen etabliert

Um die Umsetzung seiner Energiestrategie nach drei Jahren Förderung zu verstetigen, gründete der Landkreis die Barnimer Energiegesellschaft mbH. Sie berät Kommunen und regionale Unternehmen in Energieversorgungs- und -effizienzfragen. Im Dezember 2016 wurde

dann eine zweite Landkrestochter geboren: die Kreiswerke Barnim GmbH (KWB). Sie soll direkt in Anlagen zur erneuerbaren Energieerzeugung investieren, kann sich um Netze in der Region bewerben und partnerschaftlich mit den Kommunen an der Effizienz der Energieversorgung arbeiten. Das Ziel ist, die in der Region erzeugte Energie selbst zu nutzen und zu vermarkten. So werden bis 2020 auf dem Gelände der stillgelegten Deponie in Eberswalde drei Solaranlagen mit einer Leistung von je 750 Kilowatt errichtet. Weitere Projekte hat die KWB noch für dieses Jahr geplant, wie die Straßenbeleuchtung in zwei Gemeinden auf LED-Technik umzurüsten und – mithilfe einer erneuten Bundesförderung – Ladestationen für E-Autos zu errichten.

Dabei vereint die KWB die Sparten Energie und Abfallentsorgung. Und die Stoffkreisläufe passen gut zueinander: „Zukünftig soll die energetische Nutzung der wertvollen Reststoffe aus der Biotonne eine größere Rolle spielen“, sagt der Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim, Christian Mehnert.

## Alle beteiligt

Die Gemeinden im Barnim können sich an der KWB beteiligen – der Landkreis veräußert zu diesem Zweck Anteile im Wert von jeweils 200 Euro. 13 der 25 Gemeinden sind bereits Gesellschafter. Zudem können sie in einem Beirat aktiv die energiewirtschaftlichen Tätigkeiten der KWB mitgestalten. „Wir müssen neben den Investitionen in erneuerbare Energien Beteiligungsmodelle finden, die die Wertschöpfung in der Region erhöhen“, sagt Mehnert. Er ist deshalb auf die Zusammenarbeit mit der Barnimer Energiewende eG gespannt. „Sie kann den Bürgern mehr Beteiligungsmöglichkeiten bieten und für uns Ansprechpartnerin bei der Organisation solcher Prozesse sein.“ Die Barnimer Energiewende – sie soll allen zugutekommen: Eine neue Idee aus dem Landkreis ist, die kreiseigenen Dienstfahrzeuge außerhalb der Dienstzeiten als Carsharing für die private Nutzung freizugeben. Im Frühjahr 2019 startet die Pilotphase.

Foto: Martin Dückler



## KONTAKT:

Kreiswerke Barnim GmbH  
Telefon: 03334 5262030  
info@kreiswerke-barnim.de  
www.kreiswerke-barnim.de



Dieses und weitere Nahwärmehohrte verteilen die Wärme in die Gebäude im Frankenwald.

# Erfolgreiche Energievisionäre

Seit zehn Jahren zeigt ein kleiner Verein im Frankenwald, wie ländliche Gemeinden die Energiewende meistern können.

[VON MARTIN KASTNER]

Zwischen bergigen Fichtenwäldern, Wiesentälern und Granitblöcken des Frankenwaldes und Fichtelgebirges liegen mehr als 100 Kommunen. Mit rund 500 000 Einwohnern ist die Region eher dünn besiedelt, birgt aber enormes Potenzial für die Energiewende. Der Verein EnergieVision Frankenwald nutzt es. Sein Ziel: eine regionale Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen aufbauen.

## Vom Hotel- ins Klassenzimmer

Damit begann der Bund Naturschutz im Landkreis Hof schon 1996, als er die erste Bürgerwindkraftanlage Bayerns baute. Zehn Jahre später schloss er sich mit der Ökologischen Bildungsstätte in Mitwitz im Landkreis Kronach zusammen, um EU-Fördergelder für das LEADER-Projekt „Energievision Frankenwald“ zu beantragen – der Vorläufer des heutigen Vereins. Gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelten die Projektteilnehmer in Effelter das erste Bioenergie Dorf im Frankenwald. Dort heizen rund 40 Haushalte mit Energie aus einem gemeinschaftlichen Nahwärmenetz, das Abwärme aus einer Biogasanlage und einem Biomasse-Hackschnitzkessel bezieht.

Um die Idee weiter in der Breite zu tragen, sprachen die Projektteilnehmer zunächst regionale Hotels, Gaststätten und touristische Einrichtungen an. Denn diese verbrauchen viel Energie, vor allem beim Heizen. Ein freier

Energieberater zeigte ihnen, wie sie sparsamer sein und welche regenerativen Energieträger sie nutzen können. Ein voller Erfolg für das Projekt – und Grundlage für die weitere Arbeit als Verein. Denn: Viele Gastronomen und Hoteliers stellten auf Pellets- oder Hackschnitzelheizungen um und sanierten ihre Gebäude energetisch. So auf Nachhaltigkeit bedacht, verbesserten sie auch das Image der Region. Die Wertschöpfung blieb dabei vor Ort. Das interessierte auch die Landkreise, die den nun gegründeten Verein über Beteiligungen an den weiteren Projekten unterstützen. Die Oberfrankenstiftung aus Bayreuth kofinanziert die Projekte, wie etwa das „Erlebnis Energie“, das der Verein auf Anfrage vieler Schulen entwickelte. Exkursionen oder Unterrichtseinheiten mit Vorträgen von Experten zeigen Schülern aller Schulformen die Vorteile erneuerbarer Energien.

## Vernetzen und verbreiten

Internationale Aufmerksamkeit erhielt EnergieVision Frankenwald für sein Vorhaben „Bioenergiegemeinden im Frankenwald“. Nach dem Vorbild Effelters sollten weitere Gemeinden Bioenergieorte werden, ihre Bürger beteiligen und ein neues Bewusstsein für die Region schaffen. Zwölf Gemeinden folgten dem Ruf. Sie installierten gemeinschaftliche Energieanlagen, die die Bürger etwa über Genossenschaften betreiben. Wer über Landes- und Bundesgrenzen hinaus Ähnliches

vorhat, den informiert der Verein über seine Energietourismus-Initiative „Energie bewegt die Welt“. Interessierte können über die Website des Projektes [www.e-b-d-w.de](http://www.e-b-d-w.de) Führungen und Pauschalpakete buchen, um sich vor Ort über die gelungene Energiewende in der Region zu informieren. Neben deutschen Reisegruppen kamen auch schon einige aus Polen, Mosambik, China, Guatemala und Brasilien. Um das Zukunftsthema „Elektromobilität“ der Bevölkerung und regionalen Unternehmen näherzubringen, wurde mit „E-Lenker sind Zukunftsdanker“ in Zusammenarbeit mit den Landkreisen Bayreuth, Hof und Wunsiedel ein weiteres LEADER-Beratungsprojekt initiiert.

Der Verein zeigt, wie sich Energiewende und Regionalentwicklung die Hand geben: Baut man erneuerbare Energien sozialverträglich aus und bezieht dabei die Menschen ein, entstehen langfristige Wertschöpfungsketten in der Region.



## KONTAKT:

Martin Kastner  
EnergieVision Frankenwald e. V.  
Telefon: 09261 6640840  
[info@energie-frankenwald.de](mailto:info@energie-frankenwald.de)  
[www.energie-frankenwald.de](http://www.energie-frankenwald.de)





# Kommunale Zukunftsperspektiven

Mit der Energiewende können ländliche Regionen lokale Wirtschaftskreisläufe anstoßen. Davon profitieren kommunale Haushalte und die Kommunalentwicklung.

[VON ANJA FOLZ UND DAGMAR SCHNEIDER]

„Das Geld des Dorfes dem Dorfe“: Der Leitsatz des Sozialreformers Friedrich Wilhelm Raiffeisen ist für viele ländliche Regionen brandaktuell. Wenn sie zukunftsfähig bleiben wollen, brauchen sie finanzielle Handlungsspielräume. Und die finden sie in den Ausgaben für Energie. Denn die Energiekosten sind einer der größten Posten in kommunalen Haushalten: Laut der deutschen Energieagentur geben Kommunen jährlich über sechs Milliarden Euro für Energie aus, davon drei Milliarden Euro für Strom und Wärme in ihren Gebäuden. Flossen diese Mittel bislang ab, könnten die Kommunen sie stattdessen in Investitionen und Wertschöpfung vor Ort umwandeln. Wie das geht, zeigt der Rhein-Hunsrück-Kreis. Mit seinen 137 zum Teil sehr kleinen Gemeinden liegt er fernab von wirtschaftlichen

Zentren – und verfügt doch über einen der solidesten Haushalte in Rheinland-Pfalz.

Seit Start der Agenda 21 im Jahr 1997 entwickelt sich der Landkreis zu einer Referenzregion für Klimaschutz und innovative Energiekonzepte. Wegweisend war das 2011 durch das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) vorgelegte Klimaschutzkonzept. Es bezifferte erstmals die Energieimportkosten in Höhe von 290 Millionen Euro. Indem die Region ihre Energie nun zunehmend selbst produziert, wandelt sie diesen Betrag nach und nach in regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze um.

**Mit der Energiewende aufblühen**  
Das geschieht dank der dezentralen Energiewende: Investieren Kommu-

nen in lokale nachhaltige Energieprojekte, schaffen sie Arbeitsplätze, steigern die Kaufkraft in der Region und profitieren von zusätzlichen Steuereinnahmen. Mit gezieltem Flächenmanagement, Bauleitplänen, sektorenübergreifender regionaler Kreislaufwirtschaft und klimafreundlichen Mobilitätskonzepten können sie die lokale Energiewende zusätzlich lenken. Wichtig ist dabei vor allem eines: Kommunen sollten ihren Energieverbrauch kennen. Nur so können sie ihre technischen Anlagen besser einstellen oder das Nutzerverhalten ändern.

Der Rhein-Hunsrück-Kreis schafft das mit einem Energiecontrolling und zeigt eindrücklich: Die Energiewende ist das bislang größte Wirtschaftsförderungsprojekt in der Geschichte des Kreises. Nach einer





Schnorbach macht vor, wie Kommunen von der Energiewende profitieren können.

Zwischenbilanz aus dem Jahr 2015 investierte der Kreis bis zu diesem Zeitpunkt 1,2 Milliarden Euro in Anlagen, die erneuerbare Energien erzeugen. Davon gingen Aufträge in Höhe von etwa 102 Millionen Euro an die heimische Wirtschaft. Es entstanden Windenergieanlagen auf kommunalen Flächen und Photovoltaik auf kommunalen und privaten Dächern. Außerdem gibt es lokale Nahwärmeverbände, die Biomasse wie Baum- und Strauchschnitt aus der Region einsetzen. Pro Jahr schöpft der Kreis aus dem Betrieb all dieser Anlagen rund 43,5 Millionen Euro. Gleichzeitig reduzierte er die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 87 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990.

#### Das Leben vor Ort verbessern

Für diese Ergebnisse arbeiten Kreis- und Kommunalverwaltungen sowie engagierte Bürger eng zusammen. Auch in der kleinen Gemeinde Schnorbach mit nicht einmal 300 Einwohnern. Seit 2014 verpachtet die Kommune gemeindeeigene Grundstücke an die Betreiber von zwei Windkraftanlagen. Ein Teil der Einnahmen fließt in ein kommunales Förderprogramm, das die Bürger unterstützt und Anreize schafft,

Energie zu sparen und regenerative Energien zu nutzen. Mehr als 66 000 Euro Förderung bewilligte die Kommune bislang; rund 323 000 Euro investierten die Bürger: in neue Fenster und Türen, Pelletheizungen, Heizungspumpen, neue sparsame Kühlschränke oder Waschmaschinen, Vordämmungen und Photovoltaikanlagen. Die Ortsgemeinde Mastershausen nutzt die 300 000 Euro an jährlichen Einnahmen aus Solarenergie und Windkraft, um Menschen aller Generationen ein gutes Leben im Ort zu ermöglichen: Sie baut Ortsstraßen und DSL-Anbindung aus, macht aus einer ehemaligen Schule ein Haus für altersgerechtes Wohnen und unterstützt soziale und touristische Infrastrukturen.

Am Rhein-Hunsrück-Kreis wird deutlich, wie eine umfassende und integrierte Energiewende die Kommunalentwicklung, die Wirtschaft und die Teilhabe der Bürger fördert. Nicht jede Kommune verfügt über das gleiche Potenzial. Aber alle können handeln. Um sie dabei zu unterstützen, hat die Energieagentur Rheinland-Pfalz den Leitfaden „Regionale Wertschöpfung mit der Energiewende“ erarbeitet: Er zeigt, welche Handlungsmöglichkeiten Gemeinden haben, wie sie die Wertschöpfung fördern und Synergieeffekte für die Kommunalentwicklung schaffen können. Projekte aus der Praxis machen vor, wie Kommunen und ihre Bürger von der Energiewende profitieren. Der Leitfaden soll dazu beitragen, gute Ideen und erfolgreiche Projekte im Land zu verbreiten und so die Chancen der Energiewende für die kommunale Zukunft zu nutzen.



Bürgermeister Bernd Kunz (rechts) und seine Gemeinderatsmitglieder sind stolz auf die Schnorbacher Energiespartlinie.

#### SERVICE:

Kostenloser Praxisleitfaden zum Herunterladen unter:

[www.energieagentur.rlp.de/themen/klimaschutz-energie-wende/energie-wende-und-akzeptanz](http://www.energieagentur.rlp.de/themen/klimaschutz-energie-wende/energie-wende-und-akzeptanz)



#### KONTAKT:

Anja Folz  
Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH  
Telefon: 0631 205757150  
[anja.folz@energieagentur.rlp.de](mailto:anja.folz@energieagentur.rlp.de)  
[www.energieagentur.rlp.de](http://www.energieagentur.rlp.de)

# Landstrom aus Bürgerhand

Was, wenn Bürger die Energiewende einfach selbst gestalten? In Thüringen machen sie es vor und agieren wirtschaftlich – auch ohne Förderung. [VON THOMAS WINKELMANN UND REINHARD GUTHKE]

In Thüringen nehmen die Bürger ihre Energieversorgung seit 2013 selbst in die Hand – in Projekten wie dem „Thüringer Landstrom“. Vorläufer war das Pilotprojekt Solar25 der Energiegenossenschaft Ilmtal eG und der Grünstromwerk GmbH. Auf einer ehemaligen Mülldeponie im Landkreis Weimar errichteten sie eine 1,5 Megawatt Peak-Photovoltaikanlage. Was fehlte, waren tragfähige Perspektiven, um langfristig auch ohne Förderung wirtschaftlich zu arbeiten. Denn diese und andere Anlagen erhalten nach 20 Betriebsjahren keine Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz mehr. Matthias Golle, Initiator des Thüringer Landstroms und Vorstand der Energiegenossenschaft Ilmtal eG, will dennoch die Wertschöpfung vor Ort halten und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in Thüringen fördern. Die Lösung: Eine eigene regionale Strommarke.

## Professionell organisiert

Im Februar 2014 wurde die Marke Thüringer Landstrom amtlich registriert. Gemeinsam bestimmten der BürgerEnergie Thüringen e. V. als Dachverband der Thüringer Bürger-Energiegenossenschaften, die Partner und regionale wie überregionale Energieversorgungsunternehmen die Richtung: Welche Ökostrom-Qualität soll das Produkt haben? Was soll es kosten – ohne zu teuer, aber wettbewerbsfähig zu sein? Wie schafft die Marke einen Mehrwert für Thüringen und die dortigen

Energiegenossenschaften? Und wer organisiert den Vertrieb? Das Projekt Solar25 zeigte, dass eine einzelne Genossenschaft mit ehrenamtlicher Struktur nur wenig Marketingfolg auf dem Strommarkt erzielt. Daher besannen sich die Thüringer Energiegenossen letztlich auf das Grundprinzip von Raiffeisen „Was einer nicht schafft, schaffen viele gemeinsam“ und schlossen sich der Bürgerwerke eG aus Heidelberg an. Diese übernimmt seit 2017 die energiewirtschaftlichen Dienstleistungen im Hintergrund, wie etwa die Abrechnung für die Kunden. Die Kunden gewinnen und betreuen die Thüringer Energiegenossenschaften aber selbst – und erhalten dafür eine Vergütung. Der Thüringer Landstrom ist zertifiziert mit dem „Grünen Strom Label“, wird zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien produziert und beinhaltet Solarstrom aus Thüringen. Der Strompreis ist etwa auf gleicher Höhe wie der anderer regionaler Anbieter, wie zum Beispiel der Stadtwerke.

## Mehr Strom aus Windkraft

Gegenwärtig sind der BürgerEnergie Thüringen e. V. und fünf Thüringer Bürger-Energiegenossenschaften Mitglieder der Bürgerwerke eG – weitere kommen bald hinzu. Der gemeinsame Vertrieb hält die sonst selbstständig agierenden Genossenschaften zusammen. Auch das Marketing betreiben sie gemeinsam. Künftig wollen sie Thüringer Landstrom nicht nur von Photovoltaikanlagen, sondern auch von Bürgerwindparks anbieten. Diese müssen aber erst entwickelt werden; bisher kommen hier fast ausschließlich externe Investoren als Betreiber zum Zug. Um den Anteil des genossenschaftlich und erneuerbar produzierten Stroms zu erhöhen – der Reststrom stammt aus einem bayerischen Wasserkraftwerk –, braucht es mehr Kunden. Daran arbeiten die Thüringer Bürger-Energiegenossenschaften fleißig – mit Marketingaktionen und öffentlichen Auftritten.

Beliefert den Thüringer Landstrom: Photovoltaik-Freiflächenanlage in Rittersdorf



Foto: mediapartner.net



## KONTAKT:

BürgerEnergie Thüringen e. V.  
Telefon: 06221 3928920  
info@thueringer-landstrom.de  
www.thueringer-landstrom.de  
www.buergerenergie-thueringen.de

Eins der geförderten Blühfelder in der Nähe von Windkraftanlagen im Sintfeld bei Bad Wünnenberg



# Windkraft fördert Ehrenamt

Jedes Mal, wenn sich die 38 Windkraftanlagen auf dem Sintfeld bei Bad Wünnenberg drehen, profitieren auch Vereine und soziale Projekte. [VON DANIEL SAAGE]

Zweimal pro Jahr werden die Gelder ausgeschüttet: Die Bad Wünnenberger Windparks geben freiwillig ein Prozent ihrer Erträge an die Energiestiftung Sintfeld ab und unterstützen damit das Ehrenamt in dem nordrhein-westfälischen Kneippkurort. Die Idee dazu hatten die gebürtigen Bad Wünnenberger und Geschäftsführer des Paderborner Bürger-Windpark-Projektierers WestfalenWIND GmbH, Johannes Lackmann und Friedbert Agethen. Sie wollen damit zeigen: Windkraft verändert zwar die Landschaft, stärkt aber den ländlichen Raum. Vor dem Bau der Windparks im Jahr 2012 war Kritik am Vorhaben laut geworden – mittlerweile gehören einigen hundert Bürgern Anteile an den Anlagen. „An unseren Windparks sind viele Bürger direkt beteiligt, doch wir wollten, dass das gesamte Gemeinwohl in Bad Wünnenberg von Winderträgen profitiert“, so Friedbert Agethen. Der 55-Jährige bildet zusammen mit dem Bioland-Landwirt Ulrich Klinken den Stiftungsvorstand. Der 67-jährige Lackmann stellt gemeinsam mit Peter Göttsche, dem Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Paderborn, den Stiftungsrat.

## Anschub für das Vereinsleben

Dieses Quartett entscheidet, wohin die zur Verfügung stehenden Gelder der Energiestiftung Sintfeld fließen; Vereine können sich mit ihren Ideen und Projekten darum bewerben. Jährlich stehen aktuell rund 180 000 Euro aus den vier Windparks für Gemeinnütziges zur Verfügung. Seit 2014 wurden bereits knapp 600 000 Euro ausgeschüttet. Die Liste der unterstützten Projekte ist so lang wie vielfältig: Einem kleinen Ortsteil wurde für 30 000 Euro ein Kleinfeld-Fußballplatz ermöglicht, die Musikvereine bekamen Geld für neue Instrumente, ein Kindergarten erhielt ein Seil-Labyrinth zum Klettern. Ein andermal wurden mobile Toiletten für Menschen mit Behinderungen angeschafft, die in allen Ortsteilen bei Veranstaltungen eingesetzt werden können.

## Elektroautos und Blühfelder

Seit knapp zwei Jahren setzt die Energiestiftung auch eigene Ideen um: Sie vergibt einen 2 000-Euro-Bonus für die

Anschaffung eines Elektroautos. Bad Wünnenberger Bürger müssen den Wagen im Kreis Paderborn zulassen – dann bekommen sie ohne bürokratischen Aufwand den Zuschuss. „Wir wollen so die E-Mobilität weiter anschieben“, sagt Stiftungs-Mitinitiator Johannes Lackmann.

Optisch am auffälligsten ist das Projekt „Blühende Landschaften“. Die von der Energiestiftung im vergangenen Jahr angestoßene Artenschutz-Maßnahme soll das Insektensterben reduzieren. Mithilfe der Blühfelder wird vor allem Bienen, Hummeln, Schmetterlingen, aber auch Schwebfliegen mehr Nahrung geboten. Die Stiftung übernimmt die Kosten von etwa 120 Euro pro Hektar für spezielles, mehrjähriges Saatgut: Landwirte säen die Blümmischung mit Felderbsen, Öllein, Roschwin gel, Sommerhafer, Sommerwicke, Sonnenblumen und Waldstaudenroggen auf schlecht zu beackernden Flächen oder Randstreifen aus. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Einrichtung solcher Blühstreifen zusätzlich mit 1 200 Euro pro Hektar und Jahr. Richard Herbst vom Landwirtschaftlichen Ortsverband Bad Wünnenberg: „Ich bin stolz, dass viele Kollegen mitmachen und wir so bereits mehrere Hektar Land mit der Blümmischung bestellen konnten.“

Fünf Jahre nach der Gründung der Energiestiftung Sintfeld zieht Stiftungsvorstand Agethen ein Zwischenfazit: „Der Plan, mit der Stiftung mehr Akzeptanz für die Windenergie zu schaffen, ist aufgegangen. Wir bekommen viel Lob von allen Seiten.“



## KONTAKT:

Energiestiftung Sintfeld  
Telefon: 02957 98449-19  
[www.energiestiftung-sintfeld.de](http://www.energiestiftung-sintfeld.de)





Michael Borgard prüft, ob die Maissilage richtig verdichtet ist. Denn nur, wenn es keinen Lufteinschluss mehr gibt, bleibt sie haltbar.

# Endlich aussteigen

In der Lüneburger Heide treiben elf Landwirte mit einer Biogasanlage die Energiewende voran. Ihr Erfolgsrezept: Hochflexibel und nachhaltig wirtschaften. [VON SABRINA STRECKER]

Solar- und Windkraft klingen gut, aber nachts oder bei Windstille nützen sie doch überhaupt nichts! Soweit eines der lautesten Argumente gegen erneuerbare Energien. Elf Landwirte im Landkreis Uelzen haben ein überzeugendes Gegenargument gefunden: In der kleinen Gemeinde Stoetze betreiben sie gemeinsam sechs Blockheizkraftwerke und bieten eine Alternative zu Kohle und Atomkraft. Denn: Flexible Biogasanlagen stabilisieren das Netz, wenn andere Energiequellen ausfallen – und helfen dabei, die Energiewende voranzubringen. Gute Teamarbeit ist für das Vorhaben zentral. Für die elf Landwirte ein Leichtes, arbeiten sie doch schon seit mehr als 20 Jahren zusammen. Bis 2004 machten sie ihre Kartoffeln und ihr Getreide zu Alkohol für die Pharma- und Getränkeindustrie. Die Gärreste verfütterten sie an ihre Mastbullen, zusätzlich zum Mais. Dann war Schluss mit dem Schnaps – die Alkoholgesetze in der EU änderten sich. Die Mastbullenzucht lohnte ebenfalls nicht mehr. Wie also weitermachen in einer eher strukturschwachen Region? Mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz hatten sie eine Perspektive, schafften die Tiere ab und bauten 2005 in Stoetze eine Biogasanlage: Die Bioenergie Stoetze GmbH war geboren.

## Wärme für die Region, Strom für alle

Seitdem ist Michael Borgard Geschäftsführer, die anderen zehn Landwirte sind Gesellschafter, drei von ihnen im erweiterten Vorstand.

Alle elf entscheiden gemeinsam, wie sich ihre Anlage entwickelt – seit 13 Jahren immer einstimmig. Darauf ist Borgard stolz. Eine dieser Entscheidungen war, die Leistung der Biogasanlage schrittweise zu erhöhen. Anfangs produzierte sie 600 Kilowatt Strom in der Stunde. Heute sind es 3,2 Megawatt.

Doch wie genau arbeitet eine Biogasanlage eigentlich? Der Vorgang beginnt im Gärtank, dem Fermenter. Dieser vergärt Mais, Zuckerrüben, die Energiepflanze Durchwachsene Silphie und ein Abfallprodukt wie Hühnertrockenkot. Dabei entsteht Biogas, das im Blockheizkraftwerk in riesigen Motoren verbrannt wird. Ein Generator wandelt die Energie, die beim Verbrennen entsteht, in Strom um. Eine Übergabestation speist diesen Strom ins Netz. Der Wärmeüberschuss, der beim Verbrennen entsteht, wird im Sommer zum Trocknen von Zwiebeln, Getreide oder Hackschnitzeln genutzt. Im Winter versorgt die Anlage 40 Haushalte im Ort mit Fernwärme. Beim Verbrennen erhitzen die Motoren Wasser auf etwa 80 Grad Celsius. Ein Wärmetauscher fängt es auf und führt es in den Pufferspeicher. Über Pumpen und isolierte Leitungen gelangt es an Haushalte. Wird es nicht gebraucht, fließt es zurück zum Pufferspeicher. Die dabei produzierte Wärme wird zwischengespeichert.

## Flexibilität ist alles

Als die Landwirte 2005 in die Stromproduktion einstiegen, lief ihre

Anlage in Grundlast: Pro Stunde erzeugte sie 600 Kilowatt Strom und speiste diese direkt ins Netz ein. Immerzu, ohne Pause. Das Problem: Ist zu viel Strom im Netz, droht es zu überlasten. Um das zu verhindern, arbeitet die Anlage seit 2012 flexibel. Das heißt, sie liefert nur dann Strom, wenn Sonne und Windkraft es gerade nicht können. Regelleistung nennt man das. Damit gleicht die Biogasanlage etwaige Stromengpässe aus und hält das Netz stabil. Wie viel Strom aus Stoetze ins Netz kommt, regelt das virtuelle Kraftwerk in Leipzig. Es vermittelt zwischen Biogasanlage und Netzbetreiber, greift automatisch auf die Taktung der Motoren zu und signalisiert, wann es sie braucht. Pro Monat speist die Biogasanlage im Schnitt 0,8 bis 1,5 Megawatt pro Stunde ein.

Damit die Anlage so flexibel laufen kann, mussten die Landwirte sie umbauen: größere Motoren, sechs statt drei Fermenter, neue Gasspeicher – den letzten 2017. In vier-Stunden-Intervallen produziert die Anlage nun Strom und speichert ihn für maximal 16 Stunden zwischen. Damit funktioniert sie wie eine Batterie, die benutzt und wieder aufgeladen werden kann.

## Klima schützen und die Region fördern

Neu an der Anlage ist ein Motor, der die Blindleistung im Netz reduzieren kann. „Blindleistung müssen Sie sich vorstellen wie Bierschaum: Er füllt das Glas, ist aber nicht zu gebrauchen.“



**Große grüne Hauben:**  
Die spitzhäubigen Fermenter und Nachgärer verarbeiten die Biomasse zu Biogas. Der Rundkuppel-Gasspeicher ist 2018 neu dazu gekommen. Dank ihm ist die Anlage der Bioenergie Stoetze noch besser regelbar.

chen“, erklärt Borgard. Nimmt man diese Spannung aus dem Netz, wird es stabiler. Diese Leistung erbringen heute vor allem Kraftwerke, die fossile Energie erzeugen. Dass die erneuerbaren Energien auch an dieser Stelle einspringen können, zeigt die Anlage in Stoetze. „Wir nehmen ihnen diese Aufgabe ab – für den Kohle- und Atomausstieg. Denn wir verstehen uns als Klimaschützer und wollen die Energiewende vorantreiben.“ Das beweisen auch erste statistische Erhebungen des Fachverbands Biogas: Pro Jahr ersetzt die Bioenergie Stoetze GmbH etwa 200 000 Liter Heizöl und spart über 10 000 Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Zusätzlich haben sich die Landwirte bewusst gegen Monokulturen entschieden. „Die Böden halten das auf Dauer nicht durch und die Biodiversität würde stark darunter leiden“, sagt Borgard. Deshalb halten sie die Fruchtfolge ein und bauen auf ihren 1600 Hektar Land abwechselnd Kartoffeln, Zuckerrüben, Getreide, Mais und die Durchwachsene Silhpie an. Mais nimmt 25 Prozent der Fläche ein – zehn Prozent mehr als vor 13 Jahren.

Von der Biogasanlage profitieren auch die Gemeinde und ihre Einwohner. Denn die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Kleine Handwerksunternehmen wie Heizungsbauer und Elektriker halten die Strukturen für Wärme- und Stromverteilung in stand. Die Gemeinde hat keine Schulden und baut die örtliche Infrastruktur aus. Und die Haushalte der Gegend bekommen günstige Wärme.

### Nachmachen bedingt erwünscht

So erfolgreich das Modell im Ortskreis Uelzen auch ist: Michael Borgard kann andere nur bedingt zum Nachmachen ermutigen. Auf Dauer sei es schwierig, die Anlage zu betreiben, denn die Auflagen sind hoch. Außerdem muss man viel Geld in die Hand nehmen. „Zu elft kriegen wir das gut hin und sind nicht so belastet, allein sieht das schon anders aus. Außerdem sind die Biogasanlagen in ihrer jetzigen Form nur eine Brückentechnologie“, sagt Borgard.

Neue Biogasanlagen würde er heute nur bauen, wenn verstärkt Gülle oder Reststoffe verwertet werden. „Ich würde nicht nur mit Mais und anderen Rohstoffen hantieren. Durch den Klimawandel wird ihr Anbau auch für andere Zwecke sowieso problematisch genug.“ In der eigenen Biogasanlage wollen die Landwirte nach Ablauf der EEG-Vergütung deshalb auch verstärkt Abfall aus der Zuckerrübenproduktion, alte Lebensmittel, Hühnertrockenkot oder Gülle verbrennen. Das ist nachhaltig, aber auch aufwendig. Denn die Gewerbeaufsicht muss jede Verwertung von Abfallprodukten genehmigen.

### Unsichere Perspektiven

Die Bioenergie Stoetze GmbH zeigt: In Kombination können erneuerbare Energien wie Biogas, Solar- und Windkraft die Aufgaben der Kohle- und Atomkraftwerke übernehmen und die Energiewende vorantreiben. Doch ist das auch wirtschaftlich?

Derzeit wird der Strom der Bioenergie Stoetze GmbH durch die EEG-Einspeisevergütung und einen Flexibilitätsbonus unterstützt. Pro Kilowatt Strom erhält die GmbH 20 Cent. In sieben Jahren sinkt die Vergütung auf 14,5 Cent. „Wir bereiten uns darauf vor und erweitern unser Wärmenetz, um noch mehr Wärme zu verkaufen. Zudem wollen wir beim Strom noch flexibler werden und tiefer in die Märkte.“ Langfristig müssten außerdem die Erlöse an der Strombörse steigen. Dann würde der Stromhandel am freien Markt wirtschaftlich bleiben. „Wir haben uns jedes Jahr weiterentwickelt“, resümiert Borgard. Jetzt aber stehen sie an einem Punkt der Unsicherheit und tasten sich nur noch vorsichtig voran. „Was uns fehlt, sind klare Signale aus der Politik, sich wirklich für die Energiewende zu entscheiden.“

### SERVICE:

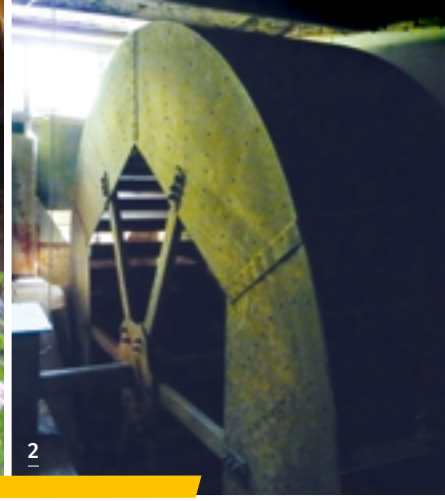
Mehr Informationen zur Bioenergie Stoetze GmbH und anderen innovativen Ideen zur Energiewende unter: <https://energie-update.de/>



### KONTAKT:

Michael Borgard  
Bioenergie Stoetze GmbH  
Telefon: 05872 308  
[michael.borgard@gmx.de](mailto:michael.borgard@gmx.de)

- 1 Das Ehepaar Jakobi
- 2 Das alte Mühlrad aus den 1920er-Jahren ist wieder in Betrieb.



# Hier klappert die Mühle

Die Familie Jakobi produziert mit Wasserkraft und Photovoltaik ihren eigenen Strom und speist die überschüssigen Kilowattstunden ins Netz ein. Damit zeigt sie: Die Energiewende kann auch in kleinem Maßstab gelingen.

Stefan Jakobi ist das, was man gemeinhin einen Charakterkopf nennt. Er hat nicht nur eine Einstellung, von der er felsenfest überzeugt ist, man sieht ihm seine Überzeugung auch an. Oder besser gesagt: dem Haus der Familie Jakobi. Wer sich dem Anwesen in Motzlar, im Grenzgebiet zwischen Hessen und Thüringen nähert, sieht auf dem Dach Photovoltaikmodule und vor dem Haus einen schnittigen Elektroflitzer in der Sonne funkeln. Und wer genau hinhört, vernimmt das Brummen eines Wasserrads. Keine Frage: Die Jakobis meinen es ernst.

## Alte Wasserräder erzeugen Strom

Das Haus, das Stefan Jakobi mit seiner Frau, den beiden Kindern und seiner Mutter bewohnt, ist ein lebendiges Museum. Eine Art Showroom für Energietechniken vergangener Jahrhunderte, und genauso der Moderne. Der 46-Jährige wuchs größtenteils in der Mühle aus dem 16. Jahrhundert auf. 2004 erbt er sie von seinem Großvater. Jakobi liebt die alte Mühle, er ist ein begeisterter Technikfan: „Die Original-Wasserräder von 1923 sind noch drauf. Daran habe ich ein Getriebe angeflanscht und betreibe einen Generator, der Strom erzeugt.“ Was spielerisch klingt, hat fast industrielle Dimensionen: Die beiden Generatoren haben je 7,5 Kilowatt Nennleistung. „Im Schnitt leisten sie sechs Kilowatt, erzeugen pro Jahr also stolze 55000 Kilowattstunden Strom“, sagt Jakobi.

## Teil der Energiewende

55000 Kilowattstunden – das ist üppig. Vor allem, wenn man weiß, dass der Durchschnittshaushalt pro Jahr rund 4200 Kilowattstunden verbraucht. Die Jakobis verbrauchen allerdings viel mehr als der Durchschnitt. Schließlich haben sie ein Elektroauto – das sie mit dem hauseigenen Strom betanken. „Meinen Eigenverbrauch zähle ich gar nicht“, sagt Jakobi. Was er aber zählt, ist sein Überschuss: „Den speisen wir ins Netz.“ Für jede Kilowattstunde Wasserstrom bekommt er zwölf Cent. Neben der Wasserkraftanlage betreiben die Jakobis eine

ansehnliche Photovoltaikanlage auf ihrem Hausdach: 50 Kilowatt Nennleistung. „Das ist schon eine Einnahmequelle. Insgesamt kommen da rund 500 Euro pro Monat rein“, sagt Stefan Jakobi. Das klingt gut, man darf jedoch nicht vergessen, dass die Jakobis kräftig investiert haben: Weit über 100000 Euro kosteten alle Anlagen. Entsprechend langwierig ist die Amortisation.

## Umweltbotschafter aus Überzeugung

Doch die Jakobis haben Zeit. Überhaupt geht es ihnen nicht so sehr ums Geld. Stefan Jakobi ist ein Getriebener: „Ich wollte Teil der Energiewende sein. Als ich die alte Holzsägemühle geschenkt bekam, habe ich mich gefragt: Was mach ich damit? Da war mir klar: Das Ding muss brummen. Dasselbe gilt für ein so großes Dach wie unseres: Da muss Photovoltaik drauf.“ Bei so viel Engagement und Antrieb ist es kein Wunder, dass Stefan Jakobi in der Region bekannt ist wie ein bunter Hund. Er ist eine Art Umweltbotschafter: „Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht mit Leuten aus der Gegend über Energie und Umweltschutz rede. Manchmal gehe ich ihnen und meinen Kindern schon ein bisschen auf die Nerven. Aber das muss wohl so sein.“

## SERVICE:

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen auf [www.energiegewinner-thueringen.de](http://www.energiegewinner-thueringen.de)



## KONTAKT:

Thüringer Ministerium für Umwelt  
Energie und Naturschutz (TMUEN)  
Telefon: 0361 57100  
[presse@tmuen.thueringen.de](mailto:presse@tmuen.thueringen.de)



# Solarstrom vom Nachbarn!



Was verändert sich, wenn die erneuerbaren Energien an Bedeutung gewinnen? Von mehr Flexibilität und nachbarschaftlichen Beziehungen.

Uwe Holzhammer ist Professor für Energiesystemtechnik an der TH Ingolstadt. Mit dem Projekt „Mensch in Bewegung – Energiewende regionalisieren“ will er dazu beitragen, dass sich die Bürger stärker mit dem Zusammenspiel und der Integration der Erneuerbaren beschäftigen. [www.thi.de/hochschule/mensch-in-bewegung/](http://www.thi.de/hochschule/mensch-in-bewegung/)

## Herr Holzhammer, sollte sich jeder Einzelne mehr mit der Energiewende auseinandersetzen?

Es ist noch nicht lange her, da trug man in Berlin die Kohle in jedes Stockwerk oder hackte auf dem Land Holz, um zu heizen. Wenn ich es heute warm haben möchte, brauche ich nur noch am Thermostat zu drehen. Mit den Erneuerbaren rückt das Thema Energie wieder näher an uns heran. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wann welche Energieform zur Verfügung steht, um die Energiepreise langfristig stabil zu halten.

## Wird die Energie denn knapp?

Vor 1998 hat man vielleicht einmal im Leben einen Stromliefervertrag abgeschlossen und wurde zu festgelegten Tarifen mit Strom versorgt, den unterschiedliche Kraftwerke kontinuierlich lieferten. Der Strom aus Wind- und Sonnenenergie ist noch bis vor einigen Jahren im System kaum aufgefallen und locker integriert worden. Aber mittlerweile ist dieser Anteil deutlich angestiegen. Das Stromangebot schwankt, abhängig davon, ob der Wind weht oder die Sonne scheint – es fluktuiert. Damit verändern sich auch die Preise: Bei Wind und Sonne etwa ist der Strompreis günstiger. In Zukunft wird die Wärmepumpe in diesen Phasen anspringen müssen. Technisch muss das Haus dementsprechend konzipiert sein.

## Ich fürchte, das lässt sich in Altbauten nicht immer realisieren.

Ob in alten oder neuen Gebäuden – smarte Lösungen wird es überall geben. Der ländliche Raum bietet dabei mehr Fläche als die Stadt: Menschen, die einen Beitrag zur Energiewende leisten möchten, können diesen leichter mit Photovoltaik, kurz PV, auf dem Dach oder Wärmepumpen umsetzen; in der Stadt übernehmen dies dann eher Dienstleister oder Genossenschaften.

## Damit kann der Dach-PV-Anlagenbesitzer vom Stromverbraucher zum Stromerzeuger werden – Stichwort Prosumer.

Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Energiethemen wieder näher an uns heranrücken. Der Prosumer fragt

sich: Wähle ich einen Dienstleister, der das Dach meines Hauses als Standort für eine PV-Anlage mietet? Vielleicht schließt er mit dem Dienstleister einen Liefervertrag für diesen Solarstrom ab. Er könnte auch alles selber machen und den Strom von einem Dienstleister an der Börse verkaufen lassen, oder für den späteren Verbrauch zwischenspeichern.

## Dann wäre er autark.

Aber während er gerade seinen Speicher füllt, bezieht sein Nachbar im gleichen Moment vielleicht Kohlestrom, obwohl er den Solarstrom von nebenan nutzen könnte. Als Gesellschaft sollte man auch den sozialen Aspekt beachten, dass man sich gegenseitig helfen kann, wenn der eine nichts und der andere viel hat. Es existiert dann zwar eine gewisse Abhängigkeit, aber dafür ist es für alle kostengünstiger und versorgungssicherer. Die Herausforderung ist, den Energieverbrauch mit der Erzeugung intelligent zu verweben. Das ist in dieser Art neu und wird zukünftig insbesondere die großen Bereiche Wärme und Mobilität betreffen. Die Blockchain-Technologie könnte dabei eine relevante Rolle spielen.

## Was könnte solch eine virtuelle Plattform denn bewirken?

Vorstellbar ist, dass der Hausbesitzer mit der Solaranlage auf dem Dach seinem Nachbarn den Strom verkauft. Über Blockchain könnte man die geringen Strommengen sozusagen etikettieren: Für den Strom, der nachweislich geliefert wird, handeln die beiden einen Preis aus. Das ist spannend und motiviert. Vielleicht tun sich Hausbesitzer mit PV-Anlagen mit anderen zusammen, deren Gebäude sich dafür nicht eignen. Um nicht bei jeder Stromspitze das Stromnetz nutzen zu müssen, investieren sie womöglich in einen gemeinschaftlichen Stromspeicher – oder irgendwann in eine große Batterie für den Landkreis? Wir stecken gerade in der Diskussion darüber, in welche Richtung sich die Stromnetze entwickeln und ob sie über intelligente Märkte – SmartMarkets – marktwirtschaftlich besser eingebunden werden können.

## Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.

”

Man kann sich gegenseitig helfen, wenn der eine nichts und der andere viel hat.“



# Futter vom Hof

Cornelia und Hansjörg Körkel füttern ihre Tiere mit hofeigenen Erzeugnissen. Vor allem Erbsen sind dabei wichtig, denn die Hülsenfrucht liefert viel Eiweiß.

[VON HELLA HANSEN]



Mit nachhaltig und fair hergestellten Produkten aus der Region ernähren: Was das angeht, verhalten sich die Schweine und Hähnchen auf dem Kirschhof im baden-württembergischen Kehl-Bodersweier ziemlich vorbildlich. Denn Cornelia und Hansjörg Körkel füttern ihre Tiere fast ausschließlich mit hofeigenem Futter: Körnermais, Wintergerste, Winterweizen und – als wichtige Eiweißquelle – Körnererbsen. Die passen gut zum wechselfeuchten Stauwasserboden in der Kehler Region. „Die Erbse hat viele Vorteile für uns“, berichtet Hansjörg Körkel. „Sie lockert die Fruchtfolge unserer Hauptkulturen Mais, Gerste und Weizen auf, bringt Stickstoff in den Boden und ist wertvoll als Futter für Schweine und Hühner.“ Die Sorten Astronaute und Alvesta bringen durchschnittliche Erträge von 38 Dezitonnen pro Hektar, deutlich mehr als Lupinen, mit denen Körkel auch experimentierte. Damit keine Leguminosenkrankheiten auftreten, hat er sich für Anbaupausen von sechs Jahren entschieden.

**Regionale Kreisläufe angestrebt**  
Auf Regionalität setzen die Körkels nicht nur beim Futter. Ihr Betrieb ist in der Region verankert, sie kaufen Ferkel und Küken im näheren Umkreis und holen sie selbst ab. Auch die Weiterverarbeitung des Fleisches bleibt in der Region. Drei nahegelegene Metzgereien verarbeiten die Schweine vom Kirschhof zu Hausmacherwurst oder Schwarzwälder Schinken. „Dafür brauchen die Metzger trockenes, festes Fett“, erklärt der Landwirt. „Das wird vom Futter beeinflusst. Dabei sind Gerste und Erbsen sehr wichtig. Weil wir die Ware selbst anbauen, kennen wir die Qualitäten sehr genau. Und die Kunden schätzen die regionalen Strukturen.“ Die Masthähnchen werden mit gentechnikfreiem Sojaschrot gefüttert. Bei den Schweinen lohnt sich das bisher nicht. „Das Fleisch würde für den Endverbraucher dann einfach zu teuer“, so Körkel. Zwei Drittel der eigenen Erbsenernte verfüttert Körkel an Schweine und Masthähnchen; den Rest macht

ein Futtermittel-Mischbetrieb zu Taubenfutter.

## Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz

Bis Ende 2017 nutzte Körkel die Erbsenanbaufläche nach den Cross-Compliance-Vorgaben der EU als ökologische Vorrangfläche (ÖVF). Seit 2007 müssen landwirtschaftliche Betriebe fünf Prozent ihrer Ackerflächen unter bestimmten Umweltauflagen bewirtschaften, um Prämien aus der ersten Säule der europäischen Agrarpolitik zu erhalten. Seit 2018 sind auf diesen ÖVF Pflanzenschutzmittel verboten. Das stellte Körkel vor Herausforderungen: „Wir wollten die mechanische Unkrautbekämpfung mit Striegel testen“, sagt Körkel. „Das hat nicht geklappt, weil das Frühjahr zu nass war.“ Der Unkrautdruck hielt sich aber auch ohne Pflanzenschutz in Grenzen, sodass er die Erbsen noch als ÖVF anrechnen konnte. „Mit dem Ertrag von 38 Dezitonnen pro Hektar war ich auch sehr zufrieden; gerade



## Betriebsspiegel Kirschhof



<b>Fläche</b>	119 Hektar (ha) landwirtschaftliche Fläche, davon 94 ha Ackerland, 25 ha Grünfläche
<b>Tierhaltung</b>	600 Mastschweine, 650 Masthähnchen
<b>Futter</b>	größtenteils hofeigen
<b>Böden</b>	sandiger Lehm, Pseudogley mit Grundwassereinfluss
<b>Klima</b>	135 m über NN, Ø Jahrestemperatur von 9,5 °C
<b>Niederschläge</b>	Durchschnittlich 753 mm Niederschlag pro Jahr
<b>Fruchtfolge</b>	Körnermais auf etwas mehr als der Hälfte der Fläche, Wintergerste und Winterweizen auf ungefähr je einem Viertel der Fläche, Körnererbsen auf etwa fünf Prozent der Fläche
<b>Ø Ertrag in Dezitonnen pro Hektar</b>	Körnermais: 110; Wintergerste: 68; Winterweizen: 74; Körnererbse: 38

bei der Trockenheit.“ Für die kommenden Jahre ist dem Landwirt die Erbse als ÖVF aber zu riskant. Er will andere Flächen brachliegen lassen. Obwohl er ansonsten auf den meisten Flächen pfluglos arbeitet, pflügt er die Schläge für Erbsen wieder, um den Unkrautdruck zu senken. Mit der mechanischen Unkrautbekämpfung will er sich weiter beschäftigen. „Ich kenne einen Biobauern, von dem ich mir Hacke und Striegel leihen kann. Ob das eine Alternative zum chemischen Pflanzenschutz ist, muss sich zeigen. Dazu müsste ich sicher Reihenabstand, Saatzeitpunkt und Saattiefe anpassen; da will ich mich herantasten“, erzählt der Landwirt von seinen Plänen. Auch wegen des Pflanzenschutzmittelvebots hat Körkel sich 2017 noch einmal an die Wintererbse James herangetraut. Das klappte gut: Die Erbsen haben die strengen Winterfröste sehr gut überstanden; 40 Dezitonnen pro Hektar konnte der Landwirt ernten. 2013 hingegen hatte er mit der Wintererbse Pech.

„Der Frost war einfach zu stark, es gab keinen Schnee, der die Temperaturen abmilderte und so ist damals ein Großteil der Pflanzen erfroren.“

### Know-how nach außen tragen

Da der Erfahrungsschatz über den Anbau heimischer Eiweißpflanzen bei vielen Betrieben verlorengegangen ist, möchte Familie Körkel ihr Wissen weitergeben. Sie ist eines von 75 Mitgliedern im Demonstrationsnetzwerk Erbse-Bohne des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Ziel dieses Netzwerkes ist es, den Anbau und die Verarbeitung dieser beiden Kulturen in Deutschland zu unterstützen sowie Nachfrage und Angebot zusammenzubringen. Körkel schätzt dabei den Austausch mit Kollegen und die Beratung durch Netzwerkexperten. ■

1 und 2 Zwei Drittel der eigenen Erbsenernte verfüttern die Körkels an ihre Masthähnchen und Schweine.

3 Familie Körkel: drei Generationen auf einem Hof



#### KONTAKT:

Hella Hansen  
 DemoNetErBo  
 Telefon: 069 7137699-45  
 hella.hansen@fibl.org  
 www.demoneterbo.agrarpraxisforschung.de





1



2



3



4



5

1 und 5 Rhönschafe galten lange Zeit als vom Aussterben bedroht. Die Hess Natur-Textilien GmbH will mit der Verarbeitung ihrer Wolle zum Erhalt dieser Rasse beitragen.

2 Das Rauwollige Pommersche Landschaf – eine vom Aussterben bedrohte Schafrasse – hat seinen Ursprung auf der Insel Rügen und an der gesamten Ostseeküste.

3 Marco Scheel (rechts), Gründer und Inhaber der Firma Nordwolle, beim Qualitätscheck in der Tuchfabrik. Hier wird die Wolle der Rauwolligen Pommerschen Landschafe zu Walkloden verarbeitet.

4 Kein Abfall mehr, sondern wertvoller Rohstoff für Jacken und mehr: Marco Scheel mit dem Vlies eines Pommernschafes



# Heimische Wolle, wieder genutzt

Schafwolle gilt in Deutschland schon lange als Abfall. Einige jedoch machen daraus wieder einen wertvollen Rohstoff. Ein Exkurs von der Ostseeküste bis in die bayerischen Alpen.

[VON JULIANE MANTE]

Die Schafhaltung in Deutschland lohnt sich nicht mehr. Das zeigt die Statistik – die Anzahl der Schäfer und gehaltenen Schafe sinkt kontinuierlich. Laut Statistischem Bundesamt gab es 2017 in Deutschland rund 1,6 Millionen Schafe, vor zehn Jahren waren es noch eine Million mehr. Der durchschnittliche Stundenlohn eines Schäfers wird je nach Quelle auf vier bis sechs Euro geschätzt und die Schur eines Schafes ist häufig teurer als der Erlös für die erhaltene Wolle. Die Prämien aus der europäischen Agrarpolitik machen rund 70 Prozent der Erlöse typischer Schafbetriebe in Deutschland aus, so beziffert es agri benchmark – und trotzdem ist die Schafhaltung häufig ein Minusgeschäft. Eine Folge davon: Einige bedrohte Schafrassen werden nur durch wenige Idealisten vor dem Aussterben bewahrt.

## Nordwolle bewahrt das Pommernschaf

Marco Scheel ist einer von ihnen. Der 28-jährige Wirtschaftsingenieur von der Insel Rügen hat geschafft, was sich nur wenige in Deutschland trauen: die Wolle heimischer Schafe hierzulande zu hochqualitativen Textilien zu verarbeiten und gewinnbringend zu vermarkten. Dazu nutzt er Wolle der Rauwolligen Pommerschen Landschaft, die bisher wegen ihrer groben Struktur gar nicht beliebt war. Diese Schafe stehen auf der Roten Liste der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen und sind vom Aussterben bedroht. Ihren Ursprung hat diese Rasse auf der Insel Rügen und an der Ostseeküste.

Am Anfang stand seine Begeisterung für die Rasse, mit der er über einen befreundeten Schäfer früh in Kontakt kam. „Einfach zu schade, dass die Wolle weggeworfen wird“, dachte er. Die Idee für sein Unternehmen Nordwolle war geboren. Sein Anfangskapital: 1 500 Euro. Die Banken, die er wegen eines Darlehens anfragte, verstanden nicht, warum er den Schäfern 1,50 Euro pro Kilogramm Wolle zahlen wollte, anstatt des üblichen Marktpreises von 20 Cent, und versagten ihm die Anschubfinanzierung. Seine Motivation, den Preis so zu kalkulieren, war: dem Pommernschaf eine Zukunft zu geben und das geht nur, wenn seine Haltung rentabel ist.

## Wertschöpfungskette komplett in Deutschland

Es ging auch ohne Kredit. Mit rund 300 Kilogramm Schafwolle von der letzten Schur seines Freundes machte sich Scheel im Jahr 2014 auf die Suche nach Betrieben in Deutschland, die diese verarbeiten können. „Für mich war klar, ich möchte ein deutsches Wertprodukt erzeugen“, sagt er. Scheel wurde fündig. In Halden im Sauerland wird

seine Wolle nun gewaschen und zu Garn versponnen. Eine der letzten verbliebenen Tuchfabriken Deutschlands im bayerischen Tirschenreuth webt das Garn zu einem Tuch, das stabil und flexibel zugleich ist. Danach wird das Tuch mechanisch gewalkt und mit Wasserdampf vorgeschrunpft. Dabei entsteht der Walkknoten, den schließlich eine Schneiderei in Sachsen zu Jacken verarbeitet, die vor Wind und Wetter schützen. Hierfür ist die Wolle der Rauwolligen Pommerschen Landschaft prädestiniert. Die Schnittmuster hat eine befreundete Schneiderin entwickelt.

Zwölf Tonnen Wolle verarbeitet Marco Scheel mittlerweile jährlich. Sie stammt von Zuchtbetrieben aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Er kauft sie von den Betrieben direkt oder auf Landesschäfertagen. Ein Schaf liefert pro Jahr etwa die Wolle für

eine Jacke. Unter dem Label „Nordwolle“ verkauft der junge Unternehmer die Jacken auf Wochenmärkten auf Rügen, über den eigenen Onlineshop und im eigenen Laden auf der Insel Hiddensee westlich von Rügen. Dabei gilt das Prinzip: anschauen, anprobieren und dann bestellen. Ein Direktkauf vor Ort ist in der Regel nicht möglich. „Wir wollen keine kurzfristigen Konsumwünsche erfüllen. Der Kauf solch einer Jacke soll gut überlegt sein“, so Marco Scheel. Das zeigt auch der Preis – 265 Euro kostet eine Jacke. Für seine Kunden haben Qualität und Herkunft ihrer Kleidung Priorität. Mit den Gewinnen kann Scheel heute seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten und drei Mitarbeiter für den Verkauf und die Kundenkommunikation beschäftigen.

Aber auch der Walkknoten, den er herstellt, ist als Rohstoff gefragt – bei Privatkunden, Outdoor-ausrüstern und einem Produzenten von Barfußschuhen. Aktuell arbeitet Scheel an einer Steppjacke mit Wollvlies als Füllmaterial, die sich leicht und platzsparend verpacken lässt und gut isoliert. Eine eigene Herde soll bald zusätzlichen Rohstoff für Scheels Firma liefern.

## Rhönsschafe im Fokus

Ähnlich der Wolle des Pommernschafs hat auch die der Rhönsschafe eine gröbere Textur. Deshalb eignet sie sich ebenfalls vor allem für Mäntel oder Jacken. Das deutsche Unternehmen hessnatur, das sich nachhaltiger Mode verschrieben hat, verarbeitet die Wolle der Rhönsschafe seit 1997. Dafür gibt es drei Landwirten aus der Rhön eine Abnahmegarantie für ihre Wolle – und trägt so dazu bei, die lange Zeit vom Aussterben bedrohte Rasse zu erhalten.



*Verarbeitungsbetriebe in Deutschland zu finden, ist schwierig.“*



**1** Das Weiße Bergschaf in den bayerischen Alpen wird auf der Roten Liste als stark gefährdet eingestuft.  
**2 und 3** Die Wolle des Weißen und des Braunen Bergschafes verarbeitet der Werdenfeller Schafwoll-Laden. Damit verschafft er den rund 50 Bergschafhaltern eine Perspektive.

„Unser Ziel ist es, die Wolle möglichst in Deutschland zu verarbeiten“, erklärt Mohamed el Houari von hessnatur. Doch das wird immer schwieriger, denn die Spinnereien, Webereien und Tuchfabriken sind größtenteils der günstiger produzierenden Konkurrenz aus Übersee zum Opfer gefallen. „Viele Betriebe können die vergleichsweise geringe Menge Wolle nicht zu einem marktfähigen Preis verarbeiten. Oder sie können die von uns geforderten Nachhaltigkeitsrichtlinien nicht einhalten“, fügt er hinzu. Trotzdem ist hessnatur seinem Ziel recht nahe: Die Wolle wird im europäischen Ausland gewaschen, in Deutschland versponnen, gewebt und das gewebte Tuch aufgeraut oder gewalkt. Die Konfektion wird anschließend wieder im europäischen Ausland gefertigt.

### Bergschafe in den bayerischen Alpen

Dem Erhalt zweier Schafrassen hat sich der Werdenfeller Schafwoll-Laden in Bayern verschrieben: dem des Weißen und des Braunen Bergschafes. Beide sind auf der Roten Liste als stark gefährdet eingestuft. Der Werdenfeller Schafwoll-Laden kauft die komplette Wolle der rund 50 Bergschafhalter in der Region Mittenwald an der deutsch-österreichischen Grenze auf. Pro Jahr sind das rund 1 500 Kilogramm Wolle, die der Laden zu Strickwolle, Bettwaren, Wolldecken und Jacken weiterverarbeiten lässt. „Wir wollen kurze Wege“, erläutert Schafhalter Franz Brandner, dessen Frau Claudia Brandner den Schafwoll-Laden betreibt, „aber Verarbeitungsbetriebe in Deutschland zu finden, ist schwierig.“ Die Nähe zu Österreich ist ein Vorteil, denn dort befinden sich noch viele dieser Betriebe. Gewaschen wird die Wolle in Belgien, in Bayern kardiert – also gekämmt –, in Österreich gewebt, gewalkt und zu Wolldecken verarbeitet. Die Jacken entstehen in einer Schneiderei in Bayern. Je nach Wollqualität erhalten die Schafhalter zwischen 70 Cent

und 1,50 Euro pro Kilogramm Wolle – ein großer Unterschied zu früher, als die Wolle nach der Schur einfach entsorgt wurde. Die fairen Preise zeigen Wirkung: Die Zahl der Bergschafe in der Region hat sich stabilisiert. Dies dient nicht nur dem Erhalt der Rasse, sondern erhält auch die artenreichen Wiesen und damit das für den Tourismus so wichtige Landschaftsbild.

Franz Brandner sieht jedoch ein großes Problem auf die Schäfer zukommen: Die Wolfspopulation in der Region wächst – und damit die Anzahl der jährlich gerissenen Schafe. „Hier muss die Politik eine Lösung finden, damit nicht der Wolf unsere Bemühungen zunichtemacht.“ ■

### SERVICE:

Informationen zu den vorgestellten Unternehmen im Internet unter:  
[www.nordwolle.com](http://www.nordwolle.com)  
[www.hessnatur.de](http://www.hessnatur.de)  
[www.werdenfeller-schafwolle.de](http://www.werdenfeller-schafwolle.de)



### KONTAKT:

Dr. Juliane Mante, DVS  
 Telefon: 0228 6845-3081  
[juliane.mante@ble.de](mailto:juliane.mante@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)



# Naturseifen aus der Lausitz

Duftende Naturstoffe statt Akten: Mit AliSavon ist die ehemalige Bankkauffrau Anke Lischka zur Seifenherstellerin geworden.

[VON CHRISTINE KALB]



- 1 Anke Lischka in ihrer Seifenküche
- 2 Appetitlich beerig: Seife kann phantasievolle Formen annehmen.
- 3 Körperbutter gehört ebenfalls zum Sortiment von AliSavon.

Was als Hobby und Nebenerwerb begann, wurde 2012 zum Hauptberuf: Als ihre Arbeitsstelle in einer Wirtschaftskanzlei der Finanzkrise zum Opfer fiel, konzentrierte sich Anke Lischka auf die Seifenherstellung. Dass sie diesen Schritt wagte, hat sie bis heute „keine Sekunde bereut“.

## Learning by doing

Mit Hilfe von Internetforen und learning by doing hat sie sich das Handwerk der Seifenherstellung mit dem sogenannten Kaltverfahren selbst beigebracht. Heute bietet Anke Lischka ein Stammsortiment von etwa 30 Naturseifen, Bade- und Körperpflegeprodukten, außerdem Lipbalm und Deos. Etwa 95 Prozent ihrer Kollektion sind Pflanzenölseifen, zwei Sorten produziert sie aus Straußenfett. Dazu kooperiert sie mit der Straußenfarm Liebenstein im nördlich von Berlin gelegenen Hohenfinow. Alle Produkte sind biologisch abbaubar; Konservierungsmittel, Schaumbildner oder Weichmacher verwendet sie nicht. Die AliSavon Seifenmanufaktur produziert und vermarktet jährlich 4 000 bis 5 000 Seifen sowie Bade- und Körperpflegeprodukte. Hinzu kommen weitere 500 bis 1 000 Seifen auf Bestellung. War sie damit zunächst auf Messen und Kunst-, Historik- oder Töpfermärkten in der Region vertreten,

tritt sie nun auch überregional auf und nutzt ihren Internetshop für den Verkauf. Die Produktionsmenge und die Zahl der Stammkunden erhöhen sich stetig, ebenso steigt die Nachfrage nach Kursen zur Herstellung von Naturseifen.

## Mehr Platz durch LEADER

In der Seifenmanufaktur ist mittlerweile Raum für Kurse mit Interessierten, die sich einmal selbst in der Seifensiederei probieren möchten. Eine LEADER-Förderung macht es möglich: Anke Lischka hat einen Teil des Dachgeschosses in ihrem Haus mit den Fördergeldern zu einem Lager und einer großen Seifenküche ausgebaut. 15 bis 20 Seminare finden dort pro Jahr statt. „Die Nachfrage ist ausgesprochen gut“, sagt Anke Lischka. Vier Wochen nach dem Kurs dürfen sich die Teilnehmer dann noch einmal freuen: über ein Paket mit ihrer selbst hergestellten Seife.

Alles in allem sagt Anke Lischka: „Reichtümer kann ich nicht anhäufen, aber insgesamt kann ich meinen Beitrag zum Familieneinkommen leisten.“ Schnelle Expansion ist ihr nicht wichtig, viel mehr liegen ihr die Qualität ihrer Produkte und der Manufakturcharakter des Unternehmens am Herzen. Sie möchte weiterhin Raum für ihre Kreativität

haben, die Produktpalette und die passenden Verpackungen sukzessive entwickeln. Mitarbeiter beschäftigt sie noch nicht, bei Engpässen helfen ihr Familienmitglieder – vor allem bei der Bearbeitung der Bestellungen über den Internetshop. Durch die neu gestalteten Räume kann sie nun den immer wieder nachgefragten Werksverkauf anbieten, bei dem sich die Käufer die Produktionsräume ansehen können. Mit rund 30 Wiederverkäufern bundesweit hat sie außerdem Kooperationen geschlossen. Summa summa: Anke Lischka hat sich bei der Entwicklung ihres Unternehmens Zeit gelassen und würde, wenn sie zurückblickt, nichts anders machen. Sie hat durch die Seifenproduktion eine neue Aufgabe gefunden, die sie ausfüllt.



## KONTAKT:

Anke Lischka  
AliSavon Seifenmanufaktur  
Telefon: 035751 12352  
alisavon@web.de  
www.alisavon.de

# Der Arzt kommt ins Dorf

Durch Nordhessen rollt seit Juli 2018 die erste mobile Arztpraxis. Ihr Erfolg erfreut Initiatoren und Projektpartner gleichermaßen.

[VON JULIANE MANTE]

August 2018 auf dem Marktplatz in Nentershausen: Fünf Einheimische haben es sich auf Bänken in der Sonne bequem gemacht und tauschen Neuigkeiten aus. Was aussieht wie ein kleiner Dorftreff, ist in Wirklichkeit ein Wartezimmer im Freien. Nentershausen ist eine von sechs nordhessischen Gemeinden, in denen viermal wöchentlich der Medibus hält – eine mobile Arztpraxis.

In Nentershausen gibt es nur noch zwei Hausärzte und die stehen kurz vor der Rente. Nachfolger sind nicht in Sicht. Ähnlich sieht es in den umliegenden Orten Sontra, Cornberg, Herleshausen, Ringgau und Weißenborn aus. Nach Berechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH) sind sieben Hausarztstühle in diesem Gebiet unbesetzt. Für die Patienten bedeutet das: lange Wege bis zu einer weit entfernten Praxis oder lange Wartezeiten. Die Folgen dieses Versorgungsengpasses soll der Medibus abmildern.

## Zwei Fliegen mit einer Klappe

Seit Juli 2018 ist die rollende Hausarztpraxis in den sechs Gemeinden der Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner unterwegs – als Pilotprojekt der KVH. Sie hat den Medibus für zunächst zwei Jahre von der DB Regio Bus, einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, angemietet. Wie kam es dazu? Am Anfang stand der Wille von DB Regio Bus, das Regionalbusgeschäft anders

zu gestalten. Mit dem demografischen Wandel in den ländlichen Regionen schrumpfen die Fahrgastzahlen der rund 13 000 bundesweit fahrenden Regionalbusse. „Vor allem im Schülerverkehr ist diese Entwicklung deutlich zu spüren“, so Felix Thielmann, Projektentwickler bei DB Regio Bus. „Wir haben uns gefragt, was wir tun können, um den ländlichen Raum in versorgungstechnischer Hinsicht wieder attraktiver zu machen und das Kerngeschäft von DB Regio Bus zu unterstützen.“ Eine Stellschraube ist die medizinische Versorgung: Wo es zu wenige Hausärzte gibt, kommt der Hausarzt zu den Patienten.

Für einen ersten Prototyp ließen Felix Thielmann und sein Kollege Arndt Hecker von DB Regio Bus in Ostwestfalen-Lippe einen Niederflerbus zum Medibus umbauen. Dazu wurde dieser komplett entkernt und neu eingerichtet. Die beteiligten Ärzte testeten den Bus und befanden ihn für gut. Die Charité Berlin nahm ihn erstmals im November 2016 in Betrieb, zunächst für die Impfung von Flüchtlingen und mittlerweile auch zur Impfversorgung von Schülern.

## Medizinisch und energetisch fast autark

Da das erste Fahrzeug überzeugte, erhielt ein Fahrzeugbauer den Auftrag für den Neubau von weiteren Bussen. Das Unternehmen Cisco rüstet die Busse zudem mit spezieller Software aus. Sie ermöglicht so Telemedizin

in der rollenden Praxis. Damit können etwa Fachärzte per Livestream hinzugezogen werden, um die Diagnose und Therapie von Krankheiten zu erleichtern. Möglich macht das ein Dienstleister, der Fachärzte aller Richtungen für diese Zwecke angestellt hat.

Ansonsten sind die Medibusse wie eine ganz normale Hausarztpraxis aufgebaut – mit Empfangsbereich, Warteraum für drei Patienten, einem Labor sowie zwei Behandlungsräumen. Der Bus der KV Hessen entspricht hohen Standards: Es gibt ein EKG- und Sonografie-Gerät sowie Laborschnelltestgeräte für Herzinfarkt, Herzinsuffizienz, Lungenembolie und Beinvenenthrombose. Zudem lassen sich vor Ort die Gerinnungswerte von Patienten bestimmen, die Blutverdünnungsmittel einnehmen müssen. Außerdem gibt es Frischwasser, einen Abwassertank und 15 Solarmodule auf dem Dach. Sie produzieren bei gutem Wetter so viel Strom, dass der Bus fast autark mit Strom versorgt wird. Für schlechtes Wetter steht ein Stromgenerator zur Verfügung. Auch über eine ganz normale 230-Volt-Steckdose ist die Energieversorgung möglich.

DB Regio Bus hat die Busse mit Eigenmitteln geplant, getestet und gebaut, Fördermittel gab es hierfür nicht. Für den formellen Betrieb vermietet das Unternehmen den





Bus und den Fahrer im Rahmen eines Leasing-Vertrages. Der Kunde stellt den Allgemeinmediziner und die medizinischen Fachangestellten.

### Großer Andrang

So geschieht es auch im zweijährigen Pilotprojekt der KV Hessen. Ihr gefiel das Konzept der rollenden Praxis; sie brachte sich von Anfang an mit in die Ausstattung des Busses ein. Die Genehmigung des Busses als mobile Landarztpraxis stimmte sie mit der Landesärztekammer Hessen ab. Im Juli 2018 ging der Medibus schließlich in Nordhessen an den Start.

Er fährt nun von Montag bis Donnerstag sechs Gemeinden an und bleibt dort für jeweils dreieinhalb Stunden. Die Sprechzeiten sind offen, Termine werden nicht vergeben. Der Bus steht an öffentlichen Plätzen, damit die Patienten bei großem Andrang auch in den naheliegenden Rathäusern, Gemeindehäusern oder Hallen warten können. Die Resonanz in der Bevölkerung ist überwiegend positiv, die Nachfrage höher als erwartet. Durchschnittlich 34 Patienten täglich behandelt Dr. Matthias Roth, der Arzt der mobilen Praxis. Die Hälfte von ihnen ist älter als 75 Jahre.

### Viele Vorteile, aber auch Bedenken

Für Felix Thielmann haben die Sprechzeiten einen positiven Nebeneffekt: „Der Medibus

hat sich teilweise zu einem öffentlichen Treffpunkt entwickelt, den es in einigen Orten vorher nicht gab“, sagt er. „Auch für den Arzt gibt es einen Vorteil: Er ist angestellt und trägt ein geringeres Risiko als er es mit einer eigenen Praxis hätte. Auch Teilzeit wäre denkbar.“ Es gibt aber auch kritische Stimmen aus der Bevölkerung: Sie sehen den Medibus als Notlösung, die eine Hausarztpraxis nicht ersetzen kann. Einige Bürger befürchten, dass aus der Not- eine Dauerlösung wird, weil sie den Bedarf rein augenscheinlich deckt.

Die KVH will diese Bedenken zerstreuen: „Der Medibus ist eine Übergangslösung, bis sich Hausärzte in der Region niederlassen“, betont Dr. Eckhard Starke, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KVH. Zudem sollen die ansässigen Hausärzte entlastet und im Urlaub vertreten werden. „Wir hoffen auch, dass das Problem durch das Projekt Aufmerksamkeit erfährt und sich vielleicht der eine oder andere Hausarzt für eine Niederlassung entscheidet.“ Das wäre auch aus Kostengründen gut: Die Gesamtkosten für die zweijährige Pilotphase belaufen sich auf rund 600 000 Euro. Damit ist der Medibus teurer als eine Hausarztpraxis vor Ort, deckt aber immerhin sechs Orte ab. „Wir tun viel dafür, Praxisnachfolger zu finden, obwohl der Ärztemangel bereits spürbar ist. Es wird in den nächsten Jahren nicht genug Ärzte geben, um jede Gemeinde zu versorgen.

Anstatt laut darüber zu klagen, müssen wir Ersatzmodelle konzipieren. Dass Priorität bei der Nachbesetzung von Praxen besteht, ist dabei selbstverständlich“, so Starke.

DB Regio Bus möchte das Geschäft mit den Medibussen ausbauen. Derzeit erweitert das Unternehmen die Flotte und sucht den Kontakt zu den Kassenärztlichen Vereinigungen der Bundesländer. Trotzdem erwarten Felix Thielmann und Arndt Hecker nicht überall große Erfolge: „Denn dort, wo die Versorgungslücken sehr groß sind, ist nicht immer Akzeptanz und Unterstützung eines solchen Projektes zu erwarten.“



#### KONTAKT:

Felix Thielmann und Arndt Hecker  
DB Regio Bus  
Telefon: 069 265 59456  
www.dbregio.de



# Vergabe: ein Wanderweg

Wie läuft ein Ausschreibungsverfahren für einen privaten Projektträger in der Regel ab? Im letzten Beitrag seiner Artikelserie zum Vergaberecht bei öffentlicher Förderung fasst Jurist Frank Wolter es beispielhaft zusammen.

[VON FRANK WOLTER]

Stellen Sie sich vor, Sie wollen in Ihrer Region einen Wanderweg errichten und haben erfolgreich Fördermittel beantragt. Zur Umsetzung brauchen Sie gewisse Teilleistungen: Ein Architekt muss den Weg planen und konzipieren, ein Grafiker Schilder und Hinweistafeln gestalten, ein



*Das Vergaberecht ist zugegebenermaßen nicht gerade leicht, aber Angst muss es keinem bereiten.“*

Dienstleister Schilder und Bänke herstellen und ein wieder anderer jene platzieren. Und vielleicht wollen Sie auch eine Schutzhütte am Wegesrand bauen lassen. All diese Aufgaben müssen Sie ausschreiben. Doch welche Schritte gilt es, im Vergabe- und wettbewerblichen Auswahlverfahren zu durchlaufen? Gleich vorweg: Dieser Artikel zeigt sehr vereinfacht, wie es im Regelfall abläuft. Zur Vertiefung finden Sie unter dem Artikel den Hinweis auf ein ausführliches Ablaufschema.

## **Auflagen beachten**

Im Zuwendungsbescheid und seinen Anlagen steht, welche Auflagen Sie beachten müssen. Als klassischer öffentlicher Auftraggeber, beispielsweise eine Kommune, müssen Sie das komplette förmliche Vergaberecht anwenden. Als Privatperson, beispielsweise als Verein, gibt es für Sie hingegen verschiedene

Möglichkeiten, die von Bundesland zu Bundesland variieren:

- // In Niedersachsen werden Sie bei derartigen Projekten immer als öffentlicher Auftraggeber im Sinne §§ 99 Nr. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) eingestuft. Sie müssen das gesamte Vergaberecht einhalten: die Vergabe- und Vertragsordnungen für Leistungen (VOL) und Bauleistungen (VOB) sowie die Regelungen des jeweiligen Landesvergaberechts.
- // In anderen Bundesländern ist ausschlaggebend, wie hoch die Förderung ausfällt oder wie viel Prozent sie von den Gesamtkosten ausmacht. Davon hängt ab, ob Sie die VOB, VOL beziehungsweise Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) beachten müssen. In Thüringen ist dies bei einer Förderung von mehr als 50 000 Euro der Fall.
- // In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg müssen Sie lediglich Angebote zu den einzelnen Leistungen einholen und wettbewerblich auswählen.

## **Gut vorbereiten**

Es ist hilfreich, die jeweiligen Regelungen zur Hand zu haben. Für eine Privatperson, die die VOB, VOL oder UVgO anwenden muss, sähe eine grobe CHECKLISTE für die Vorbereitung so aus:

- Ordnen Sie die Teilleistungen in *Kategorien* ein: Planung und Konzeption sowie Grafik und

Design sind freiberufliche Leistungen. Es hängt vom jeweiligen Bundesland ab, wie diese auszuschreiben sind. Bänke, Tafeln und Ähnliches sind Lieferleistungen nach VOL oder UVgO. Den Weg errichten, eine Schutzhütte bauen und Schilder anbringen sind Bauleistungen nach VOB.

- Schätzen Sie den Auftragswert* gemäß § 3 der Vergabeverordnung (siehe dazu auch LandIn-Form 1.18): Erkunden Sie den Markt und schätzen Sie die voraussichtlichen Kosten der einzelnen Teilleistungen. So können Sie einen funktionalen und sinnvollen Gesamtwert definieren. Hier helfen die Informationen, die Sie bereits für den Förderantrag zusammengestellt haben; marktbedingte Änderungen müssen Sie trotzdem berücksichtigen. Bei Bauleistungen müssen Sie Lieferungen und Leistungen mitkalkulieren, auch wenn diese danach nach VOL oder UVgO auszuschreiben sind: Die Gestaltungs- und Anfertigungskosten der Schilder müssen Sie also zu den reinen Baukosten addieren.
- Bilden Sie Lose*: Wo es geht, müssen Leistungen getrennt voneinander ausgeschreiben werden: Die Grafik getrennt von der Konzeption, der Wegebau getrennt vom Bau der Schutzhütte. Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie das begründen und sachlich rechtfertigen – beispielsweise, wenn Schilder und



Infotafeln optisch aus einem Guss sein sollen.

- ☑ Prüfen Sie, ob die *Beschaffungen als binnenmarktrelevant* im Sinne der Binnenmarkt-Relevanz-Mitteilung der Europäischen Kommission gelten. Das gilt in der Regel nur für öffentliche Auftraggeber.
- ☑ Wählen Sie die *korrekte Vergabeverfahrensart*: In der Regel ist dies bei der VOB und VOL die öffentliche Ausschreibung, bei der UVgO die öffentliche oder die beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb. Aber es gibt auch Ausnahmen: Bei der VOB und VOL die beschränkte Ausschreibung sowie die freihändige Vergabe, bei der UVgO die beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb sowie die Verhandlungsvergabe.
- ☑ Bei einigen Ausnahmeverfahren legen Sie *Eignungskriterien* der bietenden Unternehmen fest: Im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb, einer freihändigen oder einer Verhandlungsvergabe, müssen Sie die Eignung des kontaktierten Unternehmens vorab prüfen und gegebenenfalls im weiteren Verlauf verifizieren.
- ☑ *Erstellen Sie die Vergabeunterlagen* (siehe dazu auch LandIn-Form 2.18): Beschreiben Sie die Leistung produktneutral und diskriminierungsfrei. Definieren Sie Bewerbungs- oder Teilnahmebedingungen sowie Zuschlags- und Wertungskriterien. Denken Sie an besondere Erklärungen und Bedingungen nach dem jeweiligen Landesvergaberecht, beispielsweise die Mindestlohnerklärung. Formulieren Sie Vertragsbedingungen für die spätere Auftragsabwicklung.
- ☑ Setzen Sie ausreichend lange *Fristen*: Angebotsfrist, Bewerbungsfrist bei Teilnahmewettbewerb, Binde- und Zuschlagsfrist.

### Das konkrete Verfahren

Folgende Schritte müssen Sie beim konkreten Verfahren beachten:

- ☑ Halten Sie die Kommunikations- und Formregeln Ihrer Vergabeordnung ein.
- ☑ Machen Sie die Ausschreibung bekannt oder fordern Sie ausgewählte geeignete Unternehmen

Auch Thomas plant, mit seinem Verein einen neuen Wanderweg umzusetzen: im Erklärfilm der DVS „Keine Angst vor der Vergabe – so geht’s“.



Hier geht's zum Film: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/vergabe](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/vergabe)

auf, ein Angebot abzugeben: Heutiger Standard ist die Veröffentlichung auf offiziellen Vergabeplattformen im Internet, von denen alle Vergabeunterlagen heruntergeladen werden können.

- ☑ Beantworten Sie etwaige Bieterfragen.
- ☑ Ansehen dürfen Sie die Angebote erst, wenn die Frist abgelaufen ist. Dabei gilt das Vieraugenprinzip; die Angebotsöffnung müssen Sie in einem Protokoll dokumentieren.
- ☑ Prüfen und bewerten Sie die Angebote: Gibt es Formfehler oder Gründe, die zum Ausschluss eines Angebots führen – also fehlende Unterschriften oder veränderte Unterlagen? Können fehlende Unterlagen wie Nachweise zur Eignung der Bieter und Mindestlohnklärungen nachgefordert werden? Eignet sich der Bieter? Erfüllen Preis und Angebot die Vorgaben? Oder hat der Bieter vielleicht den Kies für den Wanderweg in Kubikmetern kalkuliert, statt wie Sie in Tonnen – müssen also noch Angaben abgeklärt werden? Welches Angebot ist das wirtschaftlichste nach Ihren Zuschlags- und Wertungskriterien?
- ☑ Heben Sie die Ausschreibung auf, wenn Sie keine zur Leistungsbeschreibung passenden Angebote erhalten.
- ☑ Erteilen Sie dem erfolgreichen Bieter den Zuschlag und informieren Sie die anderen.
- ☑ Ergeben sich bei der Umsetzung des Projekts wesentliche Vertragsänderungen, müssen Sie Auftragserweiterungen gegebenenfalls erneut ausschreiben.

### Von Anfang an dokumentieren

Dokumentieren Sie jeden einzelnen Arbeitsschritt des Verfahrens. Folgende Unterlagen gehören dazu:

- // Screenshots der Bekanntmachungs-Veröffentlichung,
- // Anschreiben an ausgewählte Unternehmen,
- // Vergabeunterlagen,
- // Protokoll der Angebotsöffnung,
- // Tabellen zu Wertung und Auswahl,
- // Zuschlag und Bieterinformation,
- // Fotos und Unterlagen zur Umsetzung des Projekts,
- // Rechnungen.

Der Autor und die DVS hoffen, dass die Artikelserie dazu beitragen konnte, der öffentlichen Vergabe den Schrecken zu nehmen. „Das Vergaberecht ist zugegebenermaßen nicht gerade leicht, aber Angst muss es keinem bereiten“, sagt Frank Wolter. ■

### SERVICE

#### Zum Weiterlesen:

Das ausführliche Ablaufschema der beispielhaften Vergabe sowie weitere Infos zum Thema gibt es unter: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/vergabe/](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/vergabe/)



#### KONTAKT:

Frank Wolter  
TEAM3 Telkamp, Wolter & Telkamp  
Unternehmensberater-Partnerschaft  
Telefon: 0551 5078974  
[wolter@team3-unternehmensberatung.de](mailto:wolter@team3-unternehmensberatung.de)



# Leguminosen anbauen und nutzen

Damit es sich für deutsche Landwirte wieder lohnt, Eiweißpflanzen anzubauen, braucht es neue Strategien. Vier EIP-Projekte in Hessen und Sachsen arbeiten daran.

[VON BETTINA ROCHA]

Klee und Soja sind reich an Eiweiß – und für den Ökolandbau unentbehrlich. Die auch Leguminosen genannten Pflanzen reichern die Böden mit Stickstoff an und sind eine gute Futtermittelquelle. Denn tierhaltende Öko-Betriebe dürfen kein konventionelles Soja und ab 2019 auch kein konventionelles Kartoffeleiweiß mehr verfüttern. Für die konventionellen Betriebe jedoch ist der Anbau von Leguminosen uninteressant geworden. Sie importieren vor allem Soja als proteinreiches und günstiges Futtermittel aus Übersee. Das Bundeslandwirtschaftsministerium versucht über seine Eiweißpflanzenstrategie, den Anbau, die Verarbeitung und die Vermarktung der Eiweißpflanzen in Deutschland zu stärken. Auch einige Projekte aus den Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) tragen dazu bei.

## Hessen stärkt Wertschöpfungskette Soja

Für kleine und mittelständische Landwirte und verarbeitende Betriebe könnte der Soja-Anbau interessant sein – ohne dass sie dabei gleich für den Weltmarkt produzieren müssen. Die Bedingung: Ihr Produkt muss sich deutlich von Importware unterscheiden, beispielsweise indem es die Kriterien öko oder regional bedient. Diese rechtfertigen einen höheren Preis. Und der macht den Anbau erst wirtschaftlich. Vorausgesetzt, die Qualität stimmt.

Das hessische EIP-Agri-Projekt „Wertschöpfungskette heimisches Soja“ setzte auf Regionalität. Das Projekt wollte die Grundlagen für eine Wertschöpfungskette für heimisches Soja schaffen. Denn diese ist in Hessen so gut wie nicht vorhanden, obwohl Landwirte dort auf über 390 Hektar rund 1 250 Tonnen Sojabohnen jährlich anbauen. Das Potenzial ist aber noch viel größer: Die Operationelle Gruppe (OG) errechnete, dass die konventionelle Schweine- und Geflügelhaltung in Hessen rund 20 000 Tonnen Rohprotein jährlich benötigt. Die gesamte hessische Öko-Legehennenhaltung und -Schweinemast hingegen verfüttert etwa 4 000 Tonnen Soja pro Jahr; dafür bräuchte es 1 600 Hektar Anbaufläche. Bisher wird Öko-Soja aber nur auf rund 80 Hektar angebaut.

Stiege die Anbaufläche von Eiweißpflanzen, wäre es auch wirtschaftlicher, die Ernte in der Region

aufzubereiten. Denn damit Soja von Tieren gut verdaut werden kann, muss man es erhitzen – also toasten – und entölen. Dafür kalkulierte die OG, wie wirtschaftlich der Kauf vier unterschiedlicher Soja-Aufbereitungsanlagen wäre und bezog dabei mögliche Fördergelder mit ein. Das Ergebnis: Noch lohnt der Kauf nicht. Vorerst wird sie deshalb die aktuell anfallenden Mengen Soja über die mobile Anlage eines Lohnunternehmers aus Baden-Württemberg aufbereiten.

Ein höherer Erzeugerpreis setzt sich nur dann durch, wenn das heimische Soja qualitativ besser ist. Um die Qualität des Sojas transparent zu sichern, empfiehlt die hessische OG, vorhandene Qualitätssicherungsprogramme und damit verbundene Zertifizierungen zu nutzen. Dies wären für konventionelles Soja das offizielle Qualitäts- und Herkunftszeichen des Landes Hessen „Geprüfte Qualität – HESSEN“, für ökologisches Soja das „Bio-Siegel – HESSEN“. Beide Siegel berücksichtigen aber nur bestimmte Prozessschritte. Wie heimisches Soja aufbereitet, verarbeitet und verfüttert werden sollte, müssten neue Kriterien für die Qualitätssicherung vorgeben. Vorschläge dafür sowie weitere Aktivitäten und Modellkalkulationen hat die OG in einem Handbuch festgehalten, das Interessierten unter [www.gutes-aus-hessen.de/unternehmer/innovationspartnerschaften/hefu-soja.html](http://www.gutes-aus-hessen.de/unternehmer/innovationspartnerschaften/hefu-soja.html) frei zur Verfügung steht.

## Sachsen untersucht Kleemehl und Düngepellets

Eine OG in Sachsen unter Federführung der LandGut Naundorf GmbH untersuchte, ob sich Rotklee- und Weißkleeergrünmehl zur Proteinversorgung von Legehennen eignen. Ziel war, hiermit die Komponenten Sesampresskuchen, Sonnenblumenexpeller und Kartoffeleiweiß in der Futtermischung zu ersetzen, um eine zu 100 Prozent ökologische Futtermischung zu erhalten. Weitere Hauptbestandteile der Futtermischung sind beispielsweise Weizen und Erbsen oder Ackerbohnen.

Die OG fand heraus, dass sich ein 15-prozentiger Anteil an Rotkleeergrünmehl in der Futtermischung negativ auf die Legeleistung und die Eiqualität auswirkt. Die Hennen legten deutlich weniger Eier und traten bei einem Versuch in eine ungewollte Mauser. Ob ein geringerer Anteil an Rotklee geeigneter ist, konnte nicht geklärt





werden. Ein Anteil von 20 Prozent Weißklee in der Futtermischung hingegen ist im Sinne des Tierwohls umsetzbar. Ob es aber hinsichtlich der Legeleistung besser oder schlechter ist als Standardfutter, konnten die Versuchsdurchgänge nicht endgültig klären. Bezüglich der Futterkosten unterschieden sich die betriebseigenen eiweißreichen Futterleguminosen nicht wesentlich von Sesampresskuchen, Sonnenblumenexpeller und Kartoffeleiweiß.

Anstatt Eiweißpflanzen zu verfüttern, kann man mit ihnen auch grüdüngen. Doch wie erfolgreich ist das? Damit befasste sich eine andere sächsische OG unter Federführung der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden. Für eine bessere Ernte beim Öko-Winterraps suchte sie nach einer Methode, die den Raps im Herbst mit ausreichend Stickstoff versorgt. Sie verglich zwei Methoden: Die Düngung mit Gülle und die Düngung mit Pellets aus frühgeschnittenen Eiweißpflanzen. Den Dünger brachte sie dabei verschieden aus – breitflächig, im Reihenzwischenraum und unterhalb der Saatreihe als Unterfußdüngung. Ziel der OG war, die gezielte Unterfußdüngung mit Pellets zur Praxisreife zu bringen. Bei den Versuchen mit der Unterfußdüngung nahm der Raps bis zum Vegetationsende zwischen fünf und 109 Prozent mehr Stickstoff auf als die ungedüngten Kontrollpflanzen. Im Vergleich zur Gülle waren Pflanzenentwicklung, Stickstoff-Aufnahme, Korn- und Ölertrag außerdem gleich oder deutlich höher. Platziert mit Leguminosenpellets zu düngen, kann also insbesondere für viehlose Betriebe eine Alternative zu zugekauftem Dünger sein.

#### Scheitern: Teil der Strategie

Keine Erkenntnisse sind auch eine Erkenntnis: Das zeigt das Projekt einer sächsischen OG um die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden. Gemeinsam wollten sie den Anbau von Öko-Speiseerbsen verbessern. Doch keine der untersuchten pflanzenbaulichen Strategien konnte die Ertragsleistung steigern. Auch das ist ein Ergebnis. Schließlich sind Innovationsprojekte ergebnisoffen. Ein Scheitern eines Projektes gibt es bei EIP-Agri in diesem Sinne nicht. Und damit auch nicht die Gefahr der Rückzahlung von Fördermitteln – solange der Projektverlauf nachvollziehbar dokumentiert ist. ■

**1** Sojabohnen müssen getoastet und entölt werden, damit sie als Futter gut verdaulich sind. Hier werden die Sojabohnen in einer mobilen Anlage auf dem Hofgut Marienborn in Büdingen getoastet.

**2** Soja ist – wie Erbse und Bohne – eine Hülsenfrucht. Ursprünglich stammt sie aus Asien, mittlerweile wird sie weltweit angebaut.

#### SERVICE:

Bottom-up bei den Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri): Operationelle Gruppen aus Landwirten, Forschern, Verbänden, Verwaltung, Beratern und anderen Akteuren erarbeiten gemeinsam neue Lösungen für praktische Probleme.

Mehr dazu unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip)

#### TERMINHINWEIS:

Vom 20. bis 21. Februar 2019 findet in Sachsen ein thematischer Workshop für Operationelle Gruppen zu Eiweißpflanzen statt. Auch Mitglieder von künftigen Operationellen Gruppen sind herzlich eingeladen.

Mehr dazu in Kürze unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip)



#### KONTAKT:

Bettina Rocha  
DVS  
Telefon: 0228 6845-3882  
[bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de)



# Geht der Trend zum Coworking?

Der deutsche Städte- und Gemeindebund sieht in Coworking-Spaces eine Chance für ländliche Kommunen. Einige Orte haben vorgemacht, wie es gehen kann. Doch wie gut eignet sich das Modell tatsächlich?



Tobias Kremkau ist Mitgründer des Instituts für Neue Arbeit in Berlin und der German Coworking Federation. Er berät Unternehmen zu Fragen der Transformation von Arbeit. [www.neuearbeit.io](http://www.neuearbeit.io)

## Herr Kremkau, was ist dran am Coworking-Trend in Deutschland?

In den Metropolen gibt es diesen Trend. So sind 25 Prozent aller Coworking-Spaces Deutschlands in Berlin angesiedelt. Aber: Sie machen nur 0,02 Prozent der Bürofläche Berlins aus. Wir sprechen hier also von einem minimalen Anteil.

## Kennen Sie funktionierende ländliche Coworking-Spaces hierzulande?

Ja, es gibt einige Beispiele, die gut angenommen werden: Das „Coconat“ in Bad Belzig, die „Denkerstube“ am Ammersee in Bayern, das Coworking der Netzwerkinitiative Künstlerkolonie Fichtelgebirge, der „Schreibtisch in Prüm“ oder „Dein Arbeitszimmer“ der Initiative Comeback Elbe-Elster. Aber sie funktionieren im ländlichen Raum nicht als Geschäftsmodell, das sich von allein trägt. Das Coconat finanziert sich durch sein Übernachtungsgeschäft. Ansonsten sind viele Träger von ländlichen Coworking-Spaces keine wirtschaft-

lichen Akteure, sondern werden über öffentliche Gelder finanziert. Es gibt ein Beispiel im ländlichen Raum, das auch wirtschaftlich tragfähig ist: der „Alte Heuboden“ in Velde bei Kiel. Hier betreibt der Gründer ein funktionierendes Geschäft vor Ort, das er um Coworking-Spaces erweitert hat. In der Stadt ist die Situation eine andere. Da tragen sich diese Räumlichkeiten vor allem dadurch, dass sie für Veranstaltungen vermietet werden, und durch die größere Nachfrage nach Büros.

## Welche Voraussetzungen braucht es, damit Coworking im ländlichen Raum angenommen wird?

Es gibt drei wichtige Erfolgsfaktoren. Erstens: der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Die nächste Stadt muss mit der Bahn innerhalb einer Stunde erreichbar sein, denn von dort kommen neue Impulse. Das bietet die Möglichkeit, Veranstaltungen zu besuchen oder Menschen zu treffen, die für die Arbeit wichtig sind. Zweitens muss das Internet ausreichend ausgebaut sein. Drittens bedarf es Räumlichkeiten, die für solche Zwecke nutzbar sind. Im ländlichen Raum gibt es zwar häufig viel Leerstand, die Leute sind sich dieses Leerstandes aber nicht immer bewusst. Eine nicht genutzte Scheune wird häufig gar nicht als Leerstand angesehen. In der Altmark erfasst das Land(auf)Schwung-Projekt „Luxus der Leere“ diese Leerstände und vermittelt die Immobilien an potenzielle Nutzer. Die Wirtschaftspolitik sollte viel stärker darin investieren, Räume für gemeinschaftliches Arbeiten zu schaffen.



*Coworking kann ländliche Räume bereichern.“*





### Schreibtisch in Prüm

Seit einem Jahr gibt es den „Schreibtisch in Prüm“. Das Modellprojekt der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. liegt in der ländlichen Peripherie der Eifel. In einem ehemaligen Kreisverwaltungsgebäude befinden sich acht Arbeitsplätze mit moderner Büroausstattung und Internetanschluss, die Selbstständige, Firmen sowie Arbeitnehmer als Alternative zum Homeoffice angemietet haben. Das bis 2019 laufende Modellprojekt soll Erkenntnisse über Zielgruppen, Bedarf, die notwendige Ausstattung und Betriebsmodelle von Coworking-Spaces im ländlichen Raum liefern. Erste Erkenntnisse sind in einem Bericht veröffentlicht: [www.ea-rlp.de/zwischenfazit-schreibtisch-in-pruem](http://www.ea-rlp.de/zwischenfazit-schreibtisch-in-pruem)



### Coconat, Bad Belzig

90 Kilometer von Berlin entfernt liegt in Bad Belzig das „Coconat – community and concentrated work in nature“. Ein alter Gutshof bietet Freischaffenden und Kreativen alles, was sie für ihre Arbeit brauchen: Büros, Gemeinschafts- oder Veranstaltungsräume, schnelles Internet, Telefon und Ruhe. Daneben viel Natur, Freizeitangebote und die Gesellschaft anderer. Es gibt verschiedene Übernachtungsmöglichkeiten und Vollverpflegung. Die Kosten variieren je nachdem, welche Angebote in Anspruch genommen werden. „Coconat“ wurde von vier Privatpersonen gegründet, die den leerstehenden Gutshof kauften. [www.coconat-space.com](http://www.coconat-space.com)

### Kann Coworking eine Chance für ländliche Räume sein?

Eine Initiative in der Niederlausitz bringt es auf den Punkt; sie nennt sich: „Gentrifizierung? Ja, bitte!“. Mit der Leerstands-Website der Stiftung Kraftwerk Hirschfelde finden Immobilien der Industriekultur dort neue Besitzer, Mieter oder Nutzer. Gentrifizierung heißt ja, dass einkommensstärkere Immobilienbesitzer und Mieter den Strukturwandel in einer Region auslösen und dadurch andere Menschen mit ähnlichen Lebensverhältnissen anlocken. In Städten hat sie einen schlechten Ruf, wenn sie zu weit vorgeschritten ist. In ländlichen Räumen kann sie aber positive Impulse setzen. Professor Mark Michaeli von der TU München spricht von einer Urbanisierung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, wenn Städter dorthin ziehen und gleichwertige Lebensverhältnisse fordern. Das fängt mit dem guten Cappuccino beim Bäcker an. Der stellt sich irgendwann darauf ein und erweitert sein Angebot. Das ist eine Chance.

### Gibt es auch Risiken für Arbeitnehmer, die Coworking im ländlichen Raum in Anspruch nehmen?

Es gibt keine wirklichen Risiken, nur Herausforderungen. Und die hängen auch von der Unternehmenskultur ab. Viele haben Angst, dass sie den Flurfunk verpassen – und damit Karrieremöglichkeiten. Das liegt daran, dass in Deutschland Präsenz häufig noch mehr belohnt wird als Leistung. Es bleibt zu hoffen, dass diese Unternehmenskultur bald überholt ist.

Isolation ist ein Risiko für Städter, die ihren Arbeitsplatz in den ländlichen Raum verlegen. Unsere Erfahrung ist: Coworking wird zuallerletzt von der Dorfbevölkerung angenommen. Sie ist häufig sehr geschlossen, da gilt man manchmal noch nach 40 Jahren als Zugezogener. Man braucht den Anschluss an eine Community,

an Gleichgesinnte. Gut funktioniert es, wenn Firmen einen Ableger im ländlichen Raum errichten, wo sich die Mitarbeiter einfinden, die Ruhe und Inspiration suchen. Wenn wir nach geeigneten Orten für Coworking-Büros suchen, schauen wir deshalb auch: Wo gibt es Anzeichen dafür, dass Diversität zugelassen wird und eine gewisse Offenheit besteht? Das kann beispielsweise ein kleines Kulturkino sein.

### In Frankreich oder Spanien scheint Coworking im ländlichen Raum weiter verbreitet zu sein. Woran liegt das?

Das liegt an der wirtschaftlichen Lage. Wenn die Wirtschaft in der Krise ist und es zu wenige Arbeitsplätze auf dem Arbeitsmarkt gibt, machen sich die Leute selbstständig. Das ändert sich wieder, wenn sich der Arbeitsmarkt stabilisiert. In der Schweiz hingegen richten häufig die Kommunen Coworking-Plätze ein. Das Land ist klein, sodass der Weg zur nächsten Stadt vergleichsweise kurz ist. Außerdem ist der öffentliche Nahverkehr sehr gut ausgebaut.

Häufig erzählen mir Bürgermeister in Deutschland, dass die eigene Verwaltung sie beim Ausbau des Internets oder des öffentlichen Nahverkehrs ausbremst. Da haben viele noch nicht erkannt, wie wichtig diese Infrastrukturen für die ländlichen Räume sind.

### Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.





Sumpfschmalz in der Gerste, Klee im Hafer, Kornblume im Weizen: Sind artenreiche Äcker handhabbar?



# Die Mischung macht's

Vielfalt auf dem Feld hält die Unkräuter in Schach. Wie das geht?  
Das europäische Forschungsprojekt PRODIVA hat es untersucht.

[VON MEREL HOFMEIJER & BÄRBEL GEROWITT]

Wildwuchs auf dem Acker kann die Ernte ruinieren. Der ökologische Landbau geht dagegen bisher nicht chemisch, sondern mit mechanischen und thermischen Maßnahmen vor. Doch das ist teuer, kann Bodenlebewesen stören oder die Erosion fördern. Eine Idee ist deshalb: diese starken Eingriffe durch viele kleine Maßnahmen ersetzen. Zu diesen vielen kleinen Maßnahmen gehört der Anbau verschiedener Feldfrüchte, Zwischenfrüchte oder Arten- und Sortenmischungen. Welchen Beitrag diese Kulturmaßnahmen realistisch leisten, untersuchte das Forschungsprojekt PRODIVA. Sechs Partner waren an dem Projekt beteiligt: die Universität Aarhus in Dänemark, die Schwedische Universität für Agrarwissenschaften, das Institut Luke für natürliche Ressourcen in Finnland, das Staatliche Lettische Institut für Landwirtschaftliche Ressourcen und Ökonomie, das Institut für Pflanzenschutz in Polen und die Universität Rostock in Mecklenburg-Vorpommern.

## Artenreichtum erwünscht

Zunächst unternahmen die Wissenschaftler Feldversuche mit verschiedenen Untersaaten – das sind gleichzeitig zur Hauptfrucht ausgesäte Kulturarten –, Zwischenfrüchten sowie Arten- und Sortenmischungen. Zwei Jahre lang untersuchten sie dann die Unkrautarten und -dichten auf ökologisch bewirtschafteten, mit Sommergetreide bestellten Äckern. Die Wahl fiel auf Sommergetreide, weil die nordischen Partner kaum Wintergetreide anbauen. Für die Untersuchung stellten 50 Landwirte aus den sechs Ostseeländern 207 Felder mitsamt der Managementdaten der vergangenen Jahre zur Verfügung. Gefördert wurde das Projekt von April 2015 bis Juni 2018 über das europäische Core Organic Programm und das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“.

## Erfolgsgeschichten dokumentiert

Die Monitoring-Ergebnisse aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen: Direkte kurzfristige Unkrautbekämpfung – wie etwa das Striegeln – reduziert vor allem die Unkrautdichte, langfristige Kulturdiversifizierung hingegen fördert eher die Vielfalt der Unkräuter. Solange die Pflanzendichten nicht zu hoch sind, hat eine artenreiche Ackervegetation durchaus Vorteile, denn Ackerunkräuter dienen als Nahrungsquelle und Habitat für Nützlinge. Interessant ist, dass in artenreichen Ackervegetationen keine einzelnen Problemarten dominieren. Besonders wirksam war dabei die Integration von Zwischenfrüchten in die Fruchtfolge. Das zeigt sich in den Feldversuchen und auch in den Auswertungen der Monitoring-Daten aller Länder. Dabei setzen die Landwirte in den Partnerländern unterschiedliche Schwerpunkte. In den nordöstlichen Ländern sind Untersaaten und Winterzwischenfrüchte sehr weit verbreitet, in Finnland und Lettland wurde Sommergetreide fast nie ohne Untersaat angebaut.

Am Ende des Projekts wählten die Wissenschaftler in jedem Partnerland ein bis zwei Betriebe aus, die erfolgreich Kulturmaßnahmen einsetzen und deren Ackervegetation dem Zielzustand „artenreich und ohne Herbizide handhabbar“ nahekommt. Die betrieblichen Erfolgsgeschichten aus Finnland, Lettland, Schweden, Dänemark, Polen und Deutschland zeigen die Bandbreite von Kulturmaßnahmen und die unterschiedliche Wahrnehmung von Unkräutern. In einem waren sich alle Betriebsleiter einig: Sie wollen die Unkräuter nicht nur bekämpfen, sondern schätzen sie auch – als Bienenweide, für ihr Image oder weil sie einfach dazu gehören. So auch zwei Betriebe aus Mecklenburg-Vorpommern: der Bio-Hof der Familie Voss und das Gut Dalwitz. Beide haben weitreichende Kulturmaßnahmen etabliert und eine artenreiche, nicht sehr dichte –

also grundsätzlich gut beherrschbare – Unkrautvegetation auf ihren Feldern.

## Familie Voss: Erfahren und innovativ

An der Ostseeküste, direkt gegenüber der Insel Usedom, liegt der Bio-Hof der Familie Voss. Mit 260 Hektar Land ist er ein relativ kleiner Betrieb für Mecklenburg-Vorpommern. Georg-Werner Voss übernahm die Flächen des Familienbetriebes 1992 aus der damaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und bewirtschaftet ihn seither ökologisch. Der Betrieb wuchs über die Jahre, insbesondere die Futterproduktion. Inzwischen arbeitet auch Sohn René Voss auf dem Hof mit.

Die für die Region typischen sandigen Böden machen die Bewirtschaftung zu einer Herausforderung: Sie sind nährstoffarm und das Niederschlagswasser versickert schnell. Auch die nassen Moorböden sind nicht leicht zu bearbeiten. Deshalb baut Familie Voss Feldfrüchte sowie Untersaaten an, die den Boden so gut wie möglich bedecken und den Anteil von organischem Material im Boden erhöhen. Die Fruchtfolge dauert fünf bis sieben Jahre und umfasst vor allem Getreide, Luzerne und Klee-Gras. Alle Feldfrüchte werden als Futter für die eigene Tierhaltung genutzt; dadurch entsteht ein weitgehend geschlossener Nährstoffkreislauf. Überschüssige Erträge der Feldwirtschaft und die Produkte aus der Tierhaltung vermarktet die Familie.

Zwar ist Unkraut nicht erwünscht, aber Landwirt Voss sagt: „Alles, was kleiner als mein Getreide ist, stört mich nicht.“ Die problematischsten Unkräuter sind für ihn Quecke, Gänsefuß, Ackersenf, Hederich und Disteln. Klatschmohn und Kornblume „gehören einfach dazu, wenn man Getreide anbaut“ und „bieten Futter für meine Honigbienen“, sagt er. Jedes Unkraut hält er mit einer spezifischen Bekämpfungsmethode gut unter Kontrolle.

- 1 Bio-Betrieb in der zweiten Generation: die Familie Voss
- 2 Farbtupfer auf den Voss'schen Feldern: blühende Ackerunkräuter
- 3 Mischkultur aus Gersten und Erbsen



Dass zudem die diverse Fruchtfolge Unkräuter reduziert, ist nicht primäres Ziel, aber ein positiver Nebeneffekt.

Der relativ kleine Betriebsumfang und die lange Erfahrung des Vater-Sohn-Duos sorgen für ein gutes Mikro-Management der Flächen. Auf jede Situation reagieren sie flexibel, abhängig von Jahreswitterung, Fruchtart, Unkrautwachstum, Bodenzustand, Regen, Zielsetzung und anderen Faktoren. Diese Herangehensweise hat positive Effekte für den Betrieb: Der Anteil organischer Bodensubstanz liegt bei für Sandböden guten vier Prozent. Auch nach 25 Jahren in der Landwirtschaft scheuen sie sich nicht, mit neuen Feldfrüchten und Techniken zu experimentieren. Zuletzt haben sie ausprobiert, den Roggen im Frühjahr zu walzen, um Senf und andere großsamige Kreuzblütler zu bekämpfen. Die Unkrautdichte ist unter Kontrolle, die Erträge sind gut und der fragile Boden liefert nährstoffreiches Futter für die Rinder. Damit gelingt es der Familie, ökonomisch stabil zu wirtschaften.

#### Gut Dalwitz: Größe und Vielfalt

Deutlich größer als der Hof der Familie Voss ist das Gut Dalwitz. Graf von Bassewitz hat den ehemaligen Familiensitz in Mecklenburg-Vorpommern 1991 nach dem Ende der DDR neu etabliert. Der ökologische Betrieb umfasst mehr als 1 100 Hektar Acker- und Grünlandfläche und rund 700 Hektar Wald. Von Bassewitz hält rund 300 Fleischrinder und 90 Reitpferde. Für ihn ist der positive Einfluss der ökologischen Bewirtschaftung auf die Natur deutlich: Die Biodiversität ist hoch. Das große Gut bietet der Natur viel Raum; diese beeinflusst die Produktivität daher kaum negativ, sagt er.

Die Diversität der Betriebsführung spiegelt sich auf den Feldern wider. Eine Fruchtfolge dauert acht Jahre und umfasst Sommer- wie Wintergetreide, Lupinen, Sonnenblumen, Kartoffeln und zweijähriges Klee-Gras. Getreidesortenmischungen, Klee-Gras-Untersaaten und Winter-Deckfrüchte wie Senf oder Örettich sollen den Boden schützen und fruchtbar halten. Für sie benötigt der Landwirt aber viel Geduld. Direkt bekämpft er Unkraut hauptsächlich mit Hacken, Eggen oder Striegeln, je nach Ackerfrucht und auftretenden Unkräutern. Große Probleme machen ihm Quecke und Distel sowie Ackersenf und Hederich. Vor allem die letzten beiden sind äußerst widerstandsfähig. Mithilfe der vielfältigen Fruchtfolge kann von Bassewitz das Unkraut jedoch erfolgreich kontrollieren.

Zusammenfassend bestätigen die Ergebnisse von PRODIVA, dass im Ökolandbau insbesondere die Fruchtfolge den Unkrautdruck minimieren kann: Eine Vielzahl von Hauptfrüchten kombiniert mit dem Anbau von Zwischenfrüchten verhindert, dass problematische Unkräuter überhandnehmen. ■

#### SERVICE:

Alle Erfolgsgeschichten finden sich – in den jeweiligen Landessprachen – unter:  
[www.orgprints.org/view/projects/prodiva.html](http://www.orgprints.org/view/projects/prodiva.html)



#### KONTAKT:

Prof. Dr. Bärbel Gerowitt  
 Universität Rostock  
 Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät  
 Telefon: 0381 4983160  
[baerbel.gerowitt@uni-rostock.de](mailto:baerbel.gerowitt@uni-rostock.de)  
 Merel Hofmeijer (bisher Universität Rostock)  
 jetzt: Universität Wageningen  
 FSE Group  
 Telefon: 0031 628350597  
[merel.hofmeijer@wur.nl](mailto:merel.hofmeijer@wur.nl)





# Zusammen für Trinkwasserschutz

Während die Öffentlichkeit über zu viel Nitrat im Grundwasser diskutiert, kann die Region Südharz einen gegenläufigen Trend vorzeigen: Der Nitratgehalt in den Brunnen liegt mittlerweile deutlich unter dem gesetzlichen Grenzwert.

[VON MARTIN HORSTKÖTTER]

Trinkwasser soll bei lebenslangem Genuss die menschliche Gesundheit nicht beeinträchtigen. Das besagt die deutsche Trinkwasserverordnung (TVO). Und weil Trinkwasser aus Oberflächen- und Grundwasser gewonnen wird, gilt es, einen guten chemischen Zustand des Grundwassers zu erreichen und zu erhalten. Die Landwirtschaft kann durch den Eintrag von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln ins Grundwasser die Gewässergüte beeinträchtigen. Problematisch sind insbesondere Nitratgehalte von über 50 Milligramm pro Liter – dem Grenzwert der TVO. Wer Trinkwasser schützen will, ist also auf Unterstützung durch die Landwirte angewiesen.

## Ein Cent für Kooperationen

Deshalb unterstützt das Land Niedersachsen Landwirte, die in niedersächsischen Trinkwassereinzugsgebieten Maßnahmen zum Gewässerschutz umsetzen: Für jede Badewanne voll Wasser – dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch je Tag – fließt aktuell etwa ein Cent in das Niedersächsische Kooperationsmodell Trinkwasserschutz. Die Gelder stammen aus der 1992 eingeführten Wasserentnahmegebühr und seit 2009 auch aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Für den kooperativen Gewässerschutz haben sich Landwirte und Wasserversorger mit Unterstützung der Wasserbehörden an einen Tisch gesetzt. Grundlage der Finanzhilfe ist ein gemeinsam abgestimmtes Schutzkonzept, das insbesondere aus Gewässerschutzberatungen und freiwilligen Vereinbarungen im Rahmen des Vertragswasserschutzes besteht. Mit freiwilligen Vereinbarungen engagieren sich die Landwirte über die Anforderungen der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung hinaus: Sie bauen etwa Zwischenfrüchte an, um Stickstoff zu binden oder reduzieren die Bodenbearbeitung im Herbst, um weniger Nitrat freizusetzen. Für dabei entstehende Nachteile oder Mehraufwand erhalten sie Ausgleichszahlungen. Zur Erfolgskontrolle legen die Kooperationspartner im Schutzkonzept drei Erfolgsparameter fest und definieren quantifizierbare Zielwerte, die im fünfjährigen Schutzkonzeptzeitraum

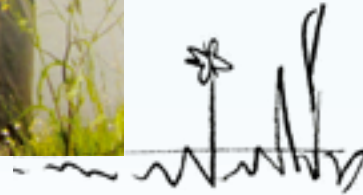
erreicht werden sollen. Damit übernehmen sie selbst die Verantwortung für die Maßnahmen. Das Land unterstützt diese Eigenverantwortung: Seit 2007 verwalten die Kooperationen ihre Finanzmittel eigenständig.

## Regionales Engagement im Südharz

Wie gut die Schutzkonzepte funktionieren, zeigt das südliche Harzvorland: Dort bestehen seit 1994 einzelne Wasserschutzkooperationen. Im Jahr 2007 schlossen sich schließlich sechs Wasserversorger und sieben Landwirte zur Kooperation Südharz zusammen. Sie nimmt den Wasserschutz der ganzen Region in den Blick – insgesamt rund 7 660 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Für das Jahr 2017 konnte die Kooperation rund 3 900 Hektar davon an eine gewässerschonende Bewirtschaftung binden. „Gemeinsam wird jährlich ein umfangreicher Katalog von Flächen- und Beratungsmaßnahmen beschlossen“, sagt Frank Uhlenhaut von der Harz Energie Netz GmbH und Leiter der Kooperation. Die freiwilligen Vereinbarungen, inklusive der jeweiligen Ausgleichszahlungen, werden kontinuierlich angepasst und danach entweder flächendeckend oder gezielt nach bodenkundlichen und hydrogeologischen Standortprioritäten angeboten. Mit Erfolg: Von 2000 bis 2016 hat der Stickstoff-Überschuss pro Hektar im Mittel von 35 Betrieben um etwa 25 Kilogramm abgenommen. Auch bei der Trinkwasserqualität ist ein positiver Trend erkennbar: Das Rohwasser einzelner Brunnen, das früher bis zu 50 Milligramm Nitrat pro Liter aufwies, zeigt nun Werte von etwa 20 Milligramm. Dazu haben die Landwirte beigetragen, indem sie Dünger gewässerschonend ausbrachten und innovative Projekte wie den freiwilligen Flächentausch mitentwickelten: Besonders kleinstrukturierte Bereiche, in denen durch Überlappung oft eine Doppeldüngung auftritt, bewirtschaften sie nun zusammen. Zudem arbeitet die Kooperation mit der Forschung zusammen: Hofnachfolger bearbeiten im Rahmen ihrer Master- und Promotionsarbeiten Themen wie „Herbizidresistenz von Ackerfuchsschwanz“ und „Bewertung der Bodenfruchtbarkeit“. Unter dem Motto „Tu Gutes und rede darüber“ betreibt die Wasserschutzkooperation Südharz darüber hinaus eine aktive Pressearbeit.



Gruppenberatung an einem Feldgrund nahe des Dorfes Scharzfeld am Südwestrand des Harzes



„Wir schützen das Wasser, das wir trinken“, sagt Heinrich Reinhardt, Sprecher der 161 Kooperationslandwirte.

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, das Niedersächsische Landvolk und die unteren Wasserbehörden unterstützen die Kooperation; beraten wird sie von der Ingenieurgemeinschaft für Landwirtschaft und Umwelt (IGLU). Die Basis bilden Boden- und Pflanzenuntersuchungen sowie Demonstrationsversuche. Daraus leiten die Berater eine vegetationsbegleitende Pflanzenbau- und Düngeberatung ab. IGLU berät ganzjährig und häufig gesamtbetrieblich, denn große Flächenanteile vieler Betriebe der Region liegen in Wassereinzugsgebieten. „Wir beginnen mit einer Stickstoff-Düngeplanung und vergleichen im Herbst die jährlichen Zu- und Abflüsse von Stickstoff durch das Hoftor, also die Ergebnisse aus der sogenannten N-Hoftor-Bilanz, die der Landwirt in seinen Büchern dokumentiert“, berichtet Gewässerschutzberater Lothar Kupsch. Zeitnahe und regelmäßige Gruppenberatungen vor Ort unterstützen die Landwirte bei der oft schwierigen Entscheidung, ob im Vegetationsverlauf Düngen verzichtbar ist. Auch Pflanzenschutz-Empfehlungen tragen dazu bei, Problemen frühzeitig pflanzenbaulich anstatt mit zusätzlichem Düngen zu begegnen. Bei der Beratung geht es außerdem darum, die freiwilligen Vereinbarungen zu vermitteln und zu prüfen, ob und wie sie mit anderen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen kombinierbar sind. In Rundschreiben und auf ihrer Website fasst die Kooperation Empfehlungen für die regionalen Betriebe zusammen.

#### Noch besser werden

Erfolgreich ist die Kooperation insbesondere deshalb, weil sich alle Akteure an der Konzeption und Maßnahmenentwicklung beteiligen. Die Landwirte gestalten die freiwilligen Vereinbarungen mit; deshalb passen die Maßnahmen zur Vielfalt der Betriebstypen, Standorte und Kulturen im Südharz. Lernen die Kooperationspartner sich gegenseitig mit ihren unterschiedlichen Standpunkten kennen, handeln sie einsichtig, umsichtig

und verstehen einander besser. Dass sie auch das Budget verantworten, motiviert sie, das Konzept gemeinsam zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen. Die regelmäßige Darstellung der Arbeit und Erfolge in der Öffentlichkeit trägt außerdem dazu bei, dass sich die Beteiligten mit dem Projekt identifizieren.

Gleichzeitig sehen sie auch Verbesserungspotenziale, beispielsweise in der Verwaltung für den Vertragswasserschutz: Hier wünschen sich die Akteure neue, erfolgsorientierte gesamtbetriebliche Maßnahmen, deren Honorierung sich daran orientiert, ob die Stickstoffüberschüsse in der Bilanz gesenkt werden können. Dann wäre es für Landwirt und Gewässerschutzberatung möglich, Maßnahmen noch flexibler umzusetzen. Dabei kommt das Know-how der Bewirtschafter zum Tragen. Sie wissen, wie sich ein Nährstoffinput senken und der Output über sichere Erträge erhöhen lässt. Eine weitere Entwicklungsperspektive bietet die Digitalisierung: Werden zukünftig bei der Bewirtschaftung in großem Umfang Daten erfasst, kann auch der Gewässerschutz profitieren – indem Landwirte und Berater gemeinsam die Effizienz beim Düngen verbessern. ■

#### SERVICE:

Die EU nimmt die Wasserrahmenrichtlinie in einem Fitness-Check unter die Lupe. Bis zum 4.3.2019 können sich Interessierte an der öffentlichen Konsultation online beteiligen:

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2017-5128184/public-consultation\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2017-5128184/public-consultation_de)



#### KONTAKT:

Martin Horstkötter  
Ingenieurgemeinschaft für Landwirtschaft  
und Umwelt (IGLU)  
Telefon: 0551 54885-23  
martin.horstkoetter@iglu-goettingen.de  
www.iglu-goettingen.de



# Authentisch ländlich



Die Dienstleisterinnen der Südtiroler Bäuerinnenorganisation werben mit Tradition und Ursprünglichkeit.

In Südtirol – der nördlichsten Provinz Italiens – haben die Bäuerinnen den Nerv der Zeit getroffen: Sie präsentieren sich selbstbewusst unter einer eigenen Marke.

[VON JULIANE MANTE]

„In unserer Region sind die Bäuerinnen und Bauern besonders eng an ihren Boden gebunden, wenige wandern ab. Und je kleiner der Betrieb, desto stärker ist auch die Bäuerin involviert.“ So beschreibt Hiltraud Erschbamer eine Besonderheit Südtirols, offiziell Autonome Provinz Bozen genannt. Die Region ist ländlich geprägt, die Landwirtschaft kleinstrukturiert. Hier vertritt die Südtiroler Bäuerinnenorganisation (SBO) seit 1981 die Interessen der Bäuerinnen. Hiltraud Erschbamer ist Landesbäuerin, also Präsidentin der Organisation. Ihr geht es auch ums große Ganze: „Wenn Frauen mitentscheiden, werden die Betriebe diverser und innovativer“, erläutert Hiltraud Erschbamer. „Und das belebt den ländlichen Raum.“ Die Organisation will die Talente der Frauen stärken und der Landwirtschaft damit neue Wege eröffnen.

## Arbeit wieder aufwerten

Dieses Ziel hat auch das Dienstleistungsportal, das die SBO 2006 ins Leben rief. Unter der Marke „Südtiroler Bäuerinnen. Aus unserer Hand“ können sich Bäuerinnen professionell nach außen präsentieren und ihre landwirtschaftsnahen Dienstleistungen vermarkten: Koch- und Backkurse, pädagogische Angebote für Kinder oder traditionelle Handwerkstechniken sind nur einige von ihnen. „Wir wollten den Wert der landwirtschaftlichen Arbeit

wieder sichtbarer machen. Was steckt beispielsweise alles in einem Stück Käse, das auf unserem Teller liegt? Vielen Menschen fehlt dafür heute das Verständnis“, beschreibt Hiltraud Erschbamer ihre Intention. Diese Chance nutzen nun bereits über 100 Bäuerinnen und erwirtschaften damit ein wichtiges Nebeneinkommen für den Betrieb.

## Professionell nach außen treten

Damit sich eine Bäuerin unter der Marke der Südtiroler Bäuerinnen präsentieren darf, muss sie einige Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehört eine Ausbildung in verschiedenen Modulen: Das Basismodul vermittelt grundlegende Fertigkeiten in Bezug auf Kommunikation, Präsentation, Büromanagement, Marketing und Betriebswirtschaft. Die Fachmodule belegen die Bäuerinnen dann je nach geplantem Nebenerwerb, machen eine Gartenführerausbildung oder spezialisieren sich auf die Tätigkeit als Referentin, zum Beispiel für Koch- und Backkurse. Erst danach darf sich die Bäuerin bei der SBO als Dienstleisterin bewerben; eine Kommission schaut sich den Hof an und entscheidet dann über die Aufnahme. Einmal Mitglied, muss die Bäuerin in regelmäßigen Abständen nachweisen, dass sie die Qualitätskriterien der Marke erfüllt. Nimmt sie an Weiterbildungen teil? Ist sie

gastfreundlich und verbindlich? Und verwendet sie das Markenzeichen? Die Evaluationsbögen, die die Kunden ausfüllen, helfen, die Qualität der Angebote im Nachhinein einzuschätzen und zu verbessern.

Die Zahl der angebotenen Dienstleistungen steigt sukzessive. Und sie werden immer stärker angenommen. Für Hiltraud Erschbamer ist der Zusammenhang klar: „In Zeiten der Globalisierung wächst die Sehnsucht nach Traditionen und Ursprünglichkeit. Wir können beides bieten, denn wir arbeiten nicht in einer Kulisserie – wir sind authentisch.“ Die Weiterbildung im Bereich soziale Landwirtschaft – also zur Einbindung Älterer oder von Menschen mit Behinderung auf dem Hof – baut die SBO derzeit aus. Für Frauen, die landwirtschaftsfremd auf einen Hof gezogen sind, gibt es seit 2016 die Bäuerinnenschule. Sie soll ihnen helfen, ihre Rolle auf dem Hof zu finden. Unerwartet viele junge Frauen haben das Angebot angenommen. ■

Foto: SBO Amin Huber

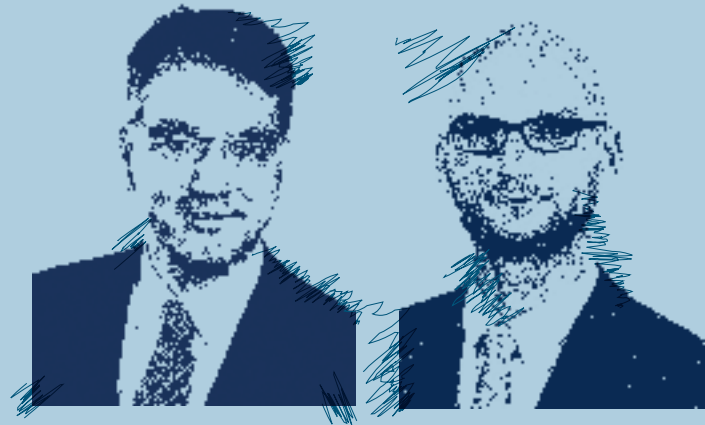


## KONTAKT:

Südtiroler Bäuerinnenorganisation  
Telefon: +39 0471 999 460  
info@baeuerinnen.it  
www.baeuerinnen.it

Zum Fokusthema der nächsten Ausgabe:

## DIE POSITION



### Klimaresistenz durch Bodenschutz: eine Frage des Ordnungsrechts, der Förderpolitik oder der praktischen Umsetzung?

Udo Hemmerling ist stellvertretender Generalsekretär, Gerolf Bücheler Referent für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim Deutschen Bauernverband (DBV).

”

*Klimaschutz in Böden geht am besten freiwillig.“*

Bodenschutz ist untrennbar mit dem Klimaschutz und der Ernährungssicherung verbunden: Durch den Aufbau und Erhalt von Humus speichern Böden Kohlenstoff (C) und stellen damit nach den Meeren die weltweit wichtigsten C-Speicher dar, noch vor den Wäldern und der Atmosphäre. Damit tragen sie erheblich zum Schutz des Klimas bei. Humus- und damit ertragreiche Böden sind die wichtigste Produktionsgrundlage der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Flächen enthalten schätzungsweise 100 Tonnen organischen Kohlenstoff je Hektar, Ackerland etwas weniger und Grünland etwas mehr. Sie speichern in Deutschland also ungefähr zwei Milliarden Tonnen Kohlenstoff. Zum Vergleich: Die gesamten jährlichen fossilen CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands liegen bei etwa 220 Millionen Tonnen Kohlenstoff.

Auch global wurde die Rolle des Bodens für den Klimaschutz erkannt: Die 2015 im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen gegründete 4-Promille-Initiative hat das Ziel, die Bodenkohlenstoffvorräte kontinuierlich aufzubauen. Das Ziel ist richtig, die Initiative aber nicht eins zu eins in Deutschland umsetzbar. Zum einen sind die Böden in Deutschland im Allgemeinen schon relativ gut mit Humus versorgt, ein weiterer Aufbau ist nicht so einfach zu bewerkstelligen. Eine hohe Rückführung an Biomasse in den Boden – sei es über Wirtschaftsdünger, Ernteresste, Zwischenfrüchte, Untersaaten, Tiefwurzler, Bodenbedeckung im Winter – hat sich hierfür bewährt. Letztlich ist der Humusgehalt aber auch abhängig von natürlichen Gegebenheiten wie Bodenart, Temperatur oder Wasserverfügbarkeit.

Der DBV hat in seiner Klimastrategie 2.0 vom Januar 2018 die Steigerung des Humusgehalts auf Ackerland als eine von 20 Klimaschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Jeder Landwirt hat selbst ein Interesse daran, seine Flächen durch ausreichend Humus langfristig ertragreich und stabil zu halten und dafür die nötige organische Substanz aufzubauen. Gleichwohl gibt es – abgesehen vom Grünlanderhalt – kaum „fertige“ Klimaschutzmaßnahmen, die sich von anderen Agrarumweltmaßnahmen im Bereich des Ressourcenschutzes streng abgrenzen lassen. Agrarumweltmaßnahmen wie vielfältige Fruchtfolgen, Zwischenfrüchte, Mulchsaatenverfahren und das Ausbringen organischer Reststoffe und Wirtschaftsdünger, sind zu einem gewissen Teil immer auch Klimaschutzmaßnahmen. Dieser Aspekt sollte endlich vergütet werden. Die enge Verknüpfung des Bodenschutzes mit den übrigen Aspekten einer nachhaltigen Bewirtschaftung macht jedoch deutlich, dass ein spezielles staatliches Ordnungsrecht für Klimaschutz in Böden so nicht möglich ist.

Ein Sonderfall sind die Moorflächen, die bei Entwässerung und üblicher landwirtschaftlicher Nutzung viel Kohlenstoff freisetzen können. Die Urbarmachung großer Mooregebiete vor allem in Norddeutschland stellt eine große kulturhistorische Leistung vergangener Generationen dar. Einen Zwang zur Wiedervernässung darf es nicht geben, sie darf nur auf freiwilliger Basis und in Kooperation mit den Bewirtschaftern und Eigentümern geschehen.

# angelesen



## Das neue Dorf: Gestalten, um zu überleben

Hilflos stehen zahlreiche Dörfer dem Megatrend der Urbanisierung gegenüber. Gleichzeitig müssen sie eine Vielzahl von Herausforderungen meistern, die sie bisher nicht kannten und auf die die Lösungsansätze innerhalb ihres traditionellen Wertesystems, wie beispielsweise Gemeinsinn oder ehrenamtliche Tätigkeit, nicht mehr passen. Der Autor beleuchtet die Situation der Dörfer, ihre Chancen und Möglichkeiten analog der Perspektive eines Wirtschaftsunternehmens. Eine Lösung könnte aus seiner Sicht ein entscheidungsorientierter Marketingansatz sein, in dem die Menschen bereit sind, den Weg zu einem neuen Dorf gemeinsam zu gehen und zu gestalten. Dazu braucht es neue Strukturen, denn die bis heute tragenden Säulen der Dörfer, wie Landwirtschaft, Kirche, Gemeinderat, Schule und Vereine, sind oftmals kaum noch vorhanden oder in Auflösung begriffen.

Zwei Drittel des Buches widmet der Autor einem partizipativen, kooperativen und innovativen Gestaltungsansatz. Er stellt anschaulich dar, mit welchen Hürden diejenigen zu kämpfen haben, die bei der Entwicklung ihres Dorfes neue Wege gehen wollen und welche bedeutende Rolle Emotionen spielen. Wichtig sei es, bei der Entwicklung eines neuen Dorfmodells nicht auf der sachlich-inhaltlichen Ebene zu verbleiben, sondern die Kompetenzen und die Motivation der Dorfbewohner so zu aktivieren und zu steuern, dass sich das Dorf als Ganzes erfolgreich entwickelt – obwohl sich einzelne Bürger nicht rational, nicht effektiv und nicht effizient verhalten, ja sogar gegen das neue Dorf arbeiten.

Ein erfolgreicher Gestaltungsprozess benötigt neben engagierten Bürgern und Menschen mit Entscheidungsmacht insbesondere einen sogenannten Moderationspromotor, so der Autor. Er müsse die Rolle des Mediators übernehmen und Empfehlungen zur Prozessgestaltung geben. Strategische Handlungsfelder und Modelle, wie sich Dörfer positionieren können, stellt der Autor anschaulich dar. Trotz der an der einen oder anderen Stelle sehr wissenschaftlichen Schreibweise ist dieses Buch ein Muss für jeden, der in der Dorfentwicklung, sei es aus privatem oder beruflichem Interesse, aktiv ist. [mok]

Clemens Renker: *Das neue Dorf. Gestalten, um zu überleben – vier Handlungsfelder zum Erhalt dörflicher Gemeinden*, 167 Seiten, 19,99 Euro, ISBN 978-3-658-21445-6



## Smartes Land

Die Autoren von „Smartes Land – von der Smart City zur Digitalen Region“ nennen die Digitalisierung die Revolution unserer Zeit, die Lebensalltag, Arbeits- und Produktionsprozesse sowie Kommunikation tiefgreifend verändert. Sie bietet damit auch den Räumen außerhalb der großstädtischen Ballungszentren neue Chancen, um sich zum attraktiven Arbeits- und Lebensort für Jung und Alt, für Unternehmer und Arbeitnehmer zu entwickeln. Ihrer Erfahrung nach ist es dafür wichtig, konkrete Visionen zu formulieren, wie Digitalisierung im alltäglichen Leben helfen kann. Die Autoren zeigen, welche Schritte zur Erarbeitung einer digitalen Agenda notwendig sind, von der Bestandsaufnahme bis hin zur Erarbeitung digitaler Anwendungen. Außerdem stellen sie zahlreiche Praxisprojekte aus den Bereichen Infrastruktur, digitale Alltagserfahrung, digitale Verwaltung, Wertschöpfung und Partizipation vor, von denen Kommunen und Regionen lernen können.

Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands zu schaffen, müssten Bund, Länder und Kommunen koordiniert zusammenarbeiten. So empfehlen die Autoren zum Abschluss eine Digitalstrategie mit enger Verzahnung von Land und Kommune mit besonderem Augenmerk auf den ländlichen Raum. Die Autoren richten sich mit diesem Buch an Entscheider in Bund, Ländern und Kommunen, gleichzeitig möchten sie das Thema auch für nicht professionelle Leser nachvollziehbar machen. Dies ist mit diesem gut verständlich und anschaulich geschriebenen Buch gelungen. [mok]

Willi Kaczorowski, Gerald Swarat: *Smartes Land – von der Smart City zur Digitalen Region. Impulse für die Digitalisierung ländlicher Regionen*, Band 8, 2018, Reihe: Schriften des Innovators Club, 184 Seiten, 23,80 Euro, ISBN 978-3864881367

## Auch interessant: Smart City

Die Stadt Arnsberg macht sich auf den Weg, digitale Stadt der Region zu werden. Für alle, die nach Anwendungsmöglichkeiten digitaler Lösungen suchen oder sich von den Erfahrungen aus Arnsberg inspirieren lassen möchten, bietet dieses Buch einen kurzweiligen und interessanten Einstieg in das Thema Digitalisierung. [mok]

Hans-Josef Vogel, Karlheinz Weißer, Wolf D. Hartmann: *Smart City, Digitalisierung in Stadt und Land, Herausforderungen und Handlungsfelder*, 77 Seiten, 45 Euro, ISBN 978-3-658-19045-3



## angekündigt

### Miteinander reden – Ideenwettbewerb und Weiterbildung

Gesucht werden 100 Projekte aus kleinen Orten, die kreative, neue Formen einer analogen Gesprächskultur und die Gemeinschaft ins Zentrum ihrer Arbeit stellen: „Miteinander reden“ heißt dieser Ideenwettbewerb mit Weiterbildungsangebot für Akteure in ländlichen Räumen. Er wird initiiert und finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), unterstützt vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, vom Deutschen Städte- und Gemeindebund und vom deutschen Volkshochschul-Verband, realisiert von der Bildungsagentur labconcepts; auch die DVS ist im Boot. Die Projekte können bis zum 20. Januar 2019 eingereicht werden. [abb]

[www.miteinanderreden.net](http://www.miteinanderreden.net)

### Wie sauber ist unser Wasser?

Alle EU-Bürger sind aufgerufen, bis 4. März 2019 an einer Befragung der EU zum Thema Wasser teilzunehmen. Denn mit einem sogenannten „Fitness Check“ überprüft die EU derzeit, ob die Vorgaben der „Europäischen Wasserrahmenrichtlinie“ erhalten oder geändert werden sollen. Die Wasserrahmenrichtlinie gibt einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für die Gewässer-Politik der Europäischen Union vor, ihre Vorgaben fordern eine nachhaltige und umweltverträgliche Gewässernutzung. Neben der Meinung der Bürger werden in der EU-Konsultation auch Stellungnahmen von nationalen Behörden und Sachverständigen abgefragt. [abb]

[www.ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2017-5128184/public-consultation\\_de](http://www.ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2017-5128184/public-consultation_de)

### Armut und Gesundheit

„Land in Sicht II. Orte der Begegnung in ländlichen Räumen“ heißt ein Kongress am 13. März 2019 in Berlin. Veranstalter ist der Verein Gesundheit Berlin-Brandenburg in Kooperation mit dem Deutschen Landkreistag, unter dem gemeinsamen Dach des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit. Die Veranstaltung stellt das Thema Gesundheitsförderung in den Fokus: Es wird um die Bedeutung der Treffpunkte gehen, an denen sich Menschen in ländlichen Räumen begegnen. Die Veranstaltung knüpft an die Diskussionen der vorangegangenen Tagung „Land in Sicht. Strategien zur Gesundheitsförderung und Prävention in ländlichen Räumen“ an. [abb]

[www.gesundheitliche-chancengleichheit.de](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de)  
> Veranstaltungen  
> Satellit Armut und Gesundheit

## LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe \_\_\_ Exemplare.

Ich möchte über Veranstaltungen der DVS informiert werden (Bitte E-Mail-Adresse angeben).

**Einverständniserklärung** (Bitte ankreuzen!)

Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name \_\_\_\_\_

Institution \_\_\_\_\_

Ggf. LAG-Name (LEADER) \_\_\_\_\_

Postanschrift \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Funktion des Abonnenten \_\_\_\_\_ Arbeitsfeld der Institution \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Unseren Newsletter landaktuell können Sie über [www.landaktuell.de](http://www.landaktuell.de) bestellen.

bitte  
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:  
Bodenschutz für Klima und Umwelt



## Termine

18. bis 27. Januar	<b>Internationale Grüne Woche</b> Messe in Berlin	<a href="http://www.gruene-woche.de">www.gruene-woche.de</a> Messe Berlin
23. und 24. Januar	<b>12. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung</b> Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin	<a href="http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de">www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de</a> Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
24. Januar	<b>Demokratie anders denken: Neue Formen der Mitsprache in ländlichen Kommunen *</b> Fachforum im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin Infos auf Seite 10	<a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum</a> DVS, Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen, Agrarsoziale Gesellschaft, Thünen Institut für Regionalentwicklung
6. bis 8. März	<b>Kirchen und LEADER *</b> Veranstaltung in Altenkirchen Infos auf Seite 11	<a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kirchenundleader">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ kirchenundleader</a> DVS, Evangelische und Katholische Kirche, Caritas und Diakonie
13. März	<b>Land in Sicht: Strategien zur Gesundheitsförderung und Prävention in ländlichen Räumen</b> Veranstaltung in Berlin Infos auf Seite 55	<a href="http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de">www.gesundheitliche-chancengleichheit.de</a> > Veranstaltungen > Satellit Armut und Gesundheit Verein Gesundheit Berlin-Brandenburg, Deutscher Landkreistag, Kooperationsver- bund Gesundheitliche Chancengleichheit

Weitere Termine finden Sie im DVS-Terminkalender auf: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine)

## Unser Fokuscartoon

von Mele

